Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund Österreich. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer. Alle: Krumbaumgasse 1, 1020 Wien. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Verlagspostamt 1040, -Inland: Jahresabonnement 150.-, Halbjahresabonnement 75.-. Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H./ Vertrieb, Postfach 13, 1042 Wien, Tel.: 0222/573723. Redaktion: Rienößlgasse 12, 1040, Tel. 0222/573723, Journaldienst: Mo-Fr: 18-19.30

P.b.b. Erscheint vierzehntägig am Donnerstag Preis 5,-

Nr. 21/2. Jahrgang 13. Oktober 1977

Am 26. Oktober:

Auf nach Wien, auf zur Regierung! Kampf der staatlichen Atomkraftwerkspolitik!

Aufruf des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eine zentrale Demonstration der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) – das ist die richtige Antwort auf die Taktik des Staates und der Regierung, die einerseits so tun, als ob das Parlament eine freie und offene Entscheidung über die Inbetriebnahme fällen würde, andererseits vollendete Tatsachen schafft, die Inbetriebnahme des Zwentendorfer Atomkraftwerkes zügig vorantreibt, gegen den Willen und die Interessen des Volkes handelt.

Wie sehr diese Politik vom Volk bereits durchschaut wird und auf Ablehnung und entschlossenen Widerstand stößt, das wird die Demonstration am 26. Oktober zeigen, die an die Demonstrationen in Zwentendorf und Allentsteig vom Juni anknüpft und unter denselben Hauptforderungen die Regierung zur Rechenschaft ziehen und ihr zeigen soll: Wir werden hartnäckig gegen die Inbetriebnahme des ersten und den Bau weiterer Atomkraftwerke in Österreich kämpfen, auch wenn die politischen Vertreter des Kapitals, die Politiker und „Volksvertreter" im Parlament zehnmal für die Inbetriebnahme stimmen.

Waldviertler Bauern und Werktätige werden am 26. Oktober deutlich zeigen, was sie vom Plan der Lagerung des Atommülls in ihrer Gegend halten und der Regierung eine Fuhre Mist überbringen.

Der Widerstand gegen das Atomprogramm der österreichischen Kapitalistenklasse und ihres Staates ist eine vollkommen gerechte Sache und verdient die Unterstützung aller demokratisch, fortschrittlich und revolutionär gesinnten Menschen.

Der Kommunistische Bund Österreichs unterstützt die Demonstration am 26. Oktober in Wien und wird durch alle seine Orts- und Sympathisantengruppen in Österreich dafür mobilisieren.

Der KB Österreichs ruft insbesondere auch alle fortschrittlichen und klassenbewußten Arbeiter auf, sich nicht von der sozialdemokratischen Propaganda einseifen zu lassen und am 26. Oktober zu zeigen:

Der Kampf gegen das Atomprogramm, Bestandteil der imperialistischen Energiepolitik Österreichs, ist von den Interessen der Arbeiterklasse aus gesehen gerecht und notwendig, und nur wenn die Arbeiterklasse in diesen Kampf, in diese Bewegung, führend eingreift, kann sie ihr eine revolutionäre Stoßrichtung geben.

Der 26. Oktober: Kampftag gegen die imperialistische Energiepolitik

Am 26. Oktober soll zum Ausdruck gebracht werden:

Nicht im technischen Fortschritt an sich, in den Neuerungen und Entdeckungen liegt das Problem der Atomenergie, sondern in der Art und Weise, wie der technische Fortschritt heute angewandt und wofür er nutzbar gemacht wird und welche Folgen das unter den heutigen Verhältnissen für den Arbeiter hat.

Nicht die Sorge des Staates um das Allgemeinwohl beschert dem Volk das Atomprogramm, sondern das kapitalistische Privateigentum, die Gier nach Profit und die Beschützung und Durchsetzung dieser Interessen durch den Staat sind die Wurzel des Übels.

Keine Arbeitsplätze schafft der Strom aus Atomkraftwerken, im Gegenteil – während allgemeine Unsicherheit der Arbeiterbevölkerung und Gefährdung ihrer Existenzbedingungen der wirtschaftlichen und politischen Krise folgt, in der der Imperialismus weltweit steckt.

Nicht billiger Strom ist es, den Atomkraftwerke liefern, sondern das Durchziehen des Atomprogramms schließt gesteigerte Ausplünderung der werktätigen Massen über die Steuern und über die gespaltenen Stromtarife von vornherein mit ein.

Nicht begrenzte Energiereserven sind es, weshalb die Imperialisten so hektisch Atomkraftwerke bauen und die westlichen Imperialisten eine eigene Internationale Energieagentur in der Welt gesetzt haben, bei der Österreich seit ihrer Gründung Mitglied ist, sondern der jahrzehntelange

Fortsetzung auf Seite 10

Salzburg: Am 17. 10. Demonstration gegen Warasch-Prozeß

F. Warasch, Sekretär einer der beiden Slowenenorganisationen, wird am 18.10. aufgrund einer konstruierten Anklage der Prozeß gemacht. Er wird der „Anstiftung zum Bombenanschlag" bezichtigt.

Machen wir den Prozeß zu einem Tribunal gegen die bürgerliche Klassenjustiz und gegen die reaktonäre Minderheitenpolitik des Staates!

Heraus zur Demonstration!

Treffpunkt: Montag, 17.10., 17 Uhr, Mirabellplatz

Abschlußkundgebung um 18.30 Uhr vor dem Landesgericht/Kajetanerplatz.

2 Landrover für Zimbabwe! 450.000 Schilling für die Patriotische Front!



Die ZANU legt bei der Ausbildung der Befreiungskämpfer großes Gewicht auf die politische Schulung. Weil das ganze Volk von Zimbabwe seine Feinde genau kennt, und zum Kampf um seine Befreiung von den Fesseln des Kolonialismus, Rassismus und Imperialismus entschlossen ist, deshalb entwickelt sich der Volkskrieg in Zimbabwe hervorragend. Unsere Unterstützung kann helfen, die Zeitspanne bis zur endgültigen Befreiung verkürzen zu helfen. Unser Ziel: 450.000,- für 2 Landrover für Zimbabwe! (siehe Seiten 4 und 5)

Liste AKTIONSPROGRAMM

Breite Zustimmung zu den Forderungen – Gegenangriff der Verwaltung Trotz Einschüchterungsmaßnahmen: Unterschreibt für die Liste AKTIONSPROGRAMM!

Aus dem Flugblatt der Liste AKTIONSPROGRAMM

Seit eine Gruppe von Eisenbahnern im August mit ihrem Vorschlag für ein Aktionsprogramm der ÖBB-Bediensteten zur Durchsetzung ihrer Interessen herausgekommen ist, hat sich einiges getan. Nicht nur, daß es eine LISTE AKTIONSPROGRAMM gibt, die die Kandidatur bei den PV-Wahlen 1977 anstrebt. Es gibt vor allem ein Forderungsprogramm, das breite Zustimmung findet und über das an immer mehr Dienststellen in ganz Österreich debattiert wird. Auch die Forderungen der einzelnen Dienststellen verbreiten sich mit Windeseile. Forderungen nach Verbesserung des Verschubfunks, am Bahnhof Liesing verlangt, werden auch in Linz/Hauptbahnhof erhoben: kleinere Funkgeräte, Verbindung zwischen Verschubaufseher und Lokführer, Einbeziehung der Lokbegleiter in den Funk. Die primitivsten Anforderungen an die Arbeitskleidung werden großteils nicht erfüllt: Fünffingerhandschuhe, Gummistiefel, Keilhosen, eine brauchbare Regenschutzbekleidung (auch z.B. für das Mastensteigen bei der Elektrostreckenleitung). Mit den Unterkünften, den Duschgelegenheiten, der Beheizung usw. schaut es an vielen Dienststellen katastrophal aus.

Im großen und ganzen ergibt sich das Bild, daß die Bediensteten zwar bis zu 16 Stunden im Einsatz sind, für ihre Sicherheit und ihre Arbeitsbedingungen die Verwaltung aber freiwillig keinen Schilling herauszugeben bereit ist.

Fortsetzung auf Seite 8

AUS DEM INHALT:

Gegen die Illegalisierung der westdeutschen Kommunisten............2
Nach Maßnahmenpaket neuerliche Belastungen............3
Weg mit der Lohnsteuer für die Masse der Lohnabhängigen! 12.000,-S steuerfrei!............3
Textilarbeiterlohnrunde............6
Zum 15. ÖGJ-Kongreß............12
Erfolgreiche Veranstaltung gegen chauvinistischen Feiertag in Kärnten............13
60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution............15

Kommunistischer Bund Österreichs Zentralkomitee
1042 Wien, Postfach 48

Redaktion des Klassenkampf:
1042 Wien, Postfach 52

Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten
Alois Wieser Ges.m.b.H.,
1042 Wien, Postfach 13

Ostberlin: Im Lager des Sozialimperialismus gärt es

In Ostberlin ist es in der Nacht des 7. Oktober zu Zusammenstößen zwischen rund tausend Jugendlichen und der Polizei gekommen.

Am selben Tag war vor 28 Jahren die DDR gegründet worden, nachedem die drei imperialistischen Besatzungsmächte Deutschlands, die USA, Frankreich und England, die in den Abkommen mit der Sowjetunion festgelegte Orientierung auf ein einheitliches und demokratisches Deutschland mit Füßen traten und aktiv die Spaltung des Landes betrieben.

Während die Eingliederung Westdeutschlands in das von den USA beherrschte imperialistische System auch die Monopolbourgeoisie wieder ans Ruder brachte, war damals für Ostdeutschland der Weg der Volksdemokratie und des Sozialismus noch offen. Heute, nach der Machtergreifung des Revisionismus, ist auch in Ostdeutschland eine neue Bourgeoisie an der Macht, die ihre Herrschaft mit Unterstützung der sozialimperialistischen Ziehherren aus der Sowjetunion ausübt. In diesem Tenor der Unterordnung unter die Breschnew-Clique haben die DDR-Revisionisten auch den 28. Gründungstag mit einem gewaltigen Propagandarummel gefeiert. Honnecker hat die Beziehungen der DDR zur Sowjetunion als „Herzensangelegenheit" bezeichnet. Die Jugendlichen Freitag nacht haben im Anschluß an ein Jazzkonzert in Sprechchören „Russen raus!" gerufen.

Zu ähnlichen spontanen Demonstrationen ostdeutscher Volksmassen gegen die sozialimperialistischen Besatzer kommt es in den letzten Monaten des öfteren, z.B. bei Sportveranstaltungen, in Eisenbahnen oder auch in Kneipen.

Die Herrschaft des Revisionismus ist schwach und die Sozialimperialisten sitzen auf einem Pulverfaß.

Österreichische Polzei - Helfer der BRD-Reaktion

Presserklärung. Wien, am 8. 10. 1977

Am 27.9.1977 wurde die westdeutsche Staatsangehörige Christiane Schneider von Angehörigen der Staatspolizei, die sich als Angehörige der Fremdenpolizei ausgaben, auf offener Straße in Wien verhaftet. Nach sechs Tagen, in denen man ihr jeden Rechtsbeistand verweigerte, ihr verbot, irgendjemand zu benachrichtigen, sie stattdessen mit Schlägen und mehrmonatiger Haft bedrohte, sie vollständig isolierte, ihr nicht einmal die Teilnahme am Hofgang, Einkauf von Waschmitteln oder Zigaretten gewährte, wurde sie nach Westdeutschland abgeschoben.

Christiane Schneider war ordnungsgemäß in Wien gemeldet. Sie hatte bereits fristgerecht eine Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis und eine Arbeitserlaubnis beantragt. Sie war im Begriff, ihre Arbeit als Geschäftsführer einer politischen Nachrichtenagentur anzutreten, die die Unterzeichneten im Begriff sind zu gründen. Diese Tatsachen werden sowohl in der Haftbegründung wie in der Ausweisungsverfügung geleugnet. Beide Verfügungen sind eklatant rechtswidrig. Sie konnten nur unter den beschriebenen rechtswidrigen und terroristischen Methoden durchgesetzt werden. Es handelt sich um Polizeiwillkür.

Christiane Schneider legt gegen beide Verfügungen Rechtsmittel ein, um in Österreich leben und arbeiten zu können. Sie stellt Strafanzeige unter anderem wegen Freiheitsberaubung und Nötigung im Amt und wegen Amtsmißbrauch gegen die Polizisten, die diese rechtswidrige Aktion verantwortet und durchgeführt haben. Die Unterzeichneten ihrerseits werden mit allen rechtlichen Mitteln gegen die Behinderung des Aufbaus der genannten Nachrichtenagentur und die willkürliche und widerrechtliche Abschiebung von deren Geschäftsführerin vorgehen. Sie fordern die demokratische Öffentlichkeit auf, den Kampf gegen diese Willkürmaßnahmen zu unterstützen.

Den Grund für diese Willkürmaßnahmen haben die Polizisten, die diese Aktion durchführten, offen genannt. Christiane Schneider sei ihnen als Angehörige der westdeutschen Linken bekannt, sie habe von Österreich Beziehungen zu „Terrororganisationen" unter-

Fortsetzung auf Seite 14

Weg mit den Verbotsanträgen gegen die kommunistischen Organisationen in der BRD!

20.000 demonstrierten in Bonn

Knapp 20.000 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten kamen am Samstag, dem 8. Oktober, zur Kundgebung nach Bonn für die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse.

Der CDU-Vorstand hat beschlossen, über den Bundesrat einen Antrag auf Verbot der drei marxistisch-leninistischen Organisationen in der BRD: Kommunistischer Bund Westdeutschland, Kommunistische Partei Deutschland und Kommunistische Partei Deutschland/Marxisten-Leninisten zu stellen.

Seit einigen Monaten haben sich die Angriffe des westdeutschen Staates auf die kommunistischen Organistionen bedeutend verstärkt. Ständig werden kommunistische Agitationsstände von der Polizei überfallen. Eine zentrale Rolle bei den Bemühungen der Reaktion, die kommunistischen Organisationen zu zerschlagen, spielen Terrorurteile gegen Genossen von KBW und KPD. Bedingte Strafen oder Geldstrafen werden in unbedingte Haftstrafen von sechs Monaten bis zu einem Jahr umgewandelt. So hat die westdeutsche Reaktion durch gezielte Verfahren versucht, die Bezirksorganisationen des KBW ihrer leitenden Kader zu berauben. Diese und ähnliche Maßnahmen werden von allen bürgerlichen Parteien, von der Bundesregierung und von den Landesregierungen betrieben.

Der Verbotsantrag kam daher auch nicht unerwartet; SPD und CDU haben schon länger über seine Zweckmäßigkeit für ihre gemeinsamen Ziele gegenüber der erstarkenden kommunistischen Bewegung diskutiert.

Die westdeutsche Bourgeoisie befindet sich in einer komplizierten Lage. Ökonomisch ist der westdeutsche, wie der internationale Kapitalismus überhaupt, in eine so schwere Überproduktionskrise geraten, aus der nur mehr ein Krieg einen Ausweg für das westdeutsche Finanzkapital bietet. Die westdeutsche imperialistische Bourgeoisie hat, gestützt auf eine rasche Verschärfung der Ausbeutung im Inneren, im internationalen Ringen um Absatzmärkte und Kapitalanlagesphären viele Konkurrenten überholt und folgt heute direkt hinter den Supermächten in der Reihe der internationalen Ausbeuter und Unterdrücker.

Will sie diese Position halten und ausbauen, so muß sie Westdeutschland selbst noch mehr als bisher in ein Militärzuchthaus für die westdeutsche Arbeiterklasse und die übrigen werktätigen Volksmassen verwandeln. Will sie weiter auf Expansionskurs am Waren- und Kapitalmarkt marschieren, muß sie auch weiter und verstärkt die Schranken niederreißen, die der Kampf der Arbeiterbewegung der Tendenz zur absoluten Verelendung der Arbeiterklasse entgegengestellt hat. Will sie sich für den Krieg rüsten, muß sie die Arbeiter und Volksmassen noch mehr als bisher für die Militarisierung ausbluten und sie als Kanonenfutter für den imperialistischen Krieg in die Bundeswehr pressen

Die Verschärfung der Strafen für „politische" Delikte, der Ausbau der Gefängnisse zu Isolierungsanstalten von revolutionären Arbeitern von ihrer Umwelt und die Fülle der anderen Maßnahmen, die jetzt unter dem Deckmantel des „Kampfes gegen den Terrorismus" von der westdeutschen Bourgeoisie ergriffen werden, zeigen ihre Angst vor dem Kampf der deutschen Arbeiterklasse, vor dem weiteren Aufschwung der Arbeiter- und Volksbewegung in der BRD.

Die Verschärfung der politischen Reaktion in der BRD, der lange Aufschwung der Arbeiterbewegung und der demokratischen Massenbewegung haben einen Punkt erreicht, den die Genossen des KBW folgendermaßen kennzeichnen:

„Die Verschärfung des Klassengegensatzes und die Spannung der Klassenkampfsituation stellt die Arbeiterbewegung wie die demokratische Bewegung vor Probleme, die sie bloß lösen kann, wenn sie ihren spontanen Charakter zu überwinden beginnt und den Grad ihrer Bewußtheit und Organisiertheit beträchtlich erhöht. Der Aufbau der Partei stellt sich umso dringlicher als aktuelle Aufgabe."

„In jeder Situation zugespitzten Klassenkampfes konzentriert sich der Klassenkampf auf den Aufbau der Partei, ihre Linie und ihre Einheit. Gegenwärtig haben wir eine solche Situation, wo es auf Jahre hinaus über die weiteren Kampfbedingungen entscheidet, ob die Kommunisten ihre Aufgaben erfüllen, oder ob es der Bourgeoisie gelingt, sie daran zu hindern."

Die Demonstration in Bonn war ein schwerer Schlag für die westdeutsche Bourgeoisie, nicht nur für ihre Verbotsbestrebungen. Sie war vor allem deshalb ein schwerer Schlag für die westdeutsche Bourgeoisie, weil sie gezeigt hat, daß die kommunistische Bewegung in der BRD stark, und mit der revolutionären Arbeiterbewegung eng verbunden ist. Die westdeutschen Kommunisten haben die Verbotsdrohungen genutzt, um ihre Einheit zu verstärken, ihre Reihen zu schließen und einen Schritt dabei weiterzukommen, was die Lage dringend erfordert: den Aufbau der kommunistischen Partei.

Unterstützungsdemonstration in Wien



Am Samstag, den 8. 10., fand in Wien eine Unterstützungsdemonstration des Kommunistischen Bundes Österreichs für den Kampf gegen die Verbotsdrohungen gegen die kommunistischen Organisationen in der BRD statt. Der Demonstrationszug endete bei der Botschaft der BRD in Wien. Dort hielt der Sekretär des ZK, Genosse Walter Lindner, eine Ansprache. Die Demonstration übersandte der am selben Nachmittag stattfindenden Großkundgebung in Bonn eine Grußbotschaft. Der Kommunistische Bund Westdeutschland übersandte seinerseits der Demonstration in Wien eine Grußadresse,

Wir bringen Auszüge aus der Rede des Sekretärs des ZK des KB Österreichs bei der Solidaritätsdemonstration in Wien:

„Unsere Demonstration ist ein Akt der Solidarität mit dem Kampf der westdeutschen revolutionären Arbeiterbewegung gegen die Illegalisierungsversuche seitens des westdeutschen Staates. Sie ist Ausdruck des proletarischen Internationalismus. Der KB Österreichs hat in seinem Programm geschrieben, daß die österreichische Arbeiterklasse eine Abteilung der internationalen Armee des Proletariats ist. Die Arbeiter aller Länder sind durch die gemeinsamen Ziele, die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, miteinander verbunden und sie unterstützen sich gegenseitig im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den Imperialismus. Natürlich hat die österreichische Arbeiterbewegung am Kampf der westdeutschen Arbeiterbewegung als der eines Nachbarlandes besonderes großes Interesse.

Sie führt mit der heutigen großen Demonstration in Bonn einen wirkungsvollen Gegenschlag gegen die Bestrebungen der Reaktion. Sie läßt sich nicht einschüchtern. Sie kämpft vielmehr entschlossen gegen die jüngsten Verbotsdrohungen wie auch für die Beseitigung des KPD-Verbots aus dem Jahr 1956.

Fortsetzung auf Seite 14

Sanierung der Staatsfinanzen:

Kaum ist eine Lawine losgetreten, rollt schon die nächste heran!

Kaum eine Woche nach Veröffentlichung des Maßnahmenpaketes hat Kreisky in einem Interview eine weitere Verschärfung der staatlichen Massenausplünderung für 1978 angekündigt, und so keinen Zweifel daran gelassen, auf welchem Wege die Regierung den durch die schwerste Krise der Nachkriegszeit total verschuldeten Staatshaushalt zu sanieren gedenkt. Schon das Maßnahmenpaket spricht eine deutliche Sprache: Einen Tag nach den Wahlen im Burgenland, in Innsbruck und Salzburg veröffentlicht, stellt es den seit Jahren konzentriertesten Angriff der Regierung auf die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen zur Umverteilung an die Monopolbourgeoisie mittels des Staatshaushaltes dar.

Der Erhöhung der Mehrwertsteuer auf wichtige Gebrauchsgüter auf 30%, der Einsparung von staatlichen Ausgaben des sozialen Sektors, der verstärkten Auspressung der Lohnabhängigen über die Sozialversicherung, steht ein ganzes Bündel weiterer Zuwendungen an die Kapitalistenklasse gegenüber. Den Rahmen dieser Maßnahmen bildet das Festhalten an der Lohnsteuerausplünderung und die Ablehnung jeder Reform vor 1979, die Lohnverzichtsappelle für die nächsten Lohnrunden, die Pläne zur verstärkten Ausbeutung der Öffentlich Bediensteten und die Pläne zur Steigerung der Ausbeutung in der Verstaatlichten Industrie, samt der Kurzarbeitsdrohungen.

Das Paket für die Kapitalistenklasse

Als „Bereitschaftsmaßnahmen" präsentiert Kreisky folgendes:

- Es wird auch 1978 wieder ein Konjunkturausgleichsbudget geben, eine Summe in der Höhe von etlichen Milliarden Schilling, die die Regierung „zum Ausgleich der Folgen des Konjunkturnachlasses" nach ihrem Gutdünken in Form von Großaufträgen unmittelbar in die Taschen der Bourgeoisie fließen lassen kann.
- In ähnlicher Weise wirken soll ein unter der Flagge der „Bekämpfung drohender Jugendarbeitslosigkeit" aufgezogenes „Bausofortprogramm". Weiters sollen zusätzliche Summen in die „Gewerbeförderung" gesteckt werden.
- Soweit die Kapitalisten trotz schrankenloser Ausdehnung der Ausbeutung nicht genug aus der österreichischen Arbeiterklasse herauspressen können, um in der Konkurrenz stark zu sein, stützt sie der Staat in Form der „Exportförderung" aus den Steuermitteln. Damit, sowie mit ins Auge gefaßten
- Importdrosselungen ausländischer Agrar- und Industrieprodukte soll die Lage der österreichischen Bourgeoisie gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten verbessert werden.

Das Paket fürs Volk

Der Schritt, der wohl am unverhülltesten die Politik der Regierung charakterisiert, ist die Einhebung der sogenannten „Luxussteuer". Waren, die zum elementarsten Lebensstandard gehören, und heute notwendig sind zur Reproduktion der Arbeitskraft, werden zum Luxus erklärt (siehe Kasten).

Die „Luxussteuer"-Phrasen können nicht verhüllen, daß es sich um einen neuen scharfen Raubzug gegen die Massen des Volks handelt.

Kein Zufall ist es, daß die auf dem sozialen Sektor geplanten Maßnahmen in der bürgerlichen Berichterstattung in den Hintergrund treten gegenüber dem Rummel mit der „Luxussteuer". Handelt es sich hier doch um genau die Schritte, die vor noch gar nicht allzulanger Zeit von den verschiedensten Politikern als dringend nötig zur Lösung der Spitalsmisere präsentiert, von den Volksmassen nicht gerade mit Begeisterung aufgenommen und schließlich wieder in die Versenkung zurückgetan worden waren.

Bis vor kurzem wurden sie noch als für eine „ordentliche medizinische Versorgung des Volkes" unerläßlich ausgegeben. Jetzt stellt sich plötzlich heraus, daß es um die Verstärkung der Ausplünderung des Volkes zum Zweck der Sanierung des total verschuldeten Staatsapparates geht.

> **Luxus**
>
> *Riechmittel (Parfums), Filme, rohe Pelzfelle, gegerbte Pelzfelle, Pelzwaren, geknüpfte Teppiche, Tapisserien, Geschirr-, Haushalts- und Toiletteartikel aus Porzellan, echte Perlen, Edelsteine, Schmucksteine, Synthetische oder rekonstituierte Steine, Schmuckwaren, Juwelierwaren aus Edelmetallen, Gold- und Silberschmiedearbeiten, Außenbordmotoren, Lautsprecher in Gehäusen, elektrische Tonfrequenzverstärker, Sendegeräte, Autoradios, Schmalfilm-, Tonfilm- und Photolampen und Röhren, Personenkraftwagen (ausgenommen Omnibusse), Motorräder, Wohnwagenanhänger, Flugzeuge, Drachen, Traghubschrauber, Sport- und Luxusboote, photographische Aufnahmegeräte, Blitzlichtapparate, Bildaufnahme- und Tonaufnahmegeräte, Wiedergabegeräte, Stehbildprojetionsapparate, Taschenuhren, Armbanduhren mit Gehäusen aus Edelmetallen, elektromagnetische elektronische Musikinstrumente (Klavier, Orgel Akkordeon), alle Plattenspieler, Tonbandgeräte (ausgenommen einkanalige), Antiquitäten (mehr als hundert Jahre alt und wenn sie nicht für nach wissenschaftlichen Grundsätzen aufgebaute Sammlung bestimmt sind).*

Abgesehen von Kreiskys zehnprozentiger Auto-/Spitalssteuer, die in der „Luxussteuer" mehr als verwirklicht ist, steht auf dem Plan:

Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage für die Krankenkassen von 9.900,- auf 12.600,- Schilling, Erhöhung der Rezeptgebühren von 6,- auf 15,- Schilling, Einführung der Medikamentenkleinpackung und die Anhebung des Pensionsbeitrages um 0,5% des Lohnes bzw. Gehaltes.

Während so der Staat durch Kürzung seiner Pensions- und Krankenkassenzuschüsse erhebliche Mittel freimachen kann, wird gleichzeitig schon der Boden für den direkten Zugriff des Staates auf die Gelder der Krankenkassen bereitet. In diesem Sinne hat sich Weissenberg nach der Veröffentlichung des Maßnahmenpaketes geäußert, als er erklärte, nun sei die Krankenkasse bereit, ihre Gelder einem zu schaffenden staatlichen Fonds zur Verfügung zu stellen.

Dem „Maßnahmenpaket" angeschlossen hat sich eine Flut weiterer Vorschläge zur Einsparung von Steuermitteln. So z.B. bei den Schulbüchern.

Für den Ausbau des staatlichen Gewaltapparates, von Militär, Gendarmerie, Polizei, ist demgegenüber laut Minister Lanc „Geld genügend vorhanden". Gratz hat das für die Wiener Polizei veranschaulicht: Zwei neue Kommissariate wurden soeben errichtet, fünf weitere stehen kurz vor der Inbetriebnahme, in jede wichtige U-Bahn-Station soll ein Kommissariat kommen, eine weitere Polizeihundestaffel soll gebildet werden und anderes mehr. Das sind unerläßliche Begleitmaßnahmen der steigenden Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten und der zunehmenden Ausplünderung des Volkes durch den Staat, denn auf die Dauer wird diese Entwicklung nicht hingenommen werden.

Die Verschuldung des Staates ist im Imperialismus gesetzmäßig

Während der Staat im Imperialismus, dem Stadium des verfaulenden Kapitalismus, notwendig immer mehr gesellschaftliche Tätigkeiten an sich zieht und sie in bürokratische Tätigkeiten seines Verwaltungs- und Unterdrückungsapparates verwandelt, während er diesen Apparat immer mehr ausbaut, greift er auch immer direkter in die wirtschaftlichen Verhältnisse ein, um der Bourgeoisie, der er dient, die besten Ausbeutungs- und Konkurrenzbedingungen zu sichern. Diese Tätigkeit verschlingt immer größere Mittel und verstärkt sich gerade während der im Kapitalismus periodisch auftretenden Überproduktionskrisen.

Da die nötigen Mittel die Möglichkeiten der Ausplünderung des Volkes ständig übersteigen, ist der Staat gezwungen, immer größere Mittel beim Finanzkapital in Form von Krediten zu leihen. So verschuldet der Staat sich immer stärker am Finanzkapital und kommt gleichzeitig immer mehr unter dessen direkte Kontrolle. Das Finanzkapital verlangt für die Vergabe von weiteren Krediten Sicherstellungen vom Staat. Der Staat kann nichts anderes als „Sicherheit" bieten, als die verstärkte Ausplünderung der Volksmassen. So schließt sich der Kreis, der den Staat dazu zwingt, die Ausplünderung der Massen bis hin zu ihrer völligen Verelendung zu betreiben. Die Schulden des österreichischen Staates betrugen 1976 bereits 87% des Gesamtbudgets und 19,7 Mrd. Schilling waren allein im Jahr 1976 nötig, um die laufenden Zinsen zu decken.

So ist es zu verstehen, daß Kreisky, kaum daß er die eine Belastungslawine losgetreten hat, bereits von der nächsten spricht, um „das Budgetdefizit auf eine Größe herunterzudrücken, die es erlaubt, im Notfall neue Kredite aufnehmen zu können."

Weg mit der Lohnsteuer für die Masse der Lohnabhängigen! Bis 12.000,- Schilling steuerfrei!

Die Empörung über die andauernd steigende Ausplünderung der Lohnabhängigen ist groß. Die letzte Lohnsteuerreform trat Anfang 1975 in Kraft. Sie änderte nichts am Prinzip der Progression, sondern verschob sie nur etwas nach oben. Heute zahlen die Arbeiter und Angestellten absolut und relativ mehr Lohnsteuer als jemals vorher. Die Lohnerhöhungen, die die Lohnabhängigen durchsetzten, um durch die Inflation und die steigenden Ausgaben nicht ins Elend zu stürzen, sind unzureichend, dafür langt aber der Staat dank der Progression umso kräftiger zu. Um 42% sind seit 1974, dem Jahr vor der Reform, die Staatseinnahmen aus der Lohnsteuer gestiegen.

Gegen diesen Zustand gibt es Proteste und Unmut in Betrieben und Büros.

Jede Woche gibt es Debatten über den Lohnzettel und die immer großer werdenden Abzüge. Trotz einer bedeutenden Zahl von Unterschriften bei der KPÖ und ÖVP, kann es sich die Regierung leisten, jegliche Reform bei der Lohnsteuer auf den Sankt-Nimmerleinstag zu verschieben. Der Grund liegt darin, daß diese Parteien zwar den Unmut der Massen gerne auf ihre Mühlen lenken wollen, aber in Wirklichkeit gar nicht vorhaben, einen Kampf gegen die Ausplünderung der Lohnabhängigen durch den Staat zu führen.

Von Beginn an ließ die ÖVP kein Wort darüber aus, wie und in welcher Höhe reformiert werden soll. Nur einen Termin forderte sie: Anfang 1978. Inzwischen wurde auch das revidiert. Die Reform soll zum frühest möglichen Zeitpunkt durchgeführt werden, meint sie jetzt. Die KPÖ fordert die „Umverteilung der Steuerlast von den Arbeitern zu den Besitzenden"- Der Staat sollte die Steuerlast bitteschön doch etwas „sozialer" aufteilen.

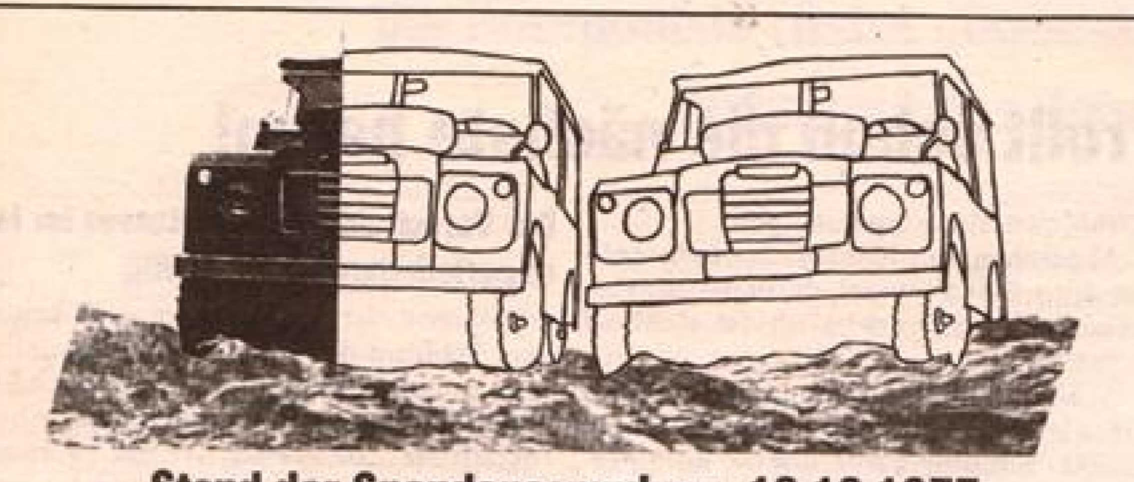
Die ÖGB-Steuerkommission hat jetzt ihre Ergebnisse veröffentlicht. Die KPÖ hält sie für „unzureichend". Tatsächlich sind die Ergebnisse der Steuerkommission nicht unzureichend, sondern in Ihnen drückt sich direkt der Flankenschutz aus, den die ÖGB-Führung der Regierung und dem Staat gibt bei deren Absicht, die Steuerausplünderung weiter zu verstärken. Eingerichtet, um den Unmut in den Betrieben abzufangen, forderte die Kommission vorerst eine Steuersenkung ab Anfang 1978. Jetzt ist keine Rede mehr von einem Termin. Auf keine Fall soll die Progression geändert werden. Nur die Absetzbeträge sollen erhöht werden, und zwar der Kinderabsetzbetrag von 4.200,- auf 4.500,- S, der Arbeitnehmerabsetzbetrag von 2.000,- auf 4.500,- S, der Alleinverdienerfreibetrag von 2.400,- Auf 3.000,- S, der allgemeine Absetzbetrag von 4.500,- auf 5.000,- S. Laut Dallinger (dem Vorsitzenden der Steuerkommission) würde sich daraus eine durchschnittliche Steuerersparnis von 258,- bzw. 308,- S (mit Alleinverdienerfreibetrag) ergeben.

Alle diese Vorschläge und Forderungen zeichnen sich dadurch aus, daß sie das System der Lohnsteuerprogression unangetastet lassen. Im besten Falle führen sie Reformen zu einem kurzen Luftschnappen, damit kurz danach die Steuerauspressung in noch schärferer Weise vorangeht. Immer aber ändern sie nichts an der Tatsache, daß der Staat die Lohnabhängigen auspreßt, um sich die Mittel zu verschaffen, die er im Dienst und Interesse der Bourgeoisie ausgibt.

Gegen die staatliche Ausplünderung muß die Forderung gestellt werden:

Für Steuerfreiheit für alle Einkommen bis S 12.000,-!

Mit so einer Forderungen kann man die übergroße Mehrzahl der Lohnabhängigen zusammenschließen, wenn man wirklich den Kampf gegen die Steuerausplünderung führen will. Bei Durchsetzung dieser Forderung wird klargestellt: Der Staat ist im Interesse der Kapitalisten tätig, sie sollen ihn auch finanzieren.



Stand der Spendensammlung, 10.10.1977

Die Ortsgruppen, Ortsaufbaugruppen, Massenorganisationen und Sympathisantengruppen des KB haben bis jetzt gesammelt:

WIEN	43.417,01	KNITTELFELD	1.059,20
LINZ	1.145,60	KLAGENFURT	4.853,20
SALZBURG	2.820,00	ZENTRALE	14.131,84
INNSBRUCK	2.375,50	INSGESAMT	81.082,62
GRAZ	11.282,27		

450.000,- für zwei Landrover für Zimbabwe!
Spendenkonto: Patriotische Front, CA-57-56 804

Kundgebung mit Rex Chiwara am Viktor Adler Markt/Wien

Am 30. September, Freitag nachmittags, fand die erste Veranstaltung im Rahmen der Rundreise des Genossen Rex Chiwara statt. Die Zellen Horny und Eumig des KB, Ortsgruppe Wien, sowie die Sektion Favoriten des Verbandes Kommunistischer Intellektueller, bereiteten eine Kundgebung auf dem belebten Viktor-Adler-Markt vor.

Schon in der Vorbereitung kam der Schwung und der Einfallsreichtum zum Ausdruck, mit der unsere Einheiten die Spendensammlung angingen; es gab eine Fülle von Vorschlägen, wie wir die Wiener am besten mit dem Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe und mit den Zielen unserer Spendensammlung vertraut machen könnten, wie wir die Kundgebung zum besten Erfolg bringen könnten.

Die Begeisterung für die Unterstützung des Volkes von Zimbabwe kam am schlagendsten in der spontanen Bereitschaft von nichtorganisierten Freunden zum Ausdruck, sich aktiv an unserer Arbeit zu beteiligen. Die Mitglieder einer Musik-Gruppe studierten mit Genossen gemeinsam Lieder ein.

Nachdem die Kundgebung mit zwei afrikanischen und einem deutschen Lied begonnen worden war, und sich zahlreiche Menschen in einem Kreis um die Gesangsgruppe gesammelt hatten, hielt ein Genosse des Kommunistischen Bundes eine kurze Einleitungsrede, in der er den Anlaß für die Veranstaltung erklärte und Genossen Rex Chiwara begrüßte.

Rex Chiwara sprach dann zu den ca. 150 – 200 Menschen, die sich bis dahin um ihn gesammelt hatten. Er schilderte den Stand es Kampfes in Zimbabwe und die Aussichtslosigkeit der Lage der Rassisten: „Wir sind auf dem Weg zur Macht, und Smith wird unweigerlich hinauskatapultiert!" Auf die Politik der österreichischen Regierung eingehend, betonte er die Torheit und Kurzsichtigkeit der Regierung, die heute noch die Rassisten unterstütze.

Wie stark die Solidarität war, die wir bei den Umstehenden durch die Kundgebung hervorrufen konnten, zeigten die Agitationsgespräche und das Ergebnis der Spendensammlung, die am Rande der Kundgebung durchgeführt wurden. Allein die Aktivisten unserer Organisation sammelten in kurzer Zeit ca. S 600,-; daneben sammelten auch Aktivisten des Komitees Südliches Afrika



Wien: Auf der Veranstaltung der Zellen Allgemeines Krankenhaus und Ottakring der Ortsgruppe Wien wurde von proletarischen Revolutionären aus der Türkei, die in Österreich leben und arbeiten, ein Blumengesteck überreicht, das die Fahne von Zimbabwe darstellt. 85 Menschen kamen zur Veranstaltung, die durch eine ausgezeichnete revolutionäre Stimmung gekennzeichnet war. Nach einem Referat und Diavortrag wurde eine Tombola und eine Versteigerung organisiert. Es blieb noch genügend Zeit, Smith viermal aufzuhängen. Für diesen Zweck gab es einen Galgen, auf dem sich auf der einen Seite Smith befand, und auf der anderen unser Landrover. Je mehr gespendet wurde, desto schwerer wurde der Landrover, und desto höher hing der Rassist Smith. Es wurden 5.723,- S gespendet.

81.000,- S sind ein guter Anfang!

Die internationale Solidarität hilf der Kolonialisten beschleu

Tulln: Am 6. 10. führten wir in Tulln in einem Gasthaus eine Veranstaltung zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe durch. Es nahmen 7 Personen an dieser Veranstaltung teil, ein Genosse las den Text des Referats vor, das Rex Chiwara auf der letzten Veranstaltung vor seiner Abreise gehalten hatte; anschließend zeigten wir den Diavortrag „Kämpfe Zimbabwe". In der anschließenden sehr lebhaften Diskussion konnten wir genauer erklären, warum das Volk zu den Waffen greifen muß, um sich zu befreien und warum uns in Österreich dieser Kampf etwas angeht.

470,- wurden gespendet.

Verband Kommunistischer Intellektueller, Sektion Tulln

Pädagogische Akademie Linz

Im Rahmen der Spendensammlung für Zimbabwe organisierte die MLS-Linz am Donnerstag an der Pädagogischen Akademie einen Büchertisch. 15 bis 20 Studenten kamen, die sich für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe sehr interessierten und sich auch bereit erklärten, dafür einen Beitrag zu leisten. Innerhalb kürzester Zeit verkauften wir einige Broschüren „Zimbabwe Chimurenga", ein Kinderbuch zu Zimbabwe und zahlreiche Werke des wissenschaftlichen Sozialismus. Alleine an Spenden wurden 100,- S aufgebracht.

Wald am Schoberpaß/Steiermark: Nach einer Diskussion mit einem Kandidaten der „LISTE AKTIONSPROGRAMM" zu den Personalvertretungswahlen bei den ÖBB über den Befreiungskampf in Zimbabwe spendeten 4 Eisenbahner S 87,-.

Berufsschule Wien: „Die Lehrlinge haben eh so wenig Geld, wird es überhaupt sinnvoll sein, hier zu der Spendensammlung aufzutreten?" Solche Gedanken gingen jedem Genossen unserer Zelle durch den Kopf, als wir am letzten Dienstag vor der Mollardschule standen.

Die ersten Lehrlinge kamen heraus. „Zimbabwe, was ist denn das schon wieder?", fragte einer. „Das ist der richtige Name für Rhodesien, davon hast du wahrscheinlich schon etwas gehört", meinte ich. „Klar, in Rhodesien, da führen die doch einen Krieg", meinte ein anderer Lehrling. Ich erklärte ihnen, daß das nicht irgendein Krieg ist, sondern daß dem Volk von Zimbabwe vor 80 Jahren das Land geraubt wurde, daß die weißen Siedler dort das Volk brutal unterdrücken und das Volk jetzt einen bewaffneten Kampf führt, um seine Unterdrücker loszuwerden. „Also – zu den Schwarzen haltet ihr!" meinte darauf ein Lehrling. „Das ist doch klar, daß man da zu den Schwarzen halten muß, wenn die dort so unterdrückt werden", meinte ein anderer. „Seids ihr die, die zwei Landrover kaufen wollen?", fragt ein Lehrling, der unsere Plakate in seinem Wohnviertel gelesen hat. Auch er spendet einige Schillinge, nachdem wir ihm erklärt haben, worum es bei der Spendensammlung geht. Ein anderer nimmt einen Spendenaufruf mit, um ihn in seiner Klasse aufzuhängen. Viele Gespräche führten wir an diesem Nachmittag mit den Lehrlingen, verkauften 4 „Klassenkampf"-Zeitungen und sammelten insgesamt S 56,40. Die Erfahrung hat uns gezeigt: Auch Lehrlinge, die wenig verdienen, sind bereit, für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zu spenden, wenn wir ihnen erklären, worum es geht, und warum das Volk von Zimbabwe einen gerechten Kampf führt.

Linz, Bei einer Spendensammlung für Zimbabwe in meiner Klasse kamen 165,- zusammen. Zuerst begann ich während der Religionsstunde mit meiner Nachbarin über Zimbabwe zu sprechen. Sie fand, daß die Spendensammlung etwas Gutes ist und spendete 20,-.

In der Pause zeigte ich meinen Kolleginnen das Zimbabwe-Plakat und erzählte ihnen kurz etwas über den Befreiungskampf. Darauf kamen 15 Schülerinnen zu mir und gaben mir 5 bis 20 Schilling. Weiters kauften zwei die Broschüre „Zimbabwe Chimurenga" und seitdem geht eine Broschüre als Klassenbroschüre von Schülerin zu Schülerin.

Veranstaltung mit Ch. Chitando, Vertreter der Patriotischen Front

Da Genosse Rex Chiwara zu einer wichtigen UN-Konferenz nach Genf abberufen wurde, wird die weitere Rundreise vom Vertreter der Patriotischen Front für Frankreich und Italien Genossen Chrispen Chitando durchgeführt. Wir begrüßen ihn herzlich in Österreich!

Veranstaltungen mit Ch. Chitando
GRAZ: 13.10.: Gasthof „Fünf Lärchen", Griesplatz, Beginn 19.30
KNITTELFELD: 15.10.
KÖTTMANNSDORF/KOTMARA VAS: 16. 10.
ST. VEIT a.d. GLAN: 17.10.
KLAGENFURT/CELOVEC: 18.10.
HALLEIN: 19.10.
SALZBURG: 20.10. Hochschule, 21. 10. Haus der Natur
WATTENS: 24.10.
HALL: 27.10.
INNSBRUCK: 28.10.



Dieses Solidaritätsplakat wird zum Preis von 10,- S verkauft.

Kommunist 8/77:
GESPRÄCH MIT E.Z. TEKERE, MITGLIED DES ZK DER ZANU: Die Entfaltung des bewaffneten Befreiungskrieges und der Aufbau der revolutionären Partei in Zimbabwe.
Preis: 25,- S.

Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Österreichs -
32 Seiten, Preis: 5,- S, Best.Nr. 377-o11-8
zu beziehen über: A. Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, Postfach 13, 1042 Wien.

Revolutionäres Afrika
Monatszeitschrift der österreichischen Afrika-Komitees gegen Rassismus und Kolonialismus; Preis: 5,- S.
zu beziehen über: KSA-Wien, Gymnasiumstraße 9/3, 1180 Wien.

den Sturz
igen

Resolution an die Bundesregierung und den ÖGB

Auf der von den Zellen Schrack, Wertheim und Kapsch der Ortsgruppe Wien organisierten Veranstaltung am Wienerberg wurde am Schluß eine Resolution verabschiedet, in der es unter anderem heißt:

„In Anbetracht der Tatsache, daß
- die österreichische Bundesregierung sich bisher nicht an die UNO-Beschlüsse gehalten hat, die den völligen wirtschaftlichen, politischen und diplomatischen Boykott des Smith-Regimes verbindlich festgelegt haben, was sich unter anderem darin ausdrückt, daß die VÖEST als staatliches Unternehmen nichts daran fand, beim Aufbau eines riesigen Stahlwerkes für das Smith-Regime tatkräftig mitzuwirken
- in den österreichischen Schulbüchern kolonialistische Hetzpropaganda gegen den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe betrieben wird
-die österreichische Bundesregierung über ihren UNO-Botschafter Jankowitsch sich sofort und freudig bereit erklärt hat, bei Bedarf österreichische UNO-Truppen in Zimbabwe einzusetzen;
in Anbetracht dieser Tatsachen richten die Teilnehmer der Solidaritätsveranstaltung mit dem Kampf des Volkes von Zimbabwe am Wienerberg folgende Forderungen an die österreichische Bundesregierung:

**SOFORTIGER ABBRUCH ALLER WIRTSCHAFTLICHEN, POLITISCHEN UND DIPLOMATISCHEN BEZIEHUNGEN ÖSTERREICHS MIT DEM KOLONIALREGIME!*
**ANERKENNUNG DER PATRIOTISCHEN FRONT ALS EINZIG LEGITIME VERTRETERIN DES VOLKES VON ZIMBABWE!*
**VERBOT ALLER INVESTITIONEN ÖSTERREICHISCHER BETRIEBE IN RHODESIEN UND ALER BETEILIGUNGSGESCHÄFTE AN INVESTITIONEN!*
**VERBOT JEGLICHER OFFIZIELLEN WERBUNG FÜR DAS SMITH-REGIME IN ÖSTERREICH!*
**SCHLUSS MIT DER PROPAGANDA FÜR DAS SMITH-REGIME UND DEN KOLONIALISMUS IM SÜDLICHEN AFRIKA IN DEN ÖSTERREICHISCHEN SCHULEN!*
**ÖFFENTLICHE RÜCKNAHME DER ERKLÄRUNG VON UNO-BOTSCHAFTER JANKOWITSCH ÜBER DIE BEREITSTELLUNG ÖSTERREICHISCHER TRUPPEN FÜR EINE UNO-TRUPPE IN ZIMBABWE!*
DEN ÖGB FORDERN WIR AUF,
**DIE FACHGEWERKSCHAFTEN UND ÜBER SIE DIE BETRIEBSRÄTE AUFZURUFEN, IN IHREN BETRIEBEN FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG DES KAMPFES DES VOLKES VON ZIMBABWE MIT ALLEN MÖGLICHEN MITTELN EINZUTRETEN!*
**DIE KOLONIALISTENFREUNDLICHE SCHREIBWEISE IN DER 'SOLIDARITÄT' ENDLICH AUFZUGEBEN UND TATSACHEN ZU BERICHTEN!"*

Die 60 Anwesenden spendeten S 7.152,50.

Zimbabwe Chimurenga

Broschüre über die Entwicklung des Befreiungskampfes in Zimbabwe, 71 Seiten, Preis: 10,-. Best.Nr. 88025.

„Die Tage von Smith sind gezählt, das Volk wird Zimbabwe regieren!"

Auszug aus der Rede Rex Chiwaras bei der Veranstaltung am Wienerberg

Im Namen der Partei der ZANU, im Namen des ZK der ZANU, im Namen der Patriotischen Front, im Namen des ZK der Patriotischen Front und im Namen der kämpfenden Rassen in Zimbabwe möchte ich dem Kommunistischen Bund Österreichs Dank und Anerkennung für seine positive Solidarität aussprechen. Ebenso für das Ziel, das er sich gesetzt hat, nämlich unserem Volk zwei Landrover zur Verfügung zu stellen.

Wir sind in einem unerbittlichen Krieg mit unserem Feind Ian Smith. Alle unsere Leute, die im Kampf stehen und die diesen Kampf unterstützen, brauchen Kleidung, Nahrungsmittel, Medikamente und Transportmittel.

Es ist wichtig, Genossen, hervorzuheben, daß es ohne diese notwendigen Sachen unmöglich ist, einen Erfolg im Kampf zu erringen. In der Tat glauben wir fest, daß wir unsere eigenen Befreier sind, das heißt, das Volk von Zimbabwe hat die absolute Pflicht, sich selbst zu befreien. Das ist unser Leitstern, das ist unser leitendes Prinzip in unserer Organisation, – wir sind unsere eigenen Befreier, wird sind unsere eigenen Verteidiger, wir sind unsere eigenen Friedensbringer, denn wir können uns *nur* auf unsere eigene Kraft stützen. Wir können uns auch nicht auf irgendjemanden verlassen, der als ein Messias vom Himmel steigt, um uns zu befreien.

Das Volk von Zimbabwe *muß* die Waffen selbst in die Hand nehmen, muß selbst die Befreiung seines Landes in die Hand nehmen und sich in die Reihen der Kämpfer stellen, nur so können wir unsere Befreiung tatsächlich durchführen. Die Unabhängigkeit Zimbabwes kann nur dann eine Wahrheit werden, wenn wir uns selbst befreien.

Aber es sollte festgehalten werden, daß wir keinen einsamen Kampf führen können, denn abgesehen von unserer physischen Kraft, die wir einsetzen, brauchen wir Material, solches Material, von dem ich zuerst gesprochen habe. Und diese Sachen können von Genossen und Freunden, wie Ihr es seid, beigebracht werden.

Unser Krieg zur Eroberung der Macht hat die Unterstützung des ganzen Volkes

Die Ziele unseres Kampfes in Zimbabwe sind erstens, den Feind zu schlagen und die Macht zu ergreifen und zweitens, die Macht zu behalten, nachdem wir sie ergriffen haben. Wir müssen die Instrumente der Macht – wie Regierung, Armee, Polizei, das Gerichts-System und die Wirtschaft des Landes in die eigenen Hände nehmen und die Kontrolle über sie behalten. Wenn wir die Macht ergriffen haben, wenn wir die Instrumente der Macht gründlich und vollständig ergriffen haben, dann werden wir die sehr wichtige Aufgabe haben, ein sozialistisches Zimbabwe zu errichten für alle Menschen in Zimbabwe, egal welcher Hautfarbe, egal welcher anderen Unterschiede.

Das ist das hauptsächliche Ziel und die Hauptrichtung unseres Kampfes!

Wir wollen ein Zimbabwe frei von Rassismus! Wir glauben, die Menschen sind Menschen, *unabhängig* von der Farbe ihrer Haut. Wir behandeln alle Menschen als Menschen. Deshalb sollten diejenigen Menschen, die das noch bezweifeln, begreifen, daß wir nicht gegen eine Hautfarbe kämpfen. Wir führen keinen Rassenkrieg, – wir kämpfen gegen ein rassistisches, unterdrückerisches und illegales Regime in unserem Land, das von Ian Smith geführt wird.

Um den bewaffneten Kampf aufnehmen zu können, mußten wir das Volk politisch unterrichten, mußten wir es mit der richtigen politischen Linie ausstatten. Das ist sehr wichtig. Und heute unterstützt das Volk von Zimbabwe unseren Krieg. Die einfachen Bauern in den Dörfern, die einfachen Arbeiter in den Siedler-Farmen, Volksschüler, Mittelschüler, die Studenten auf der Hochschule, Studenten auf der Universität, Lehrer und Intellektuelle, Arbeiter in den großen und kleinen Städten, Geschäftsleute in Stadt und Land – alle Schichten unseres Volkes unterstützen diesen Kampf.

Kurz gesagt, unser Kampf hat sich von einzelnen Gefechten hier und dort zu einem Volkskrieg entwickelt. Es gibt keine Armee der Welt, die einen Volkskrieg ersticken könnte.

Wir führen einen Guerilla-Krieg in Zimbabwe, und ein Guerilla-Krieg kann keinen Tag alt werden, ohne die volle Unterstützung der Volksmassen. Heute haben wir in Zimbabwe diese Unterstützung noch verstärken können, weil die Truppen der Patriotischen Front jeden Tag mehrere Siege erringen, was ein Ansporn für die Leute ist.

Der Feind hat viele Leiden über unser Volk gebracht, er wandte die Taktik der verbrannten Erde an, er unterdrückte rücksichtslos und brutal das Volk und alle Leute, die unseren Kampf aktiv unterstützten, wie z.B. Missionare und einfache Leute, sind ein Opfer dieser brutalen Politik. Die Leute leiden, die Leute werden in KZs eingesperrt, in denen man sie verhungern läßt, oder in denen sie willkürlich erschossen werden können, wann immer die Smith-Streitkräfte sie umbringen wollen. Das Ziel dieser Taktik ist es, die Massen von den Friedenskämpfern zu isolieren und zu entfremden.

Die Imperialisten betreiben verzweifelt die Rettung des Kolonialregimes

Die Feinde der Befreiung, die Imperialisten, machen Überstunden. Sie arbeiten Tag und Nacht, um etwas auszuhecken, was Smith vor dem völligen Sturz retten könnte.

Letztes Jahr, im August, sah man eine sehr rege Bewegung: die imperialistischen Hunde sind ganz aufgescheucht von einem Platz zum anderen gelaufen. Kissinger lief hin und her zu Vorster, Vorster rannte hin und her zu Verhandlungen in Zürich. Von Afrika nach Amerika und wieder zurück. Es war ein großes Kommen und Gehen. Das endete in der Genfer Konferenz, die sie mit diesen Manövern vorbereiteten. Die Genfer Konferenz hatte zum Ziel, den Sturz von Smith zu verhindern. Die Imperialisten-Bosse hatten bereits einen Handel abgemacht, sie wollten eine neokoloniale Lösung in Zimbabwe durchführen und das wollten sie in Genf absegnen und publizieren lassen. Von Oktober bis Dezember waren wir in Genf und sahen alle Taktiken und Manöver der Imperialisten und Feinde. Wir betrieben jedoch eine entgegengesetzte Taktik und die Konferenz wurde abgebrochen. Und der Krieg ging auf dem Schlachtfeld weiter.

Und heuer um dieselbe Zeit fängt das wieder an, und man sieht wieder ein großes Hin- und Herfliegen. Der britische Außenminister, der amerikanische Außenminister Young, sie flogen von Amerika nach Afrika, von Amerika nach London. Carter, Mondale flogen nach Afrika. Was ist da los? Letzte Woche war wieder ein großes Fliegen nach Amerika, die UNO war voll, was ist passiert?

Ihr Schlachtruf ist: Smith ist am Stürzen, schnell laßt uns alle zusammenkommen und ihn retten. Das ganze ist wirklich eine Rettungsaktion. Und nun haben wir etwas, das sich „Neuer britisch-amerikanischer Vorschlag" bezeichnet.

Als wir uns dann diesen neuen Vorschlag angeschaut haben, um zu entdecken, was denn das Neue ist, haben wir es nicht gefunden. Es ist genau dasselbe wie früher und der Zweck ist, unsere Gehirne zu beschäftigen, uns vom Kampf abzulenken und uns mit solchen Vorschlägen zu beschäftigen. Es ist dieselbe alte Geschichte, nur umgeben mit blumigen Worten. Und solange diese Vorschläge nicht ehrlich gemeint sind, so werden sie Schiffbruch erleiden, genauso, wie das auf der Genfer Konferenz der Fall war.

Ein gewisser Lord Carvour aus England ist mit allen Vollmachten ausgestattet worden, das Land wiederzukolonialisieren, um mit dem neuen Namen Generaladministrator eingesetzt zu werden. Lord Carvours Vollmachten laufen dahingehend, daß er die legislative und exekutive Gewalt hat und Richter ernennen kann. Er ist Oberbefehlshaber aller Streitkräfte, kurz gesagt, er ist alles in diesem Land.

Die Patriotische Front wird dieses Manöver nicht akzeptieren. Wir sind der Meinung, daß der britische Administrator nur da sein sollte, um den Prozeß der Dekolonialisierung durchzuführen und nicht um die absolute Macht auszuüben.

Genossen, wer kann einem Kolonialisten mit absoluten Vollmachten Vertrauen schenken? Wir haben aus vielen bitteren Erfahrungen gelernt und wir können nicht einem Kolonialisten vertrauen.

Wir kämpfen bis zur völligen Unabhängigkeit Zimbabwes!

Wir stellen entschieden fest, daß die *Patriotische Front* die Grundlage für jede Mehrheitsregierung, die gebildet werden muß, sein soll, weil wir in Zimbabwe nicht dafür kämpfen, den Kolonialismus beizubehalten! Wir kämpfen für die völlige Vernichtung des Kolonialismus und seiner verschiedenen Formen in Zimbabwe.

Letzte Woche verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Resolution, die die Bestimmungsgewalt des Generalsekretärs der Vereinigten Nationen gut heißt, und zwar die Bestimmungsgewalt, einen UNO-Beauftragten zu entsenden, der gemeinsam mit dem britischen Lord Carvour nach Rhodesien gehen soll, um über die UNO-Truppen die „Friedenstruppen", das Kommando zu führen. Außerdem hat er Vollmachten, über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Einen Waffenstillstand mit wem, stellt sich hier die Frage. Und wozu?

Das ist der Kern der Sache, wir rennen nicht herum und gehen zu den Vereinten Nationen und fliegen auch nicht herum, dazu haben wir auch nicht genug Geld. Wir sind bei uns zu Hause und bauen die Macht auf, die die Verhältnisse in Zimbabwe verändern wird. Und das ist unsere Macht, und sie ist die einzige, die zählt.

Sie können herumrennen, fliegen und tun was sie wollen, sie müssen letzten Endes zurückkommen und uns fragen, was wir tun wollen und wozu wir zustimmen werden. Statt dessen rennen sie hin und her und ihre Frage ist: Wer wird derjenige sein, der hingeht und den Waffenstillstand anbietet.

Fortsetzung auf Seite 5

Die „Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Textilindustrie erhalten" heißt die Ausbeutung der Arbeiter verschärfen

Vor etwa 2½ Jahren wurde die österreichische Textilindustrie von der heftigsten Krise seit dem Ende des 2. Weltkriegs geschüttelt. Nur der Kapitalist konnte sich im Konkurrenzkampf behaupten, dem es gelang, die Mehrwertauspressung zu erhöhen: durch Druck auf die Löhne, durch verstärkte Antreiberei...Die Textilfabrik Ebreichsdorf wurde damals an die Firma Schöps verkauft. Der Kapitalist nahm sofort Entlassungen vor, die Belegschaft sank von 150 auf 120. Von den Entlassungen waren hauptsächlich ausländische Arbeiter betroffen. Sämtliche Arbeiter und Angestellten wurden gekündigt und mit Vordienstzeiten neu aufgenommen. Für alle gab es einen wesentlich niedrigeren Lohn als vorher, für manche macht die Differenz sogar 2.500.- pro Monat aus. Mit diesen Lohnkürzungen schaffte sich die Firma Schöps zusätzlich eine günstige Möglichkeit, verschärfte Arbeitshetze durchzusetzen. Heute beträgt der Grundlohn 28.- per Stunde Auf mehr kann man nur kommen, wenn man die Stückzeiten unterbietet. Die meisten Frauen halten diese intensive Arbeit nicht lange aus, nur wenige Arbeiterinnen sind älter als 40 Jahre.

Warum konnten diese Verschlechterungen im Jahr 1974 durchgesetzt werden? Die Spaltung der Arbeiter in Arbeitende und Arbeitslose wirkte sich für Schöps günstig aus. Im Krisenjahr 74/75 waren im Badener Raum sehr viele arbeitslos und bereit, zu jeden Bedingungen ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Auch die Spaltung der Arbeiter in Inländer und Ausländer wirkte sich für den Kapitalisten günstig aus. Unter dem Slogan der „Sicherung der inländischen Arbeitsplätze" konnten Entlassungen der Ausländer reibungslos über die Bühne gehen.

Die Krise in der Textilindustrie ist heute keineswegs vorbei. In der letzten Zeit kursieren wieder Gerüchte von Schließung und Kündigungen. Auf Anfragen einer Betriebsrätin in der Wiener Firmenleitung hieß es, es gäbe keine derartigen Pläne und sie solle die Arbeiter beruhigen. Manche Kollegen glauben, daß das nicht stimmt und sie nur beschwichtigen soll, damit das nahende Weihnachtsgeschäft nicht gestört wird.

Ein anderer Betriebsrat äußerte die Ansicht, daß die Kündigungen nur verhindert werden können, wenn die Gewerkschaft die österreichische Textilindustrie gegen die ausländische Konkurrenz, insbesondere gegen die billige Honkongware unterstützt. Es ist kein Zufall, daß er solche Ansichten vertritt. Denn die sozialdemokratische Gewerkschaft macht vehement Propaganda für die Unterstützung der „heimischen Textilindustrie" durch die Arbeiter. Diese Unterstützung brauchen die Kapitalisten gerade heute, um sich im internationalen Konkurrenzkampf behaupten zu können. Die österreichische Bourgeoisie will sich heute möglichst günstige Ausgangsbedingungen für künftige härtere Auseinandersetzen um Einflußsphären und Absatzmärkte schaffen. Grundlage für jegliche Expansion der Bourgeosie ist die Ausbeutung der „eigenen" Arbeiterklasse. Je besser es der Bourgeosie gelingt den Widerstand der Arbeiterklasse gegen ihre Maßnahmen gering zu halten, umso erfolgreicher wird sie sein in der Verfolgung ihrer imperialistischen Ziele. Dazu braucht sie die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung, die der Arbeiterklasse dauernd predigt, sie müßte sich an den Zielen der Wirtschaft orientieren, um die Arbeitsplätze zu erhalten.

In der Septembernummer der Gewerkschaftszeitung Textil-Bekleidung-Leder wimmelt es geradezu von Vorschlägen, wie die Textilgewerkschaft aus dem Tief herausgebracht werden könnte: Importbeschränkungen bei ausländischen Textilien, günstigere Exportabkommen werden verlangt.

„In Hongkong billig erzeugte Ware gefährdet unsere Arbeitsplätze" heißt es in dieser Gewerkschaftszeitung. Die Ausländer sind schuld an unserer elenden Lage, sollen die Arbeiter glauben und so für den Handelskrieg der österreichischen Kapitalisten gegen die ausländischen gewonnen werden. Die Hongkongware ist nur deshalb so billig, weil die Arbeiter dort unter besonders elenden Bedingungen leben und so einen wesentlich größeren Teil unbezahlte Mehrarbeit leisten. Die österreichischen Kapitalisten können der ausländischen Konkurrenz nur entgegenwirken, indem sie auch hier die Ausbeutung beträchtlich erhöhen.

Krise in der Textilindustrie

„Seit dem Sommer ist die Auftragslage so trist wie im Krisenjahr 1975" sagt der Generaldirektor der Pottendorfer Textilfabrik (laut Presse 8.10.77). Noch in diesem Monat sollen von den insgesamt 344 Webstühlen 50-90 stillgelegt werden. Bereits jetz sind 30 alte Webstühle stillgelegt.

In Vorarlberg werden die Arbeiter bereits gekündigt, besonders die ausländischen Arbeiter sind betroffen.

Bei der Firma Stoffdruck Möllersdorf sollen 30 Arbeiter (von insgesamt 115) entlassen werden.

Textilarbeiter: Vorbereitung auf neue KV-Runde

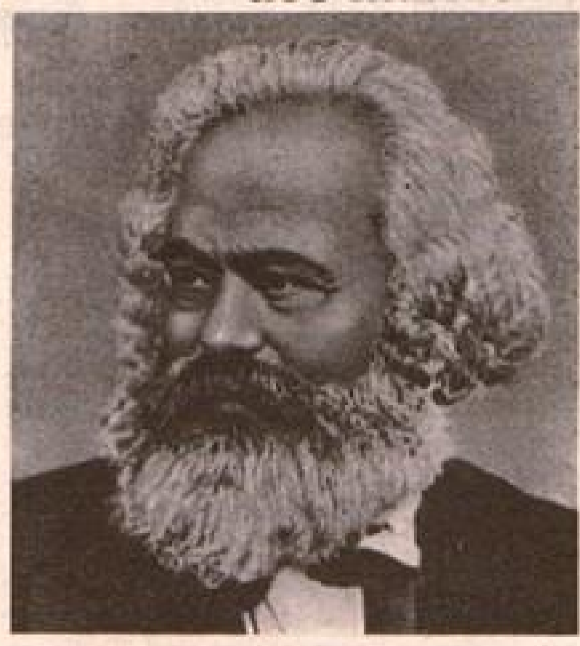
Ende Oktober sollte der Kollektivvertrag für die Arbeiter in der Textilindustrie auslaufen. Bis jetzt ist noch nichts von Vorschlägen der Gewerkschaftsführung für neue Verhandlungen bekannt. Offensichtlich versucht die Kapitalistenklasse, mit Unterstützung durch die Gewerkschaftsführung, die KV-Runde zu verschleppen, um den Lohn weiter drücken zu können. Lohndruck, Aushöhlung des Arbeiterschutzes, das muß die Kapitalistenklasse durchsetzen, um die Ausbeutung erhöhen und im internationalen Handelskrieg bestehen zu können.

Um diesen Zweck zu erreichen, versucht sie, die Arbeiterklasse an sich zu binden, sie für ihre Ziele zu gewinnen. Dem dient die breite sozialchauvinistische Propaganda, die zur Unterordnung unter die Interessen der Kapitalisten aufruft, um die „heimische Textilindustrie in der derzeitigen Größenordnung zu erhalten" (TBL, Zeitung der Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder Nr. 9/77). Dem dient das Bestreben der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung, „den immer stärkeren Importdruck abzuwehren .... und so „zur Sicherung unserer Arbeitsplätze beizutragen" (ebendort).

Dieser Propaganda muß die Arbeiterklasse entgegentreten, um dem neuen Ausbeutungsfeldzug der Kapitalisten wirksam begegnen zu können.

Weil durch Kapitalisten und Gewerkschaftsführung die KV-Runde verschleppt werden soll, ist es notwendig, ausgehend von den Erfahren der letzten KV-Runde und der Einschätzung der jetzigen Situation, in den Betrieben die Auseinandersetzung gegen Lohndrückerei und Verschärfung der Ausbeutung zu führen.

„Lohn, Preis und Profit"-ein elementares Werk des Marxismus-Leninismus



„Lohn, Preis und Profit", ein Vortrag von Karl Marx aus dem Jahr 1865, beinhaltet skizzenhaft die Grundzüge der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie.

Als Schlußfolgerung hält Marx fest: „Ich glaube nachgewiesen zu haben, daß ihre Kämpfe um den Lohnstandard von dem ganzen Lohnsystem unzertrennliche Begleiterscheinungen sind, daß in 99 Fällen von 100 ihre Anstrengungen, den Arbeitslohn zu heben, bloß Anstrengungen zur Behauptung des gegebenen Werts der Arbeit sind und daß die Notwendigkeit, mit dem Kapitalisten um ihren Preis zu markten, der Bedingung inhärent ist, sich selbst als Ware feilbieten zu müssen. Würden sie in ihren tagtäglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige nachgeben, sie würden sich selbst unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen.

Gleichzeitig und ganz unabhängig von der allgemeinen Fron, die das Lohnsystem einschließt, sollte die Arbeiterklasse die endgültige Wirksamkeit dieser tagtäglichen Kämpfe nicht überschätzen. Sie sollte nicht vergessen, daß sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen; daß sie zwar die Abwärtsbewegung verlangsamt, nicht aber ihre Richtung ändert; daß sie Palliativmittel anwendet, die das Übel nicht kurieren. Sie sollte daher nicht ausschließlich in diesem unvermeidlichen Kleinkrieg aufgehen, der aus den nie enden wollenden Gewalttaten des Kapitals oder aus den Marktschwankungen unaufhörlich hervorgeht. Sie sollte begreifen, daß das gegenwärtige System bei all dem Elend, das es über sie verhängt, zugleich schwanger geht mit den *materiellen Bedingungen* und den *gesellschaftlichen Formen*, die für eine ökonomische Umgestaltung der Gesellschaft notwendig sind. Statt des *konservativen* Mottos: *'Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!'*, sollte sie auf ihr Banner die *revolutionäre* Losung schreiben: *'Nieder mit dem Lohnsystem!'"*

88 Seiten, Preis: 3,30 S zu beziehen über: Fa. Alois Wieser Ges.m.b.h., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, Postfach 13, 1042 Wien

Aus der Rede von Rex Chiwara

Fortsetzung von Seite 5

Wir haben zu lange gekämpft, und die Situation hat sich inzwischen so weit entwikkelt, daß unser Kampf nicht abgewürgt und nicht leicht beendet werden kann. Wenn man uns einen Waffenstillstand anbietet, werden wir als erstes fragen: Unter welchen Bedingungen soll dieser Waffenstillstand abgeschlossen werden.

Und sie können dann ihre Bedingungen sagen und wir werden sagen: Unsere Bedingungen müssen anerkannt werden! Wir haben nicht viele, nur 1, 2, 3, 4 das sind unsere Bedingungen und wenn ihr diese Bedingungen akzeptiert und einhaltet, dann können wir über Waffenstillstand reden.

Und unter keinen anderen Umständen Genossen, und da könnt ihr ganz beruhigt sein, werden wir auf so etwas eingehen. Wir werden erst dann aufhören zu kämpfen, wenn die volle Unabhängigkeit von Zimbabwe garantiert ist. Wir nehmen diese Bedingungen als Ausgangspunkt für Verhandlungen. Das ist unsere Haltung.

Es lebe die Solidarität zwischen den Völkern von Zimbawe und Österreich!

Ich komme jetzt auf die Spendensammlung für die beiden Landrover zu sprechen. Wir halten diese Spendensammlung für eine sehr wichtige Angelegenheit. Wichtig deshalb, weil wir damit versuchen, unsere Solidarität in aktueller Realität, mit einer materiellen und positiven Haltung zu beweisen.

Ich bin überzeugt, wenn das Geld für die zwei Landrover gesammelt ist, und sie nach Zimbabwe geschickt werden, daß es ein großartiges Symbol für die Solidarität des österreichischen Volkes mit dem Volk von Zimbabwe sein wird. Und unsere Kämpfer werden das sehr anerkennen, weil sie die Kleider von hier anhaben, in den Autos fahren und sitzen, und damit die Solidarität vom Kontinent ganz deutlich spüren werden. Ich bin überzeugt, daß es uns gelingen wird, das Geld für die 2 Landrover zu sammeln und daß es nichts gibt, was uns daran hindern wird, dieses Ziel zu erreichen.

Zum Schluß Genossen, möchte ich Euch noch sagen, mit aller Entschlossenheit, daß die Tage von Smith gezählt sind, daß *wir* es sind, die dieses Land regieren werden. Das ist eine absolute Tatsache. Und falls es zu der Errichtung eines Marionettenregimes kommen sollte, das dem Zweck dienen würde, den Neokolonialismus wieder einzuführen, oder ihm eine Ausgangsbasis zu verschaffen, dann werden wir solange kämpfen, bis dieses Regime fällt.

Es gibt keinen Zweifel darüber, daß wir gegen Kapitalismus, Imperialismus und Kolonialismus kämpfen, wo immer sie ihre Gesichter zeigen, und wo wir sie sehen, dort schießen wir - und töten sie.

Ihr hier, Genossen, kämpft gegen denselben Feind. Ihr kämpft vielleicht auf andere Art, aber ihr kämpft gegen dasselbe Monster Kapitalismus und Imperialismus. Es ist daher ganz klar, Genossen, daß Euer Kampf unser Kampf ist, wie unser Kampf Euer Kampf ist. Wenn wir die Macht in Zimbabwe haben, dann sind die antiimperialistischen Armeen gestärkt.

Genossen, wir haben in Zimbabwe die Kraft, die Entschlossenheit, bis zum Ende zu kämpfen, bis zum Sieg. Wir haben die Fähigkeit, erfolgreich zu planen und zu kämpfen. Wir brauchen aber materielle Unterstützung. Bitte, helft uns, gebt uns Material und helft uns, euch selbst zu helfen.

Genossen, ich appelliere an Euch, alles zu geben, was ihr geben könnt. Wir schätzen diese Solidarität und es kommt nicht auf die Größe an, sondern wir wissen in welchem Geist und in welchem Sinn diese Spende gegeben wird und deshalb schätzen wir jede noch so kleine Spende.

Eure Spenden werden helfen, die Tage der Unterdrückung, der Ausbeutung des Imperialismus und Kolonialismus zu verkürzen und hinwegzufegen. Sie werden helfen, einer glücklichen Zukunft schneller entgegen zu gehen.

Es lebe die Solidarität zwischen den Völkern von Zimbabwe und Österreich!

Papierfabrik Arland/Graz: Diskussion über Schädlichkeit der Schichtarbeit

Wie in allen Papier- und Zellulosefabriken gibt es auch bei uns ein besonders schädliches Schichtsystem. Nicht nur, daß man abwechselnd Nacht-, Nachmittags- und Frühschicht machen muß, – dazu kommt noch, daß ein Schichtturnus nicht, wie sonst üblich, 5 sondern 7 Tage dauert. Das hat zur Folge, daß wir nur jede 4. Woche Samstag/Sonntag freihaben.

Mit der allgemeinen Verschlechterung der Lage der Arbeiter in den letzten Jahren wächst auch die Empörung über die Schichtarbeit. So habe ich kürzlich an einem Nachmittag folgende Gespräche geführt:

* Beim Umkleiden erzählte ein Kollege von äußerst schmerzhaften Injektionen ins Rückenmark, die jemand wegen eines Nervenleidens bekommen hat. Bald kam das Gespräch darauf, daß man sich nicht zu wundern braucht über die steigende Zahl von Nervenkrankheiten,wo sich doch die Arbeitsbedingungen immer mehr verschlechtern. Gerade die Schichtarbeit zerrüttet die Nerven. Der Körper kann sich auf den ständigen Wechsel nicht einstellen und vor allem die Nachtschicht macht einen ganz fertig.

* Später unterhielt ich mich mit einem Schichtschlosser. Er meinte: „15 Jahre mache ich die Schichtarbeit jetzt schon und 20 Jahre soll ich das noch aushalten. Wenn unsereiner die Pensionierung überhaupt erlebt, so macht er es sowieso nicht mehr lange. Für die Pensionsversicherung ist das billig!"

Ein anderer Kollege klagte darüber, daß er sich fast nicht mehr um seine Kinder kümmern kann.

Den meisten Kollegen ist klar, daß die Schichtarbeit nur der Profitmacherei dient. Die Maschinen sollen Tag und Nacht laufen, um möglichst viel Arbeitskraft einzusaugen. Denn nur die Arbeitskraft, die der Arbeiter dem Kapitalisten für Lohn verkaufen muß, ist es, die den ganzen Mehrwert schafft, den sich der Kapitalist dann aneignet. Ob Gesundheit und Familienleben der Arbeiter dabei zerstört werden, ist für den Kapitalisten egal.

Trotzdem schreckt die überwiegende Mehrheit der Kollegen noch vor einem Kampf gegen die Schichtarbeit zurück. Das hat zwei Gründe:

1. Der niedrige Lohn zwingt zur Schichtarbeit. Für die meisten Kollegen schaut es so aus, daß 40 % des Lohns und mehr sich zusammensetzen aus Schichtzulage, Sonn- und Feiertagsarbeit, Überstunden.

2. Vor allem die Sozialdemokraten in Gewerkschaft und Betriebsrat reden den Kollegen noch mit Erfolg ein, daß ohne Nacht- und Schichtarbeit, ohne Samstag-Sonntag-Arbeit die Betriebe pleite gehen würden und die Arbeitsplätze verloren gingen.

Die Kapitalisten versuchen mit allen Mitteln, ihren Konkurrenzkampf auf dem Rücken der Arbeiter auszutragen. Gibt man dem nach, nimmt man Lohnraub, Überstunden, Schichtarbeit usw. hin, so sichert das nur eines: die Profite! Keineswegs aber die Arbeitsplätze! Gerade in der Papierindustrie wurden in den letzten Jahren durch Ausdehnung der Schichtarbeit, Überstunden und Arbeitshetze hunderte Arbeitsplätze wegrationalisiert.

Die Arbeiter in der Papier- und Zellulloseindustrie müssen den Lohnkampf verbinden mit dem Kampf gegen die Schichtarbeit. In den Betrieben muß die Forderung besprochen werden: VERBOT DER NACHT- UND SCHICHTARBEIT, AUSSER IN FÄLLEN, WO DIES AUS TECHNISCHEN (VOM BETRIEBSRAT ANERKANNTEN) GRÜNDEN NICHT ANDERS MÖGLICH IST! Und in diesen Fällen: VERKÜRZUNG DER NACHTARBEITSZEIT AUF 4 STUNDEN! Diese Forderung muß die Gewerkschaft erheben! Teilforderungen in diese Richtung – wie das Verbot der Samstag-Sonntagarbeit – müssen zu Kampfforderungen für die nächste Zeit gemacht werden!

/Papierfabrik Arland

Kapsch Wien: Sichere Arbeitsplätze?

„Als eines der führenden Unternehmen der Elektroindustrie bieten wir sichere Arbeitsplätze ...." hieß es jüngst in einem Zeitungsinserat der Firma Kapsch. Die Telefonproduktion bei Kapsch wird auf eine neue Produktionsweise („halbelektronisch") umgestellt. Für die neue Produktion werden nun Fach-, Anlern- und Hilfsarbeiter gesucht. Aber: *Sichere* Arbeitsplätze für die Neueingestellten? Die Kapitalisten glauben jedenfalls nicht daran. Hieß es doch in der Presse vom 27.4.76, daß auf Grund der Produktionsumstellung in der Fernmeldeindustrie „in dieser Industriesparte bis 1980 um 30 – 40 % weniger Arbeitsplätze zur Verfügung stehen." Kapsch will also seine Beschäftigtenzahl nicht vergrößern, sondern verringern. Warum werden dann heute neue Arbeiter eingestellt? Erstens, weil man ihnen weniger zu zahlen braucht, was das Lohnniveau insgesamt drückt und die Spaltung verstärkt. Zweitens, weil die Arbeitshetze unauffälliger gesteigert werden kann, wie wenn „Alteingesessene" auf die neuen Arbeitsplätze versetzt werden. Auf Steigerung der Arbeitshetze und Lohndrückerei sind neben dem Personalabbau auch tatsächlich die Pläne der Kapitalisten im Rahmen der Produktionsumstellung ausgerichtet (siehe „Klassenkampf" 16/77). Die Neueinstellungen sind ein Mittel zur Verwirklichung dieser Pläne. Daß dann noch mehr Leute um ihren Arbeitsplatz bangen müssen, wenn heute eingestellt und für morgen ein Abbau angekündigt wird, schert die Kapitalisten wenig. Wir können aber diese Pläne durchkreuzen, wenn wir die „Neuen" gleich in alles einweihen und danach trachten, mit ihnen eine gemeinsame Abwehrfront gegen die Folgen der Produktionsumstellung aufzubauen.

(Zelle Kapsch/Wien)

Innsbruck:
Gerichtsentscheid stempelt LKW-Fahrer zum Kriminellen

Über folgendes Urteil „von entscheidender Bedeutung für alle LKW-Fahrer" berichtet die „Tiroler Tageszeitung" vom 30.8.77:

„Eine bedingte Strafe kommt danach für den Lenker eines Schwerfahrzeugs n i c h t in Frage, wenn er infolge Übermüdung einen tödlichen Unfall verschuldet. Das Oberlandesgericht Innsbruck ist der Ansicht, die Lenkung eines LKW bei starker Übermüdung sei kaum weniger gefährlich als die Ausübung einer Tätigkeit in einem durch Alkoholgenuß beeinträchtigten Zustand. In beiden Fällen besteht nach Ansicht des Berufungsgerichts daher die Notwendigkeit, aus Gründen der Abschreckung unbedingte Strafen zu verhängen.

Das Oberlandesgericht verweist in seiner Entscheidung auch auf die Tatsache, daß gerade im gewerblichen Verkehr immer wieder wegen des Verdienstes oder auch nur wegen des Zeitgewinns von Lenkern von Schwerfahrzeugen gegen jene Vorschriften verstoßen werde, die eine Übermüdung ausschließen. Komme es aber wegen Übermüdung eines solchen Lenkers zu einem Unfall mit tödlichem Ausgang, dann muß der schuldtragende Fahrer mit einer unbedingten Strafe rechnen."

Die „Kronenzeitung" vom gleichen Tag freut sich: „Man kann nur hoffen, daß diese Entscheidung Schule macht, damit die Unfälle durch Schwerfahrzeuge endlich sinken."

Hat sich also das OLG Innsbruck um die Verkehrssicherheit verdient gemacht?

In Wirklichkeit ist dieses Urteil eine Verhöhnung der Arbeiter in der Transportindustrie. Ihnen bringt es keineswegs mehr Sicherheit; im Gegenteil, es stempelt sie zu Kriminellen.

Sind etwa die LKW-Fahrer schuld, wenn die Vorschriften zum Schutz der Arbeiter vor Übermüdung nicht eingehalten werden? Es sind die Transportkapitalisten, die in ihrer Gier nach Profit die Gesundheit der Fahrer und der anderen Straßenbenützer gefährden. *Sie* weiten die Nachtarbeit aus weil ihr in LKWS angelegtes Kapital sich nicht durch die Auspressung der Arbeitskraft vermehren kann, während die LKWs stillstehen. *Sie* treiben mit niedrigen Grundlöhnen und brutaler Akkordschinderei die Fahrer zum Durchfahren: Damit die Kilometer und damit der lebensnotwendige Verdienst zusammenkommen, verzichtet der Fahrer halt gezwungenermaßen auf die ihm zustehende Pause.

Das OLG Innsbruck sieht es als strafverschärfend an, daß der Unfallfahrer „wegen des Verdienstes" seine Übermüdung riskierte. Man kann sich die moralische Entrüstung dieses Richterpacks über die „niedrigen Instinkte des gemeinen Volkes" richtig vorstellen! No na, Herr Oberlandesgerichtsrat, aus Hetz wird er die Vorschriften mißachtet und seine Gesundheit ruiniert haben! Wenn einer nichts hat zum Leben außer dem Verkauf seiner Arbeitskraft, wenn er nur durch Nachtarbeit und Akkord das Notwendige verdienen kann, wenn die kapitalistische Ausbeutung ein weiteres Todesopfer fordert – dann soll der Arbeiter ins Gefängnis?

Diesem Hohen Gericht sollte man die schwarzen Roben herunterreißen, diese nichtsnutzigen Unterdrückungsbeamten sollte man einmal ein paar Nächte hinter das Lenkrad eines Fernlasters stecken. Und ins Gefängnis gehört der LKW-Besitzer, dieser Schreibtischmörder!

Ein Verbot von Nachtarbeit und Akkordarbeit, das die Kapitalisten daran hindert, die Arbeitskraft zu ruinieren und für ihren Profit über Leichen zu gehen, das wäre die einzig richtige „Abschreckung". Das wäre ein Beitrag nicht nur zur Verkehrssicherheit, sondern vor allem zur Verteidigung der Arbeits- und Kampfkraft der Lohnabhängigen.

Und wäre es nicht eine Aufgabe der Gewerkschaft, mit allen Mitteln ihres Rechtsschutzfonds die LKW-Fahrer gegen solche Schandurteile zu schützen?

Ortsgruppe Innsbruck

SGP-Graz
Verschärfte Rationalisierungsmaßnahmen

Simmering Graz Pauker befindet sich seit Anfang der 70er Jahre auf Expansionskurs. Seitdem konnten die Kapitalisten Steigerungsraten in der Produktion verzeichnen, während vorher die Produktion eher stagnierte oder sich lediglich langsam entwickelte.

Für die Arbeiter und Angestellten ist diese Entwicklung mit verschärften Angriffen auf die Lebensbedingungen -besonders im letzten Jahr- verbunden.

Heuer hat es nicht -wie sonst üblich- eine allgemeine innerbetriebliche Lohnerhöhung für alle gegeben. Die letzten Lohnabschlüsse haben nicht einmal brutto die Entwertung der Löhne durch die Preiserhöhung abgegolten. Bisher konnten sich die SGP-Arbeiter wenigstens innerbetrieblich einen Teil des Lohnverlustes wieder holen. Heuer ist das weggefallen -stattdessen wurde eine Treueprämie eingerichtet.

Diese Prämie ist keineswegs dazu geeignet, die Geldentwertung wettzumachen. Die Kollegen, die unter 5 Jahren dem Betrieb angehören, bekommen z.B. überhaupt nichts! Die Prämie dient nur dazu, die Kollegen aufzuspalten in solche, die schon länger beim Betrieb sind und solche, die erst kurz hier arbeiten. Indem sie einigen Kollegen ein Zuckerl gibt, will die Firmenleitung verhindern, daß sich alle zusammenschließen und erkämpfen, was sie brauchen. Dazu kommt noch, daß Fehlstunden von der Prämie abgezogen werden, um die Kollegen dazu zu zwingen, auch bei leichteren Krankheiten arbeiten zu gehen. Das bedeutet neben schweren Folgen für die Gesundheit auch erhöhte Gefahr von Arbeitsunfällen.

Die Produktion pro Kopf stieg von 1975 auf 1976 um 18,6% -wobei aber gleichzeitig 1976 200 Beschäftigte abgebaut wurden.

Vor allem durch Überstunden wird aus den Kollegen immer mehr herausgepreßt. In vielen Abteilungen werden regelmäßig Überstunden gemacht (in Spitzenzeiten bis zu 80 pro Monat) und auch Samstags wird oft gearbeitet. Grund dafür sind die niedrigen Löhne, die für notwendige Anschaffungen wie ein Auto oder eine Wohnung einfach nicht mehr ausreichen.

In letzter Zeit sind auch öfter Kollegen gekündigt worden. Den übrigen Kollegen wurde gesagt, es seien ohnehin nur „Tschecheranten" und „Sandler" gewesen. In Wirklichkeit aber reihen sich die Kündigungen ein in die übrigen Maßnahmen zur Rationalisierung der Produktion und Steigerung der Ausbeutung.

Trotz dieser Entwicklung versuchen die sozialdemokratischen Betriebsräte noch immer den Kollegen einzureden, daß es ihnen „so gut wie noch nie gegangen sei" und daß man nun, wo etwas schlechtere Zeiten kommen „auch ein wenig verzichten können muß".

Aber immer mehr Kollegen schenken diesen Lügen keinen Glauben mehr -daß muß ausgenützt werden, um Maßnahmen gegen jeden weiteren Angriff zu organisieren.

Breite Zustimmung zu den Forderungen – Gegenangriff der Verwaltung
Trotz Einschüchterungsmaßnahmen: Unterschreibt für die Liste AKTIONSPROGRAMM

Aus dem dritten Flugblatt der Liste AKTIONSPROGRAMM

Fortsetzung von Seite 1

Auch die Forderungen gegen die Dienststrafordnung erhalten breite Zustimmung vor allem von den betroffenen Kollegen: Denn die Dienststrafen treffen nicht die wirklich Schuldigen, z.B. die Verantwortlichen für Dienstpostenkürzungen, für die mangelhaften Sicherheitsvorkehrungen und die Arbeitsorganisation, für die Hetzerei, für jene Zustände also, die in Wirklichkeit an Unfällen schuld sind, sondern sie dienen dazu, die Schuld auf den kleinen Beamten oder Lohnabhängigen abzuwälzen.

Erste Erfolge

Allein dadurch, daß von den Kandidaten der LISTE AKTIONSPROGRAMM die verschiedenen Forderungen der Kollegen öffentlich aufgegriffen wurden, wurden bereits erste Erfolge bei ihrer Durchsetzung erzielt:

Am Bahnhof Liesing wurde plötzlich mit der Ausbesserung der Brausen begonnen (allerdings wollte der Vorstand offensichtlich nur eine Alibi-Handlung vor den Wahlen setzen, denn die Arbeiten ziehen sich bereits wieder dahin).

Am Verschiebebahnhof Linz in Kleinmünchen wurde praktisch in allen von der Liste Aktionsprogramm geforderten Punkten bereits reagiert: Die beiden Lautsprecher in der „Grube" bei der 3a Reserve werden hergerichtet, zusätzlich Lautsprecher in den Verschieberbuden 153 und 103 angebracht.

Kohlen für das Heizen der Öfen wurden bereits aufgeschüttet. Die Reinigung der Gleisanlagen wurde begonnen, zumindest einmal die Verschalungen der neuen Lichtmasten entfernt.

Weiters wurde in der Verschieberbude Gleis 103 sogar ein Kühlschrank aufgestellt, und in den Toiletten wird Papier aufgelegt! Sofort nach Meldung wurde das Dach der Hütte auf Gleis 125 repariert.

Es scheint, daß hier dieselben Leute, die unsre Forderungen als grundlos und als Verleumdungen bezeichnen, auf einmal sehr genau merken, woher der Wind weht: Daß von der Liste Aktionsprogramm nichts anderers als die Interessen der Kollegen vertreten werden.

Die ersten Reaktionen der Verwaltung zeigen aber auch, daß Schweigen und Sichvertrösten-Lassen nichts nützt. Daß nur durch entsprechenden Druck etwas erreicht werden kann.

Mit Drohungen und Verleumdungen gegen die LISTE AKTIONSPROGRAMM

Die Verwaltung macht zwar einige Zugeständnisse. Aber natürlich haben der Staat und die Regierung nicht schon darauf gewartet, die entscheidenden Forderungen für die Lage der Eisenbahner zu erfüllen: Um gegen die rücksichtslose Rationalisierungs- und Gehaltspolitik aufzukommen, muß ein wesentlich stärkerer Druck entwickelt werden. Dazu dienen die Forderungen der Liste Aktionsprogramm und dafür setzen sich ihre Kandidaten ein.

Deshalb sind die staatliche Verwaltung und jene Kräfte in der Personalvertretung des Eisenbahner, die sich zu deren Handlangern machen, sofort mit allen erdenklichen Mitteln gegen die Liste Aktionsprogramm vorgegangen. Gegen das Forderungsprogramm haben sie nicht viel zu sagen gewußt - und so schauen auch ihre Methoden aus:

In Graz wird über den Listenführer Kollegen Kremlicka verbreitet, daß er ein „ellenlanges Vorstrafenregister" habe: Eine derartige gemeine Verleumdung wirft nur ein Licht auf jene Kreise, von denen so etwas verbreitet wird - von einigen SP-Vertrauensmännern, die gleichzeitig behaupten, daß er früher für den ÖAAB kandidiert habe -, was jeder Grundlage entbehrt.

Der Kandidat für den Zentralausschuß an 2. Stelle, Kollege Fehlinger, wird zum Bahnhofsvorstand zitiert und schließlich aus der 3a Reserve abgezogen und zur 4a Reserve eingeteilt - eindeutig eine Maßnahme der Einschüchterung und Behinderung der Wahlwerbung. Kollege Übleis gegenüber wird angedeutet, daß ihm ein Disziplinarverfahren droht, wenn er nicht dafür sorgt, daß Plakate mit den Forderungen der Liste Aktionsprogramm entfernt werden.

Kollege Grangl, seit kurzem verheiratet, wird mehrmals darauf hingewiesen, daß er - wohnhaft in Knittelfeld, versetzt nach Villach - nur nach Knittelfeld abgeordnet sei, und zwar auf unbestimmte Zeit.

Verschiedene Kollegen, die die Liste Aktionsprogramm unterstützen würden, weisen darauf hin, daß sie nicht unterschreiben können, weil sie Kredite haben, Kurse besuchen, noch nicht fix angestellt sind usw.

In Linz werden vom Obmann des Vertrauensmännerausschusses, Friedinger (FSG), vor der Hauptwerkstätte jene Kollegen beobachtet, die die Flugblätter der Liste Aktionsprogramm nehmen. Sie werden dann sofort oder im Laufe des Tages „belehrt".

In Innsbruck versuchen Vorgesetzte, die Flugblätter der Liste Aktionsprogramm den Kollegen abzunehmen, damit sie sie gar nicht erst lesen können.

Diese Tatsachen zeigen, mit welchen Methoden die Kandidatur einer Liste verhindert werden soll, die entschlossen ist, sich durch nichts von der Vertretung der Interessen der Kollegen abbringen zu lassen. Diese Tatsachen zeigen in Wirklichkeit die Angst der staatlichen Verwaltung davor, daß eine solche Liste zur Wahl steht. Sie zeigt auch die Schwäche jener Kräfte, die zu Verleumdungen und Einschüchterungen greifen müssen, um die breite Unterstützung für die Liste Aktionsprogramm zu verhindern.

Die Forderungen der Eisenbahner können auf die Dauer nicht unterdrückt werden

Trotz allem unterschreiben Kollegen für die Liste Aktionsprogramm. Denn sogar das erst wenige Monate dauernde Auftreten der Liste Aktionsprogramm hat gezeigt, daß es nichts bringt, weiterhin stillzuhalten. Sondern daß eine Änderung nur erreicht werden kann, wenn man der Einschüchterung trotzt und offen seine Interessen ausspricht. Die staatliche Verwaltung kann nicht ganze Dienststellen maßregeln. Im Gegenteil: Wenn eine Partie, Abteilung oder Gruppe geschlossen auftritt, bestehen die besten Voraussetzungen für die Durchsetzung ihrer Forderungen. Das gilt auch für die Unterstützung der Liste Aktionsprogramm.

Unterstützt die Liste Aktionsprogramm mit Eurer Unterschrift.

Offener Brief des Listenführers der LISTE AKTIONSPROGRAMM an die Generaldirektion der ÖBB:

Robert Kremlicka
Oktaviangasse 2-4/9/2/9
1235 Wien

An die
Generaldirektion
der Österreichischen Bundesbahnen
Elisabethstraße 9
1010 Wien

11.10.1977

Betrifft: Behinderungs- und Einschüchterungsmaßnahmen gegen Kandidaten der wahlwerbenden Gruppe Liste Aktionsprogramm

Sehr geehrte Herren!

Als Listenführer der "Liste Aktionsprogramm", die sich um die Kandidatur bei den Personalvertretungswahlen 1977 bewirbt, erhebe ich schärfsten Protest gegen die Tatsache, daß Kollege Walter Fehlinger, Verschieber, vom Vorstand des Linzer Verschiebebahnhofs von der 3a Reserve zur 4a Reserve zum Dienst eingeteilt wurde.
Kollege Fehlinger ist Kandidat der Liste Aktionsprogramm. Er wurde bereits am Montag, dem 3.10.1977, zum Bahnhofsvorstand geholt und nun per 10.10. aus der 3a Reserve abgezogen. Diese Maßnahme muß - in Zusammenhang mit anderen Vorkommnissen, die mir von den Kandidaten meiner Liste mitgeteilt wurden - als bisher schärfster Versuch der Einschüchterung und Behinderung der Wahlwerbung der Liste Aktionsprogramm betrachtet werden.
Ich richte deshalb an Sie die Aufforderung, die sofortige Rücknahme dieser Maßnahmen zu veranlassen.

Hochachtungsvoll,

Kremlicka Robert

Forderungen der LISTE AKTIONSPROGRAMM

1.

1. Gegen die Rationalisierungen und Einsparungen auf Kosten der Eisenbahner
– Keine Kürzung der Dienstposten!
– Rücknahme aller Posteneinsparungen, die auf Kosten der Kollegen erfolgt sind!
– Weg mit dem Aufnahmestop!

2.

2. Gegen jede Verschlechterung der Arbeitszeitregelung und der Arbeitsbedingungen
– Strikte Einhaltung der 40-Stunden-Woche!
– Herabsetzung der täglichen Normalarbeitszeit auf 8 Stunden!
– Keine Aufhebung der Verschubruhe!
Für die Lokführer:
– Verkürzung der durchschnittlichen Tagesarbeitszeit von 5,5 Stunden auf 5,0 Stunden und der Höchstarbeitszeit von 16 Stunden auf 12 Stunden, unter voller Einrechnung aller Wendezeiten, Dienstbereitschaften und Fahrgastfahrten.

3.

3. Weg mit der Dienststrafordnung!
– Keine Dienststrafen!
– Keine Ordnungsstrafen!
– Keine Suspensionen!

4.

4. Gehaltsverhandlungen:
– Ausreichender Mindestbetrag.
– Keine längere Laufzeit als ein Jahr!
– Kein Stillhalteabkommen!

5.

5. Die Personalvertreter müssen den Kollegen verantwortlich und rechenschaftspflichtig sein – und niemand anderem!
– Weg mit jeder Schweigepflicht!
– Weg mit jeder Verpflichtung der Personalvertreter auf den Dienstbetrieb!

Linz-Verschiebebahnhof: Einige Verbesserungen wurden durchgesetzt

Von den Kollegen gefordert - und von der *Liste Aktionsprogramm* aufgegriffen - wurde die Reparatur der beiden Lautsprecher bei der 3a Res.

- Jetzt werden die beiden Lautsprecher hergerichtet. Zusätzlich - von den Kollegen angeregt - werden in den Verschieberbuden 153 und 103 Lautsprecher aufgestellt.
- Was es in den letzten Wintern nicht gab, das gibt es heuer. Nämlich wurden Kohlen zum Heizen der Öfen in den Verschieberbuden 153 und 103 aufgeschüttet.
- In der Verschieberbude Gleis 103 wurde ein Kühlschrank aufgestellt.
- Das Dach der Hütte auf Gleis 125 wurde sofort nach Meldung hergerichtet.
- Seit neuestem wird in den Toiletten Papier aufgelegt, auch das wurde oft beanstandet.
- Zum Teil wurde mit der gröbsten Gleisanlagenreinigung begonnen. Verschalungen der neuen Lichtmasten entfernt.

Bahnhof Hallein: LISTE AKTIONSPROGRAMM wird unterstützt

„Bei der Bahn wäre es längst Zeit, etwas zu unternehmen", meinten einige Kollegen beim Verschub in Hallein. Die Forderungen der Liste Aktionsprogramm gegen Personalabbau, gegen Aufhebung der Verschubruhe, für die strikte Einhaltung der 40-Stundenwoche, sind eine gute Sache und werden von den Kollegen unterstützt. Die Situation am Bahnhof beleuchten folgende Korrespondenzen:

„Dienst nach Vorschrift" – das heißt, „dienstunfähig" sein

Der Halleiner Bahnhof hat ein relativ großes Waggonaufkommen, bis zu 300 Waggons pro Tag. Grund: merhere Industriebetriebe, die direkt per Bahn beliefert werden, die zwei wichtigsten: die Papierfabrik Borregard und der PVC-Hersteller Solvay-Halvic. Den Verschub teilen sich drei Partien, insgesamt 16 Kollegen.

Würde allerdings nach der Dienstvorschrift gearbeitet und alle Sicherheitsvorschriften strikt eingehalten werden, müßten die Verschieber etliche Stunden länger arbeiten. Zum Beispiel das Verschieben von Waggons mit „gefährlicher Ladung": Die Solvay bekommt von Wacker-Burghausen Waggons mit dem lebensgefährlichen Vinylchlorid zur PVC-Herstellung. Beim Verschieben dürften solche Waggons nicht „abgestoßen", sondern nur mit Lok gezogen werden. Würden sich die Verschieber jedoch daran halten, hieße das 3 bis 4 Stunden mehr Arbeit, bis in die Nacht hinein. Zur Ironie zeigt ein Kollege ÖBB-Broschüren, in denen die Unfallgefahren aufgezeigt werden, wo dann am Ende eine Liste mit allen Unterschriften der Verschieber angeheftet ist: alle müssen es gelesen haben. Vorschrift. Versicherung für die „oben". Ein Verschieber erzählt das Beispiel, wo ein neuer Vorstand einmal „Dienst nach Vorschrift" durchführen wollte: „Die Verschieber arbeiten bis 2 Uhr früh! Allerdings nur zwei Wochen lang." Die Interessen der Kapitalisten gehen eben vor, die Arbeitshetze - und damit verbunden die erhöhte Unfallgefahr - spielt da keine Rolle.

Da in Hallein kein Turnusdienst (12 – 24) läuft und bei der gehäuften Arbeit öfter Schwierigkeiten auftreten, kommt es auch immer wieder zur Aufhebung der Verschubruhe: Die Verschieber müssen dann mit höchster Konzentration so lange arbeiten, bis die Arbeit fertig ist. Zum Beispiel ein Kollege arbeitet von ½ 8 – 5 Uhr im benachbarten Golling und hätte dann 7 Stunden Verschubruhe; passiert etwas in Golling, kann es sein, daß er ganz ums Schlafen kommt und es um 0.20 Uhr gleich weitergeht.

40-Stundenwoche gibt es beim Verschub sowieso keine, das wäre ein Traum, sagen die Kollegen. Es werden ziemlich viele Überstunden geschoben, um die Arbeit zeitgerecht für die Kapitalisten zu erledigen: 20 Stunden im Monat ist Durchschnitt, ein Kollege hat in den 2½ Jahren, die er jetzt bei der Bahn ist, bereits an die 400 Überstunden zusammen.

„Die Vorschrift", sagen mir die Verschiebekollegen, „die ist ausschließlich zum Strafen da, es gibt keinen, der nicht etliche schriftliche Verweise aufzuweisen hat, das kann gedreht werden, wie sie's brauchen, Verstöße sind aber bei der Arbeit einfach unvermeidlich. Man könnte sagen, wer nur „Dienst nach Vorschrift" leisten könnte, wäre „dienstunfähig."

„Bruchbude"

Die 16 Verschieber vom Bahnhof Hallein haben einen Umkleide- und Aufenthaltsraum, den sie selber als „Bruchbude" bezeichnen. Die Spinde stehen in einem „Schlupf" von 2 × 4 m, der so schmal ist, daß sich zwei Kollegen gleichzeitig nicht umdrehen können. Bis zu 10 Kollegen kommen beim Wechsel zusammen. Der dazugehörige Trockenraum (1 × 2 m) „ist zum Lachen", so ein Kollege und im „Duschraum" kann sich nur einer duschen. Im Aufenthaltsraum stehen ein Tisch und ein paar Sessel. Die Kollegen erzählen von Golling, wo für weit weniger Leute größere Räume, Kühlschrank, Jausenaufwärmer u.a. vorhanden ist: dort haben sich die Kollegen gewerkschaftlich zusammengeschlossen, um zu erreichen, was sie brauchen.

Bahnhof Liesing : 4 statt bisher 2 Brausen

Diese Forderungen wurden von der Liste AKTIONSPROGRAMM für den Bahnhof Liesing aufgestellt. Mitte September wurde auf einmal überraschend mit der Erweiterung des Brausebades für die Verschieber begonnen. War es die Angst vor den Personalvertretungswahlen, die einigen in die Glieder gefahren ist? Aber es zeigte sich, daß es kein guter Start für die Sache war. Man hätte viel früher beginnen können, denn daß die Brausen zu wenig waren, wußte man ja schon seit Jahren. Aber gerade jetzt, wo die kalte Jahreszeit beginnt, müssen die Verschieber im Raum des Magazinpersonals baden. Dieser Raum liegt am ganz anderen Ende des Bahnhofes, außerdem gibt es nur ganze 100 Liter heißes Wasser! Es ist eine Frechheit, wenn einige Herrschaften behaupten, die Liste AKTIONSPROGRAMM hätte nicht soviel Wind um die alten Brausen machen sollen, dann hätten wir wenigstens die noch. Eine Erweiterung des Brausebades ist ja keine Arbeit für Jahre. Aber wie die Bilder zeigen, wird ja gar nicht weitergebaut. Wann soll der Bau fertig sein, vor oder nach den Personalvertretungswahlen? Wir fordern eine so schnell wie mögliche Fertigstellung des Bades! Wir lassen keine Argumente zu, die auf einen weiteren Aufschub des Bades hinauslaufen.



Zugförderungsleitung Knittelfeld: Einschüchterungsversuche und absurde Unterstellungen gegen LISTE AKTIONSPROGRAMM

Von gewissen SP-Vertrauensleuten wird dem Kandidaten der Liste AKTIONSPROGRAMM, Max Grangl, bei jeder Gelegenheit angedeutet, daß er von Villach (wohin er versetzt worden war) nur nach Knittelfeld abgeordnet ist, und das nur auf unbestimmte Zeit.

Außerdem tauchen bei der Stimmungsmache gegen die Liste AKTIONSPROGRAMM Dinge auf, die zeigen, mit welchen Mitteln die SP-Fraktion auf Stimmenfang geht: Angeblich ist vor den letzten PV-Wahlen die SP-Fraktion des VMA-Graz vor die Alternative gestellt worden: Entweder ihr nehmt der FCG ein Mandat ab oder Graz bekommt keine weitere Städteschnellzug-Garnitur!

Das beweist, daß die Forderungen unter Mit denselben „Überzeugungs"methoden geht es jetzt gegen die Liste AKTIONSPROGRAMM: Wenn sie an ihren Forderungen festhält und die Kollegen dafür eintreten, kommt von Wien und Villach kein weiterer Zug und das bedeutet wieder für 2,3 Leute weniger Arbeit. Deshalb sei Kollege Grangl für weitere Versetzungen verantwortlich! Also: Wählt die SP-Fraktion, oder es gibt keine Arbeit mehr!

den Kollegen Zustimmung finden und sie mit der Drohung der gefährdeten Arbeitsplätze von der Durchsetzung der Forderungen und der Unterstützung der Liste AKTIONSPROGRAMM abgehalten werden sollen. Durch Zurückstecken wird sich nichts ändern, so wie sich bis jetzt nichts geändert hat. Das einzige, was gegen die Misere helfen kann: Gemeinsames Eintreten für die Forderung, die die Liste AKTIONSPROGRAMM für die Zugförderungsleitung Knittelfeld aufgestellt hat:

* Keine zwangsweise Abordnung und Versetzungen von Triebfahrzeugführern! Zurücknahme der ausgesprochenen derzeitigen Versetzungen!

Linz: Kleinere Funkgeräte und bessere Handschuhe sind nötig

Die großen umgehängten Funkgeräte sind sehr hindernd bei der Arbeit. Die Kollegen sprechen sich für kleine, in die Brusttasche einsteckbare Funkgeräte, so wie es sie in der BRD gibt, aus.

Vor allem brauchen auch die Lokbegleiter ein Funkgerät.

Das Abspringen mit dem großen Funkgerät ist sehr gefährlich. Laut Vorschrift ist es zwar nur erlaubt, bei Schrittgeschwindigkeit abzuspringen - in der Praxis geht das aber nicht, weil keine Zeit dafür ist, weite Strecken wieder zurückzugehen.

Fünffingerhandschuhe sind besser für die Arbeit als die gewöhnlichen Handschuhe, meinen die Kollegen.

Vor allem für die Bedienung des Funkgerätes braucht man Fünffingerhandschuhe. Bei den gewöhnlichen ist die Bedienung des Funkgerätes besonders erschwert, da diese nur einen Daumen haben und meist von der Arbeit schmierig sind, sodaß man leicht von der Sprechtaste abrutscht.

An die Leser des „Klassenkampf"

Ab dieser Nummer werden die Artikel im „Klassenkampf" nicht mehr mit den Initialen des Verfassers signiert. Der Grund liegt darin, daß wir der Polizei ihre „Aufklärungsarbeit" gegen unsere Organisation, d.h. ihre Bespitzelungen und Nachforschungen möglichst erschweren wollen. In Zukunft sind nur mehr redaktionelle Artikel, d.h. Artikel, die insgesamt die Meinung der Redation des „Klassenkampf" und des Kommunistischen Bundes Österreichs zum Ausdruck bringen, mit „Red." gekennzeichnet.

Korrespondenzen, die die Redaktion erreichen, werden weiterhin gezeichnet, entweder mit einem Namenskürzel, wenn sie von einer Einzelperson kommen, oder mit dem Zellennamen oder dem Namen der Ortsgruppe bzw. der Massenorganisation.

-Kommunist 9/77

(erscheint in Kürze)

- Der internationale Charakter der Oktoberrevolution (J.W.Stalin)
- Über die Frage, ob der Imperialismus und alle Reaktionäre echte Tiger sind (Mao Tse-tung)
- Erläuterungen zur Resolution des ZK *„Die grundlegenden Widersprüche in der Welt von heute, die Gruppierung der Länder in drei Welten und die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung"*
- Vollständige Entfernung vom Marxismus-Leninismus Eine Analyse der letzten Nummern der Volksmacht, des Zentralorgans der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter
- Die Slowenen in Kärnten (Teil III) Nach 1945: Die Imperialisten verhindern eine demokratische Lösung
- Die revisionistische Linie der „Viererbande" in Theorie und Praxis von Literatur und Kunst
- Die gesundheitliche Verelendung der alten Menschen in der Wirtschaftskrise

Preis 30.-Schilling, zu beziehen über Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13

Die letzte Nummer der „Roten Fahne" ist seit mehr als einem Jahr die erste öffentliche Äußerung der MLPÖ. Sie dreht sich um brennende Fragen der marxistisch-leninistischen Bewegung. Sie zeigt die Abkehr der MLPÖ vom Marxismus-Leninismus in grundlegenden Fragen der Einschätzung des Imperialismus und der grundlegenden internationalen Lage im Zeitalter des Imperialismus und der sozialen Revolution des Proletariats. Weiters ist diese „Rote Fahne" ein vor allem gegen die KP Chinas, aber darüberhinaus gegen die ganze internationale marxistisch-leninistische Bewegung gerichtetes Hetz- und Spalterdokument. Dasselbe gilt für die letzte „Volksmacht". In ihr kommt der zunehmend vollständigere revisionistische Verfall der VRA zum Ausdruck. Soweit sie sich auf Österreich bezieht, ist sie ein zutiefst kleinbürgerlicher Sumpf, soweit sie gegen das sozialistische China hetzt, ist sie darüber hinaus ein schwarzes antikommunistisches Machwerk.

Die letzten Nummern der „Roten Fahne" und der „Volksmacht" sind von weitreichender Bedeutung. Sie bringen den immer weitergehenden und immer offeneren Übergang der MLPÖ und der VRA ins Lager des Revisionismus zum Ausdruck.

Deshalb befaßt sich das neue theoretische Organ des KB Österreichs mit diesen beiden Nummern der „Roten Fahne" und der „Volksmacht"

Am 26. Oktober: Auf nach Wien, auf zur Regierung! Kampf der staatlichen Atomkraftwerkspolitik!

Fortsetzung von Seite 1

Aufruf des Kommunistischen Bundes Österreichs

Raubbau der Imperialisten an den Bodenschätzen fremder Länder und die Schranken, die etwa die ölproduzierenden Länder der Dritten Welt in den letzten Jahren den Imperialisten dabei gesetzt haben.

Nicht Unabhängigkeit ist es, die Atomkraftwerke mit sich bringen, sondern schwerwiegende und wachsende Abhängigkeit gerade von den beiden Supermächten USA und Sowjetunion, die die Urangewinnung und -aufbereitung monopolisieren und kontrollieren und damit starken Druck ausüben können, vor allem dann, wenn ihre Rivalität einmal in den offenen Krieg mündet.

Der gemeinsame Kampf der Arbeiter- und Volksmassen kann das Atomprogramm zu Fall bringen

Und da will die Regierung dem Volk weismachen, an den Atomkraftwerken führe heute kein Weg vorbei.

Ja, aus der Sicht des Monopol- und Finanzkapitals ist das wohl so – aus der Sicht des Volks aber kann und muß das Atomprogramm der herrschenden Klasse bekämpft und zu Fall gebracht werden. Die Arbeiter- und Volksmassen haben es in der Hand, diesen Kampf erfolgreich zu führen, denn sie sind die große Masse und die Bewegung gegen Atomkraftwerke kann auf breiten Rückhalt im Volk rechnen.

Der Widerstand gegen Atomkraftwerke hat der Regierung schon bisher einen Strich durch die Rechnung gemacht, wenn sie beispielsweise die Inbetriebnahme von 1976 auf 1978 verschob. Die sogenannten Aufklärungsveranstaltungen der Regierung im heurigen Frühjahr haben sich ins Gegenteil, nämlich zu Manifestationen gegen das Atomprogramm entwickelt. Die geplante Einfuhr der Brennelemente Anfang September wurde breit aufgedeckt und der Transport ist vorläufig nicht erfolgt, von den staatlichen Stellen – Ämtern, Landesregierungen, Bundesregierung – war plötzlich keine für die Genehmigung des Transports zuständig und der Innenminister, der im SP-Parteivorstand längst für die Inbetriebnahme des Zwentendorfer Atomkraftwerkes gestimmt hat, erklärt, er habe sich dazu noch keine Meinung gebildet.

Den 26. Oktober werden wir dazu nützen, um den Betrug mit der angekündigten Parlamentsentscheidung ans Licht zu bringen und diesen hinterlistigen Plan auch ins Gegenteil der Absichten seiner Erfinder verwandeln. Die Aussichten sind gut, denn daß diese Parlamentsdebatte über Atomkraftwerke bereits zweimal verschoben wurde, liegt sicher nicht daran, daß die Herren Parlamentarier zuviel zu tun hätten. Zuerst wollte das Parlament zu Beginn des Sommers 1977 debattieren – doch da kamen die beiden Juni-Demonstrationen dazwischen. Dann sollte es Herbst sein – doch da kommt die Demonstration am 26. Oktober dazwischen. Jetzt soll es Frühjahr 1978 ins Parlament kommen, also zu einem Zeitpunkt, wo das Atomkraftwerk bereits seinen (radioaktiven) Probebetrieb aufgenommen hätte – sofern nicht auch dies durch Kampfaktionen verhindert wird.

Der 26. Oktober wird von großer Bedeutung für die weitere Entfaltung der Bewegung sein, er muß zu einem Großkampftag gegen die imperialistische Atomkraftwerkspolitik der Regierung gemacht werden.

Das Volk will kein Atomkraftwerk, dem muß sich die Regierung beugen. Darum am 26. Oktober auf nach Wien, auf zur Regierung – die richtigen und gerechten Forderungen tausender Atomkraftwerksgegner wird sie sich samt ihren Polizeitruppen schwer vom Leib halten können.

Die Losungen und Forderungen der IÖAG, die der Kommunistische Bund Österreichs vollständig unterstützt, lauten:

* Wir wollen kein Atomkraftwerk, dem muß sich die Regierung beugen!
* Parlamentsdebatte über AKW ist ein betrügerischer Schmäh!
* Keine Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf! Kein Uran nach Zwentendorf!
* Keine Atommüllagerung im Waldviertel, in Zwentendorf, in Tirol oder anderswo in Österreich! Keine neuerlichen Probebohrungen im Waldviertel! Keine Lagerung des österreichischen Atommülls in Persien!
* Kein AKW an Österreichs Grenzen!
* Kein Atomkraftwerk in St. Pantaleon, Bogenhofen oder anderswo in Österreich!
* Atomkraftwerke NEIN! Kein Parlamentsentscheid darf anders sein! Wer fürs AKW entscheidet, der kann kein Volksvertreter sein!
* Einstellung aller Verfolgungen von Atomkraftwerksgegnern!

Über diese Forderungen und Losungen der IÖAG hinaus, erhebt der Kommunistische Bund Österreichs am 26. 10. folgende Forderungen und Losungen:

* Nieder mit dem Parlamentsbetrug! – Das Volk will kein Atomkraftwerk, dem muß sich die Regierung beugen!
* Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter – Wer gegen das Volk entscheidet, muß weg!
* Technischer Fortschritt im Kapitalis-

133 Stimmen für den Kommunismus!

133 Menschen haben in Salzburg am 2. Oktober für den Kommunistischen Bund Österreichs gestimmt. „Weggeworfene Stimmen“ konnte man tags darauf im Salzburger Tagblatt der SPÖ lesen. Wenn Stimmen für den KB Österreichs weggeworfene Stimmen wären, hätten sie uns nicht wochenlang Prügel vor die Füße geworden und den Wahlkampf behindert. Auch hätten sie nicht eine wochenlange Hetzpropaganda gemacht, die bis zur Verdächtigung ging, mit westdeutschen „Terroristen“ in Verbindung zu stehen, eine Hetzpropaganda, die darauf gerichtet war, der Bevölkerung „Angst“ vor den Kommunisten zu machen. Die 133 Stimmen sind vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus alles andere als „weggeworfene Stimmen“. Es sind Stimmen gegen den Kapitalismus, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, Stimmen für die sozialistische Revolution und den Kommunismus. Der KB Österreichs ist erstmals auch auf dem Feld der Wahlen und dem Stimmzettel den bürgerlichen Parteien entgegengetreten. Das hat sie empfindlich gestört. Umgekehrt hat es eine ausgezeichnete Möglichkeit geboten, den Wahlkampf für die Förderung des Klassenkampfes und für die Verankerung des kommunistischen Programms und der Politik es KB Österreichs unter den Massen zu nutzen.

KB Österreichs kandidiert zu Gemeinderatswahlen in Graz

Das ZK des KB Österreichs hat in seiner Sitzung vom 2.10.1977 den Beschluß gefaßt, zu den Gemeinderatswahlen am 29.1.1978 in Graz eine eigene Kandidatur anzustreben. Die selbständige Kandidatur soll wie die gesamte Politik des KB Österreichs dem revolutionären Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der Sammlung des kämpfenden Volkes hinter ihr, zum Zweck der Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution dienen. Die Ortsgruppe Graz des KB wird das zu Wahlzeiten gesteigerte politische Interesse dazu nutzen, die Ziele der Politik des KB Österreichs unter den Massen zu verankern und eine möglichst große Anzahl Grazer Arbeiter und Werktätiger für die Zustimmung für diese Ziele und diese Politik am Wahltag zu gewinnen.

Die Revisionisten bekämpfen Agitation gegen den Krieg

Am 6.10. ging der „Österreichische Friedensrat“, eine Vorhutorganisation der KPÖ, am Wiener Praterstern mit der Unterschriftensammlung gegen die Neutronenbombe hausieren. Sie versuchten die Bevölkerung, indem sie die Angst vor dieser neuen Waffe des US-Imperialismus schürten, für „echte“ Entspannung zu gewinnen, d.h. die Politik, mit der der sowjetische Sozialimperialismus sich bei den Völkern als wahrer Freund der „Entspannung“ präsentieren möchte. Allerdings wagten die 12 falschen Friedensfreunde im Fahrwasser der Sowjetrevisionisten es nicht, offen für die Sowjetunion einzutreten.

Mitglieder der marxistisch-leninistischen Studentenorganisation in Wien traten der sozialimperialistischen Werbekampagne entgegen. Sie trugen Tafeln mit, auf denen sie die Auflösung aller Militärbündnisse und die Vernichtung aller Atomwaffen forderten; die Beteiligung der österreichischen Bourgeoisie am imperialistischen Entspannungsschwindel bekämpften sie mit den Forderungen „Weg mit den Truppen-Abbauverhandlungen in Wien!“ und „Keine Teilnahme Österreichs an der KSZE!“. In Diskussionen und Flugblättern deckten sie auf, daß der Sozialimperialismus sogar noch aggressiver als der US-Imperialismus den Krieg vorbereitet, und propagierten den Zusammenschluß der Völker und der Arbeiterklasse gegen die beiden Supermächte und gegen den Imperialismus. Die Genossen verkauften mehrere „Klassenkampf“ und konnten auch solche Menschen vom reaktionären Charakter der revisionistischen „Friedens“propaganda überzeugen, die schon vorher ihre Unterschrift gegeben hatten.

Die Revisionisten stießen, als sie sich mit ihren Argumenten nicht durchsetzen konnten, wüste Drohungen aus. Wie weit es mit ihrer Friedfertigkeit her ist, machten sie deutlich, als sie den Genossen gewaltsam die umgehängten Tafeln mit den revolutionären Friedensforderungen herunterzureissen versuchten. Als sie auch damit nicht weiterkamen, holten sie diese Vertreter einer neuen Bourgeoisie, so wie es ihrem Klassencharakter entspricht, die Polizei zu Hilfe. Aber auch diese konnte die Genossen nicht daran hindern, mit ihrer Agitation fortzufahren.

(nach einem Bericht der Zelle Architektur der MLS/Wien

Agitation gegen „Hitler – eine Karriere“

Wien:

Zu dritt haben wir uns den Film „Fest-Hitler, eine Karriere“ angesehen. 4 Broschüren und ein Zentralorgan haben wir verkauft.

Vor dem Film studierten wir die Broschüre des KBW gegen diesen Film. Viele Tatsachen, die vorher unbekannt waren oder nur verzerrt bekannt waren, werden in dieser Polemik sehr gut und in lehrreicher Weise zusammengestellt. Sie ist eine gute Waffe.

Im Vorraum des Kinos agitierten wir. Es ist nicht einfach, über diese Sachen zu reden. Aber sofort am Anfang machten wir die Erfahrung: Nicht moralisch kann die Argumentation sein. Nicht, daß der Krieg ein Greuel ist und viel Blut vergossen wird, darf im Vordergrund stehen. Die Agitation muß offensiv sein. Sie muß die Ausbeuterordnung angreifen, sie muß die Wurzeln des Krieges, den Kapitalismus und Imperialismus, angreifen, sie muß die heldenhaften Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen verteidigen und propagieren.

Während solcher Debatten wurden die Broschüren verkauft, konnten Schwankende zum Überlegen gebracht und Verteidiger des Faschismus in die Enge getrieben werden.

Klagenfurt:

Wie in ganz Österreich, so wird natürlich nun auch in Klagenfurt groß die Werbetrommel für die diversen Filme über Hitler gerührt. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Fest-Film zu, der hier im größten Kino angelaufen ist. Eines der Bourgeoisblätter (VZ) hatte sich die kleine Kritik abgerungen, daß der Film zu wenig kraß das Vorgehen der Nazis gegen die Juden dokumentiert, aber beide Zeitungen – VZ und KTZ – haben den Film als sehenswert gepriesen, das heißt, sie haben den Leuten den Tip gegeben, sich den Film anzuschauen. Diesem Tip sind nur wenige gefolgt. Als wir am Tag der Premiere bei der Abendvorstellung ein Flugblatt verteilten, fanden wir reges Interesse.

Aufgefallen ist uns, daß ziemlich viele Jugendliche diesen Film besucht haben, in der ersten Linie Mittelschüler, aber auch Lehrlinge und Jungarbeiter. Sie waren nicht deshalb gekommen, weil sie die politische Aussage des Films – und einer der zentralen Punkte ist es ja, daß die Massen als triebhaft, dumm usw. hingestellt werden – oder gar die Ansichten der Faschisten geteilt hätten; sie waren gekommen, weil sie sich nach all dem Propagandarummel eine „objektive“ Information erwartet hatten. In den meisten Gesprächen konnten wir klarmachen, daß der Film durch Vertuschung und direkte Lüge (der Faschismus wird in diesem Film als von den Massen gewünscht und nicht als von dem Großkapital gefördert und ihm dienende Bewegung dargestellt) Teil der Kriegsvorbereitungen Österreichs an der Seite der NATO ist.

Im Zuge dieser Agitation haben wir 4 Stück der von den Genossen des KBW herausgegebenen Broschüren verkauft.

Fest – Hitler, eine Karriere

Herausgegeben vom Kommunistischen Bund Westdeutschland. Diese Broschüre bringt den vollen Filmtext und entlarvt die Lügen des Autors durch die Gegenüberstellung zahlreicher Dokumente. *Preis: S 20,-*

Zu beziehen über: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13 und über die Ortsgruppen des KB.

mus:
Steigerung der Ausbeutung, Zerstörung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse und des Volkes

* Kampf der imperialistischen Energiepolitik:
– Unterstützung des Kampfs der Dritten Welt gegen die Plünderung ihrer Naturreichtümer, Kampf den Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte!
– Sofortiger Austritt Österreichs aus der Internationalen Energieagentur!
– Gegen die wachsende Abhängigkeit Österreichs von den beiden Supermächten durch deren Uranlieferung und -aufbereitung!
– Kampf jeder weiteren Erhöhung des Haushaltsstrompreises!
– Schluß mit der Stützung des Strompreises der Großkapitalisten durch die Arbeiter- und Volksmassen – Weg mit dem gespaltenen Stromtarifsystem!
* Vorwärts im Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!

Vorwärts im Kampf für die sozialistische Revolution!

Keine Stromtariferhöhung! Weg mit dem gespaltenen Stromtarif!

In einer ORF-Diskussion mit Handelsminister Staribacher und Vertretern der Elektrizitätsindustrie wurde für 1978 eine Elektrizitätspreiserhöhung „nicht größer als die Inflationsrate" (das heißt 6%) angekündigt. In demagogischer Weise wurde behauptet, daß der forcierte Ausbau der Wasserkraftwerke diese Erhöhung notwendig mache- sozusagen die AKW-Gegner sind Schuld. In Wirklichkeit werden ob bei Wasser- oder Atomkraftwerken die Haushalte zur Stützung der Strompreise in der Großindustrie herangezogen, deren Tarife oft nicht einmal die Selbstkosten der E-Werke decken. Jede Anhebung der Haushaltstarife verstärkt nur diese Spaltung des Strompreises.

Weiters sind es gerade die Atomkraftwerke, für die hier die Massen zur Kasse gebeten werden. Die Kapitalistenklasse, die die AKW-Technologie nicht beherrscht, hat nämlich auch bei der Finanzierung des Atomprogramms keinen Grund unter den Füssen. Während bisher die Entwicklung der AKW-Technologie ganz unmittelbar über Steuergelder finanziert wurde, soll für das AKW-Programm der Regierung das Volk jetzt mittels noch höherer Strompreise zahlen.

Konferenz der Initiative Österreichischer Atomkraftwersgegner in Linz

Am 1. Oktober fand in Linz die gesamtösterreichische Delegiertenkonferenz der IÖAG statt. 36 Delegierte aus allen Teilen des Bundesgebietes waren anwesend, berieten über die aktuelle Lage im Kampf gegen Atomkraftwerke und faßten Beschlüsse zur Vorbereitung der Demonstration am 26. Oktober und über die weitere Arbeit der IÖAG.

„Österreich raus aus der internationalen Energieagentur!"-Eine richtige Forderung

In den meisten Gruppen begann über den Sommer die Diskussion über die Bedeutung dieser Forderung. Wie im „Klassenkampf" bereits mehrmals ausführlich dargelegt wurde, ist die internationale Energieagentur (IEA), der Österreich beigetreten ist, ein Räuberkartell der westlichen Imperialisten. Sie soll durch eine vertraglich koordinierte Energiepolitik die Ausbeutungsbedingungen in diesen Ländern verbessern und gleichzeitig die Länder der dritten Welt noch stärker unter Druck setzen. Die IEA fordert von ihren Teilnehmerländern den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken und übt Druck auf jene Länder aus, die diesen Forderungen nicht nachkommen, - vor allem durch die Supermacht USA. Daher ist es ein Gebot der Stunde für alle konsequeten Gegner der Atomkraftwerkspolitik der Regierung, die Forderung: „Österreich raus aus der IEA" auf ihre Fahnen zu schreiben.

Auf der Linzer Konferenz wurde über die Debatte in den Gruppen Zwischenbilanz gezogen. Dabei stellte sich heraus, daß zur Zeit mehr als ein Drittel der Delegierten, bzw. der in den IÖAG-Gruppen organisierten Aktivisten für die Aufnahme dieser Forderung in die IÖAG Plattform eintreten, und etwas mehr als die Hälfte dagegen. Vorher wurde mehrheitlich beschlossen die Passage „Das Parlament hat Verträge mit der IEA beschlossen, die den Bau von Atomkraftwerken fordern" im Aufruf zur Demonstration zu belassen. Das zeigt, daß einerseits der Austritt Österreichs aus der IEA bereits von einem beträchtlichen Teil der AKW-Gegner gefordert wrd, daß aber andererseits noch viel Überzeugungsarbeit durch die Kommunisten notwendig ist, damit die Dringlichkeit dieser Forderung im Kampf gegen die impieralistische Atomkraftwerks- und Energiepolitik in noch breiterem Maßstab erkannt wird und der Austritt Österreichs aus der IEA auch von der IÖAG selbst gefordert wird.

Einheitlich planen-einheitlich kämpfen

Eine Aktivistengruppe der IÖAG, die BIAG Linz/Enns hat an dieser Konferenz nur als Beobachter teilgenommen, weil sie sich an nichts binden lassen will. Dieses Verhalten wurde auf der Konferenz kritisiert und die BIAG in einem Beschluß aufgefordert, sich wie alle anderen Gruppen an den Vorbereitungen für den 26.10 zu beteiligen. Es wurde unmißverständlich festgestellt, daß die Einheit der AKW-Gegener ihre große Stärke gegen die Regierungspolitik ist, und jeder der die Einheit schwächt oder spaltet, der Regierungspolitik in die Hände arbeitet.

Gegen die Atommüllagerung im Iran!

Erklärung iranischer Studenten

In einem Flugblatt wenden sich die iranischen Studenten in Wien entschieden gegen die Pläne der österreichischen Imperialisten und des Schah-Regimes, den Zwentendorfer Atommüll eventuell im Iran zu lagern.

Damit haben die iranischen Studenten völlig recht und die österreichischen Atomkraftwerksgegner müssen ihren Standpunkt unterstützen. Genausowenig wie das österreichische Volk will das iranische Volk die radioaktiven Abfälle in seinem Land.

Die österreichische imperialistische Bourgeoisie will sich der Abhängigkeit des Iran bedienen, um bei der Durchsetzung ihres Atomprogramms gegen das österreichische Volk mehr Spielraum zu haben.

Das wird das iranische Volk nicht zulassen, genausowenig, wie das österreichische Volk zulassen wird, daß die österreichischen Imperialisten im Zuge ihres Atomprogramms Teile des Iran mit radioaktiver Verseucheung bedrohen.

Im folgenden Auszüge aus dem Flugblatt der iranischen Studenten.

„In den letzten Wochen hat die Weltpresse berichtet, daß das Schah-Regime bereit ist, den Atommüll im Iran zu lagern. So versuchen unter anderem die deutschen und österreichischen Regierungen, mit der Zustimmung des Schah-Regimes, diesen höchst gefährlichen Atommüll im Iran unterzubringen. ...

Seit ungefähr 70 Jahren (1908 wurde die erste Ölquelle entdeckt) wird der Iran noch mehr durch die Imperialisten ausgebeutet.

.... Es ist wichtig, zu beachten, daß durch die Ausbeutung der Naturschätze und energieerzeugenden Materialien die iranischen Völker von Tag zu Tag mehr unter die blutsaugenden Imperialisten geraten sind.

Wie die im Dienste der Imperialisten stehenden Erforschungsinstitute berichtet haben, werden die Erdölvorkommen bis Ende des 20. Jahrhunderts ihr Ende finden. Darum sind die imperialistischen Mächte geneigt, die Kern- und Sonnenenergie unter ihre Kontrolle zu bringen. Es ist klar, daß sie mit dem Verkauf von Atomkraftwerken ihre zukünftige Kontrolle und Ausbeutung über andere Völker in die Tat umzusetzen versuchen.

Der Iran, der selbst über enorme Erdölquellen verfügt, schloß Verträge über den Ankauf von Kernkraftwerken ab (12 von den USA, 7 von der BRD, 2 von Frankreich).

Wie die westliche Presse berichtet, will das Schah-Regime „bis 1994 23 Atomkraftwerke mit einer Kapazität von 23.000 Megawatt" errichten (Süddeutsche Zeitung).

Bis jetzt sind 2 Reaktoren in Buschehr (Süd-Iran) durch die deutsche „Kraftwerks-Union" im Bau und werden bis 1980 fertiggestellt sein. Seit Anfang Juni dieses Jahres wurden von der französischen Regierung 10 Milliarden Francs dem Schah-Regime zur Verfügung gestellt, damit 2 Reaktoren gekauft werden können. Im Durchschnitt wird jedes Kraftwerk 77 Milliarden Schilling kosten. Das faschistische Schah-Regime läßt die Imperialisten ganz billig das Erdölausbeuten und erhält andererseits von ihnen die enorm teuren Kernkraftwerksreaktoren.

.... Durch den Bau von Atomreaktoren versuchen nicht nur die US-Imperialisten, ihre Position zu stärken, sondern auch die europäischen imperialistischen Länder wollen dieses völkervernichtende Geschäft nicht aus den Augen lassen. ....

Der Verkauf von Atomreaktoren bringt außer der Abhängigkeit des Iran noch andere gefährliche Komplikationen für das Volk mit sich. In einem Vertrag, den die USA-Imperialisten mit dem Schah-Regime über 50 Milliarden Dollar abgeschlossen haben, gibt es unter anderem folgenden Punkt: Die Zahl der US-Berater muß von derzeit 24.000 bis 1980 auf 60.000 erhöht werden. Diese Berater haben die Aufgabe, das iranische und am Golf lebende Volk zu bespitzeln, ihren gerechten Widerstand gegen die reaktionären Regimes zu zerschlagen und zu vernichten. Natürlich hält sich das Schah-Regime mit seiner verräterischen Politik die Tore auch für andere imperialistische Länder, wie die BRD, Frankreich, Österreich, UdSSR usw., offen, die nichts anderes im Sinn haben als die Ausbeutung des iranischen Volkes.

.... Die imperialistischen Länder, die beim Aufbau solcher Atomreaktoren und dem damit verbundenen Abfall dem gerechten Widerstand ihrer Völker gegenüberstehen, versuchen jetzt, mit Hilfe reaktionärer Regimes, wie des Schah-Regimes, aus dieser Krise herauszukommen. Der Atommüll, auch wenn er in speziellen Behältern begraben wird, ist nicht sicher. Außerdem liegt der Iran auf einer Erdbebenlinie. Es genügt ein Erdbeben, damit die Behälter Risse bekommen und starke Winde verseuchen dann mit den austretenden radioaktiven Strahlen das ganze Land. Das Schah-Regime mit seiner Zusage für den Atom-Abfall zeigt wieder deutlich, welche volksfeindliche Politik es macht.

Die iranischen Völker wissen ganz genau: Solange dieses reaktionäre Regime besteht, werden sie von Tag zu Tag ärmer und jedes Rechts immer mehr beraubt. Darum bleibt ihnen nichts übrig, als das Regime zu stürzen und an seiner Stelle einen unabhängigen, freien Iran aufzubauen.

Wir protestieren aufs Schärfste gegen den Plan, österreichischen Atommüll im Iran zu lagern, da dieses Vorhaben sowohl gegen die Völker des Iran als auch gegen das österreichische Volk gerichtet ist.

GEGEN DEN VERTRAG DER ÖSTERREICHICHEN REGIERUNG MIT DEM SCHAH-REGIME, ATOMMÜLL ZU LAGERN!

FÜR DEN STURZ DES SCHAH-REGIMES!"

Der Aufmarschplan am 26. Oktober

Um das Aktionsziel der Demonstration zu erreichen, ist ein geordneter Aufmarsch nötig. Wollen die Teilnehmer der Demonstration, daß die Regierung sich nicht um 9 Uhr nach einer Feierstunde zum Nationalfeiertag still aus dem Staub machen kann, dann müssen sie um 7 Uhr früh an einem der drei folgenden vom Gesamtösterreichischen Koordinationsausschuß der IÖAG festgelegten Treffpunkte in Wien sein.

Abfahrtszeiten und örtliche Treffpunkte, Beförderungsmittel und Kosten sind von den jeweiligen Gruppen der IÖAG sowie bei allen Orts- und Sympahtisantengruppen des Kommunistischen Bund Österreichs zu erfahren.

Treffpunkt Wien Nord: Sammeln bis 7 Uhr am Bahnhof Mitte/Landstraße (beim AEZ)

Hier treffen sich die Teilnehmer aus dem Tullnerfeld, aus dem Waldviertel, aus dem nördlichen Niederösterreich, sowie aus den Wiener Bezirken 1,2,3,9,19,20,21,22.

Treffpunkt Wien-Süd: Sammeln bis 7 Uhr am Südbahnhof

Hier treffen sich die Teilnehmer aus dem südlichen Niederösterreich, Burgenland, Steiermark, Kärnten, sowie aus den Wiener Bezirken 10,11,12,23.

Treffpunkt Wien-West: Sammeln bis 7 Uhr vor der Stadtbahnhaltestelle Kettenbrückengasse/Wienzeile

Hier treffen sich die Teilnehmer aus dem westlichen Niederösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg sowie aus den Wiener Bezirken: 4,5,6,7,8,13,14,15,16,17,18.

Diese drei Züge bewegen sich sternmarschmäßig zum Schwarzenbergplatz und von dort nach ihrer Vereinigung um etwa 8 Uhr weiter Richtung Bundeskanzleramt und Parlament. Die Rückfahrten sollten nicht vor 15 Uhr angesetzt werden.

15. Bundesjugendkongreß des ÖGB:

Klassenversöhnlerische Politik stößt auf Widerstand

Wie schon im letzten „Klassenkampf" kurz berichtet, fand am 24./25.September der 15.Bundesjugendkongreß des ÖGB statt. 320 Delegierte aus allen Fachgewerkschaften berieten über ca. 70 Anträge und Resolutionen. Im Zentrum der Auseinandersetzungen stand wie erwartet die Frage der Ausbildung der Arbeiterjugend. Konkret ging es um die Annahme bzw. Ablehnung des Entwurfs einer Novelle zum Berufsausbildungsgesetz, welche Minister Staribacher vor einigen Wochen vorlegte. Vorausschickend kann man durchaus sagen, daß der 15.Bundesjugendkongreß ein Kongreß des Protests gegen diese Art von Reform der Berufsausbildung war. Gleichzeitig muß man jedoch sagen, daß der Protest diesmal noch nicht konsequent genug war.

Die Behandlung der Ausbildungsfrage durch den Kongreß

Auf dem Kongreß versuchten ÖGB-Präsident Benya, Minister Staribacher und Weißenberg den Delegierten die Novelle zum Berufsausbildungsgesetz als etwas Fortschrittliches zu verkaufen.Dem konnte sich aber die große Mehrheit der Delegierten nicht anschließen. Sofort nach dem Gerede der Gewerkschaftsspitzen ergriff ein Delegierter das Wort, um klar festzuhalten,daß die Novelle mit den Zielen der Aktion 75 nichts zu tun hat. Er, der damals selbst bei der Ausarbeitung der Aktion 75 mit dabei war, kann die Forderungen der ÖGJ in keiner Weise in der Novelle verwirklicht sehen. Seine Antwort war klar und richtig. Der Kongreß selbst nahm weder konkret gegen noch für die Novelle Stellung. Der Antrag Nr.5, der mit 2 Gegenstimmen beschlossen wurde, fordert *trotz* der Novelle die „Schaffung eines Gesetzes zur gänzlichen Neuordnung der beruflichen Ausbildung". Dies zeigt klar die breite Unzufriedenheit mit der Novelle. Über die „gänzliche Neuordnung" gibt es aber noch keine Klarheit, was dies bedeuten soll. Diese Situation nutzend, brachte der Jugendvorstand einen Antrag ein, der neben den alten Forderungen auch alle klassenversöhnlerischen Elemente der Aktion 75 mitbeinhaltet. Obwohl es gerade die klassenversöhnlerische Linie der Aktion 75 war, die zur vorliegenden Novelle führte, wurde der Antrag beschlossen.

Mit dieser „Neuauflage" der Aktion 75 wollen die Reformisten die Bewegung der Arbeiterjugend gegen die miserablen Ausbildungsverhältnisse weiter unter Kontrolle halten und zurückzerren. Ein Kollege sagte darum auch sehr deutlich, daß die Aktion 75 auch „Fußangeln" für die Jugend beinhaltet. Die Bindung an paritätische Kommissionen, also an Kommissionen, in denen Kapitalisten vertreten sind, ist nur hinderlich für die Durchsetzung der Interessen der Arbeiterjugend. Die bisherigen Erfahrungen mit der Entwicklung der Aktion 75 zeigen sehr deutlich, daß ohne den Kampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat nichts zu erreichen ist. Dieser Kampf muß sich in der Ausbildungsfrage an einer umfassenden Ausbildung der Arbeiterjugend orientieren, an einer einheitlichen, polytechnischen und allgemeinen Ausbildung für alle Jugendlichen bis zum 18.Lebensjahr.

Heute ist es so, daß die Kapitalisten die Ausbildung der Arbeiterjugend auf einen Beruf begrenzen und es in ihrem Ermessen liegt, ob überhaupt Lehrlinge aufgenommen und ausgebildet werden. So kommt es, daß ca. 20% der Jugendlichen nicht einmal diese kümmerliche Berufsausbildung erhalten. Der 15.Bundesjugendkongreß beschloß daher analog zur Lehrlingsausbildung eine „allgemeine Schulpflicht für ungelernte jugendliche Arbeitnehmer". Das zielt darauf ab, das Privatrecht der Kapitalisten, zu entscheiden, wer eine Ausbildung bekommt, zu durchbrechen, während früher die ÖGJ nur „besondere Bildungsmaßnahmen" für ungelernte Arbeiterjugendliche forderte. Auf dem Kongreß wurde der Grundstein für die richtige Ansicht gelegt, die Berufsausbildung zu einem allgemeinen Recht zu machen. Notwendig dazu ist aber weiters die Bezahlung der Zeit, welche die jugendlichen Arbeiter in der Berufsschule verbringen, durch die Kapitalisten. Das Recht auf Berufsschulunterricht im selben Ausmaß muß auch für jugendliche Arbeitslose gefordert werden. Damit die Arbeiterjugend voll und ganz für diese Forderungen gewonnen werden kann, ist es notwendig, diese Forderung mit dem Kampf um eine Veränderung der Inhalte des Berufsschulunterrichts zu verbinden. Grundbedingung dafür ist die Einflußnahme der ganzen Arbeiterklasse auf die Ausbildung, sowohl im Betrieb als auch in der Berufsschule. Die Arbeiterklasse muß über ihre Betriebsräte und Gewerkschaft auf die Ausbildung Einfluß nehmen und sie letztlich bestimmen. Die Frage der Ausbildung der Arbeiterjugend muß zu einer Frage des Klassenkampfs der gesamten Arbeiterklasse werden. Für die Verbreitung solcher Ansichten hat der Kongreß bessere Voraussetzungen geschaffen, als sie bisher vorhanden waren. Dazu ist es aber nicht von selbst gekommen, sondern nur durch den immer stärkeren Druck der ÖGJ-ler.

Klassenbewußte Kollegen und Kommunisten haben jetzt die Aufgabe, in den einzelnen Fachgewerkschaften, Landesorganisationen und Jugendgruppen dafür zu kämpfen, daß es den Reformisten nicht gelingt, die Arbeiterjugend mit einer zweiten Auflage der Aktion 75 zu lähmen. „Bisher ist die Aufwärtsentwicklung der Bewegung vorherrschend gewesen und sind in der Hauptsache erst die Beschränkungen dieser Aufwärtsentwicklung durch die bürgerliche Führung sichtbar geworden. Ihre weitere Entwicklung wird letztlich davon abhängen, ob es gelingt, in ihr den bürgerlichen Einfluß zurückzudrängen und sie hinter Teilforderungen auf der Linie der Forderung nach polytechnischer Einheitsschule auszudehnen und weiterzuführen gegen den bürgerlichen Staat." (Gründungsresolution des KB, „Kommunist" 1/76, S.35)

Weitere wichtige Beschlüsse

Einige weitere wichtige Beschlüsse wurden gefaßt, wie die Abschaffung der Jugendlohngruppen in den Kollektivverträgen, 5 Wochen Urlaub für die jugendlichen Arbeiter. Diese Forderungen sind nur so viel wert, wie sie als unmittelbare Ziele im Klassenkampf eingesetzt und aufgestellt werden. Diese und ähnliche Forderungen wurden schon des öfteren von gewichtigen Gremien der Gewerkschaft beschlossen, doch in jeder praktischen Auseinandersetzung wie z.B. bei Kollektivvertragsverhandlungen wird stillschweigend darüber hinweggegangen.

Ein Mangel des Kongresses ist, daß er außer dem Beschluß über die Jugendlohngruppen, keine klare Orientierung zur Lohnpolitik ausgibt. Seit langem fordert die ÖGJ eine mit den Facharbeiterlöhnen zusammenhängende Bezahlung der Lehrlinge (1.Lehrjahr – 45%, 2.Lehrjahr – 55%, 3.Lehrjahr – 75% vom Facharbeiteranfangslohn).

Bei den Lohnverhandlungen wurde diese Forderung noch nie erwähnt, obwohl stets ÖGJ-Führer, wie Obmann Kinigardner, daran teilnehmen. Der Kongreß hätte hier einen klaren Auftrag geben müssen. Daß er das nicht getan hat, ist schlecht. So ändert sich nichts daran, daß die Kollegen in den verschiedenen Gruppen der ÖGJ Beschlüsse und Aufträge für die kommenden Lohnrunden fassen müssen. Wir schlagen seit längerem für alle Lehrjahre einheitlich 75% vom Facharbeiteranfangslohn als Bezahlung für Lehrlinge vor. Dies würde die Bedingungen für den Zusammenschluß aller Lehrlinge wesentlich verbessern, außerdem ist es so, daß schließlich alle Lehrlinge gleich in Ausbildung stehen, egal ob im 1. oder 3.Lehrjahr und es deshalb nicht einsichtig ist, weshalb sie unterschiedlich bezahlt werden sollen. Ohne Kampf gegen die Lohnpolitik der Gewerkschaftsführung wird es hier keine Fortschritte geben. Da die nächsten Lohnrunden nicht mehr fern sind, sollte schon heute bei der Debatte über die Ergebnisse des 15.Bundesjugendkongresses über diese Frage in den Jugendgruppen und Jugendvertrauensräten diskutiert werden.

Geheime Wahl – Ja oder Nein?

Die geheime Wahl des ÖGJ-Vorstandes ist notwendig. Heute ist die Praxis noch so, daß auf den Kongressen erstens offen abgestimmt wird und zweitens in Form einer Blockabstimmung. Das heißt, der Vorschlag des alten Jugendvorstandes wird entweder angenommen oder nicht. Einzelne Kollegen heraus- oder hineinzuwählen ist nicht möglich.

Um dies zu durchbrechen, wurde von vielen Delegierten am Kongreß eine geheime Wahl des Jugendvorstandes gefordert. Um zu verhindern, daß keine Kollegen in den Jugendvorstand gewählt werden, die mit der jetzigen Politik nicht einverstanden sind, traten Verzetnitsch und Baumgartner auf (Jugendsekretär und GPA-Jugendsekretär). Sie meinten allen Ernstes, daß eine geheime Wahl nicht notwendig sei, da es im ÖGB sowieso genügend Demokratie gäbe. Die folgenden Vorgänge straften ihre Worte Lügen. Da der Antrag auf geheime Wahl des Jugendvorstandes großen Anklang fand, und zur Abstimmung kam, mußten sie bei der Abstimmung selbst eingreifen und Druck auf die Kollegen ausüben. Ein Funktionär der Bau- und Holzarbeiter rief herum, nicht die Hände in die Höhe zu geben und Baumgartner packte einen Kollegen bei der Hand um sie ihm wieder herunterzudrücken. Zwar stimmten trotz des Druckes ca. ein Drittel der Delegierten für die geheime Wahl. Doch war mit dieser Abstimmung die Sache für den Vorstand gelaufen.

Die Gewerkschaftsjugendlichen unterstützen spontan richtige Forderungen und Vorschläge, doch mangelt es ihnen noch an Bewußtheit, um ihre Meinung auch durchsetzen zu können. Sie weichen *noch* des öfteren vor der Führung zurück. Die Rebellion am 15.ÖGJ-Kongreß ist aber Bote einer neuen Entwicklung in der ÖGJ. Keineswegs können sich die Reformisten mehr so sicher sein, daß alles nach ihrem Willen geht – sie bekommen mehr und mehr Schwierigkeiten.

Hier drückt sich in der ÖGJ nur die reale Entwicklung in der ganzen Arbeiterjugend aus – ein Anwachsen der spontanen Rebellion.

„Zusehends reifen in der Arbeiterjugend die Bedingungen dafür heran, daß sie sich im herannahenden Aufschwung der Massenbewegung an die Spitze der Jugend des Volkes stellt und zur Mobilgarde der Arbeiterklasse im Klassenkampf werden kann, wenn es die Kommunisten verstehen, die günstigen Bedingungen zu nutzen und die Arbeiterjugend unter der Fahne des Kommunismus zu sammeln" (Gründungsresolution des KB-Österreichs, S.36)

Lehrlingsarbeit – billige Arbeit

Diesen Vorteil weiß so mancher Kapitalist zu schätzen. So z.B. müssen Lehrlinge beim Schuhhaus Baumgartner in Graz schon jahrein-jahraus Putzarbeiten in den Verkaufsräumen übernehmen. Die Firma spart dafür beim Putzpersonal ein. Waren es vor nicht allzulanger Zeit drei Frauen, die das Reinmachen besorgten und dabei alle Hände voll zu tun hatten, so sind es heute nur mehr eine ganz-und eine weitere halbtägig.

Viele Lehrlinge werden zu Arbeiten herangezogen, die ihre Gesundheit ruinieren (wie z.B. das Schleppen von schweren Kartons und dergleichen) und mit ihrer Ausbildung rein gar nichts zu tun haben. Es gibt keine Personalvertretung, die die Lehrlingsausbildung überwacht.

Gerade das ist der schwache Punkt in dieser Branche, das heißt im Handel. In den vielen kleinen und mittleren Geschäften sind die Belegschaften auf grund der spalterischen Lohnsysteme (Grundlohn plus Verkaufsprovision) und der Arbeitsbedingungen (die Gleitzeit ist hier weit verbreitet) vielfach zersplittert und aufgespalten. Die Drohung der Kapitalisten, daß es genug andere gibt, die sich um jeden Arbeitsplatz reißen, tut noch ein übriges, um jede gewerkschaftliche Aktivität abzuwürgen. Daher gibt es noch viele Betriebe in dieser Branche, die überhaupt keine gewählte Personalvertretung haben.

Deshalb ist die Diskussion darüber, wie man eine Personalvertretungswahl durchführen kann und welche Aufgaben sie hat, voll im Gange.

Lehrlinge sollen auf spätere Anstellung verzichten

Den Kapitalisten ist es von 1964 bis 1973 gelungen, den Anteil der als Facharbeiter eingestuften Industriearbeiter von 31,4% auf 23,8% zu drücken und den Anteil der als angelernte Hilfsarbeiter eingestuften Industriearbeiter von 43,2 auf 53,3% zu heben.

Diese Dequalifizierung ist für die Kapitalisten ein wichtiges Mittel der Lohndrückerei, die Einführung von modernen Maschinen ist im Zuge der Rationalisierung ein ständiger Anlaß dazu, an die teuren Maschinen billigere Arbeitskräfte zu stellen, der Arbeiter wird krasser zum Anhängsel der Maschine degradiert. Etliche Firmen haben das diesen Sommer bei der Lehrlingsaufnahme ziemlich offen ausgesprochen. Den Aufnahmezetteln war gleich beigefügt: „Ich nehme zur Kenntnis, daß das Unternehmen keinerlei Verpflichtung auf sich nimmt, das Anstellungsverhältnis nach Ablauf der Lehrzeit zu verlängern." Unterschrift des Lehrstellenbewerbers. So geschehen z.B. bei Chemie Linz, Vöest Linz usw.

Dem Ungefügigen, dem, der auf seine mageren Rechte pocht, wird vom ersten Tag an mit der späteren Entlassung gedroht.

In allen Firmen wird mit dieser Drohung, gestützt auf die übrige rechtlose Lage, auf die schlechten Aussichten, den Lehrplatz wechseln zu können und auf die demütigende wirtschaftliche Lage der Lehrlinge, die Ausbildung im Sinne der Kapitalisten durchgedrückt, die Gefügigmachung der Jugend, die Ausbildung zum mehr oder minder gut qualifizierten Lohnsklaven erzwungen.

(Aus einem Flugblatt der Ortsgruppe Linz zum 15. ÖGJ-Kongreß)

Klagenfurt/Celovec

Oktoberarena: Erfolgreiche Veranstaltung gegen 10. Oktoberhetze.

Die Veranstaltung am 9.10. „Oktober-Arena/Oktobrski-tabor“ in der Nähe von Klagenfurt/Celovec war ein ein großer Erfolg. Erstmals fanden damit in Kärnten der Unmut, die Empörung und die Ablehnung gegen die 10.-Oktober-Feiern einen organisierten Ausdruck. Die Veranstaltung wurde vom Solidaritätskomitee für die Rechte der Minderheiten in Klagenfurt/Celovec, den beiden slowenischen Jugendorganisationen und dem Klub Mladje organisiert.

Unterstützt wurde die Veranstaltung von mehreren politischen Organisationen, darunter auch der Ortsaufbaugruppe Klagenfurt des Kommunistischen Bundes Österreichs. Die „Oktoberarena“ dauerte von Vormittags 10 Uhr bis in den Abend hinein. Eine Grazer Musik- und Liedergruppe spielte ein Chilestück.

Der slowenische Männerchor sang slowenische Kampf- und Volkslieder. Die „Schmetterlinge“ brachten ihre „Proletenpassion“. Insbesondere diese Aufführung stieß auf große Begeisterung unter den anwesenden Jugendlichen. Sie unterbrachen die Aufführung immer wieder durch begeisterten Applaus, wenn vom Sturz der Unterdrückerherrschaft die Rede war und vom bewaffneten Kampf des Volkes.

Die große Bedeutung der Veranstaltung lag gerade darin, daß hier auf der Basis der klaren Ablehnung des Chauvinismus eine zweisprachige Veranstaltung stattfand, bei der viele deutsch- und slowenischsprechende Werktätige gemeinsam gegen Kapitalismus und Chauvinismus aufgetreten sind.

Der 10. Oktober in Kärnten hat insgesamt gezeigt, daß die fortschrittlichen Kräfte der Bevölkerung im Anwachsen sind, während der Einfluß der Reaktion abnimmt, was diese mit besonders offener und übler Hetze zu übertünchen versucht. Mit 5000 bis 6000 Leuten brachten sie heuer schon weit weniger Leute auf den Alten Platz als noch vor einigen Jahren. Dazu kommt noch, daß der Großteil der 5000 bis 6000 sich aus Parteibonzen, Geschäftsleuten, höheren Beamten und Hotelbesitzern und nur ganz wenigen einfachen Werktätigen rekrutiert.

Der „Landesfeiertag“ ermöglicht die übelste Hetze - er gehört weg!

Der 10. Oktober ist gesetzlicher Landesfeiertag. Dadurch können die Herrschenden und alle Reaktionäre besser ihre Lügen und Hetzen bei diversen „Feiern“, in den Schulen und in der gesamten Öffentlichkeit verbreiten. Der KHD und KAB (Kärntner Abwehrkämpferbund) organisiert an diesem Tag unter „Ehrenschutz“ von Wagner, Bacher, Guggenberger, Ferrari-Brunnenfeld & Co- also allen Parteienvertretern - seine widerwärtigen Hetzveranstaltungen. Hier nur einige Kostproben:

Der Direktor des BG 1 in Klagenfurt und Obmannstellvertreter des KHD und KAB, Einspieler, sagte z.B. bei einer Veranstaltung: „Wer gegen den 10. Oktober ist, ist gegen das ausdrückliche Bekenntnis unseres Landes zu Österreich“. Als derselbe versuchte, „seine Schüler“ zum Besuch einer Veranstaltung des KHD in St. Jakob zu vergattern, mußte er vor allem wegen dem Protest der Schüler eine Abfuhr hinnehmen.

Feldner, der Obmann des KHD, bezeichnet die Führer der Slowenenorganisationen gar als „die geistigen Väter des Terrorismus“. Seine Rede endet mit dem Schlachtruf der Chauvinisten „Kärnten deutsch, frei und ungeteilt!“

Landeshauptmann Wagner (SPÖ) betont in seiner Ansprache, daß die SPÖ die Kraft des Ausgleichs sei. Von wegen! Wie gern die bürgerlichen Parteien und vor allem die SPÖ den KHD als Instrument für die von ihnen betriebene chauvinistische Propaganda benutzen, zeigt die Anwesenheit von Vertretern aller drei Parteien bei den Hetzveranstaltungen des KHD.

Und immer wieder schwätzen die Vertreter des KHD und der bürgerlichen Parteien in ihren Hetzreden daher, daß es am 10. Oktober 1920 um die „Entscheidung für oder gegen Österreich“ gegangen sei.

Gegen diese Geschichtslüge stellte der Hauptredner auf der Oktoberarena richtig fest:

„Der Kärntner Abwehrkampf und die Volksabstimmung, das war kein Freiheitskampf und Selbstbestimmungsrecht des Volkes - das war Krieg. Arbeiter gegen Arbeiter, Bauer gegen Bauer für die Interessen der Herrschenden, das war nationalistische Verhetzung des Volkes, das waren die Betrugsmanöver der Herrschenden, mit denen sie die revolutionären Bestrebungen des Volkes nach dem 1. Weltkrieg nach „Friede, Brot und sozialer Gerechtigkeit“ niedermachten.“

Den Betrug feiern heute, gestützt auf den Landesfeiertag, alle Reaktionäre. Die Herrschenden feiern ihren Sieg der Verhetzung und wollen mit diesen Feiern die gelungene nationalistische Spaltung und Knebelung des Volkes verewigen.

Wir Kommunisten meinen, daß die Arbeiterklasse und das Volk an diesem Tag absolut nichts zu feiern haben. Deswegen sind wir auch auf der „Oktoberarena“ aufgetreten, haben dort revolutionäre Literatur vertrieben und zum Ausdruck gebracht, daß es notwendig ist, die Durchführung der 10.-Oktober-Hetzveranstaltungen zu bekämpfen. Dazu war die „Oktoberarena“ ein äußerst positiver Anfang.

Klagenfurt-Windischkaserne: Keine freiwilligen Helfer für Abstimmungsschießen

Einige Tage vor dem 10. Oktober wurden bei unserer Einheit freiwillige Helfer für das Abstimmungsgedenkschießen am 8. und 9. 10. am Klagenfurter Kreuzbergl unter den Wehrmännern gesucht.

Es sollte ein Dienst am Heimatland sein - ein richtiger Kärntner Bursch soll ja stolz auf den 10. Oktober sein!

Aber, wie es der Teufel will, es meldete sich niemand.

Der Kommandant darauf: „Wer sich meldet, hat nächstes Wochenende schon am Freitag frei.“

Das biete er uns, obwohl sein Auftrag laute, *nur* Freiwillige zu suchen.

Auf Grund dieses Angebotes waren es vor allem Kollegen aus der *Steiermark*, die sich meldeten. Sie haben unter der Woche keine Möglichkeit, nach Hause zu fahren, und nützen natürlich jede Gelegenheit, um zu einem verlängerten Wochenende zu kommen:

Es hätte überhaupt keine Freiwilligen für das traditionelle Schießen der „deutschen“ Kärntner gegeben, wäre in den Kasernen die Garantie auf ein dienstfreies Wochenende durchgesetzt.

Auch unter den Unteroffizieren keine Freiwilligen

Am nächsten Morgen wurde bei der Standeskontrolle auch unter den Unteroffizieren vom Dienstführenden nach Freiwilligen gesucht.

Da sich keiner meldete, wurde einigen *befohlen*, am Schießen teilzunehmen.

Beruhigend zu wissen, daß in unserer Einheit nur mit Befehl und Erpressung Leute für dieses Chauvinistentreffen gefunden werden konnten.

Salzburg: Slowenischer Aktivist zu 16.500.- verurteilt

Am 4. Oktober 1977 wurde Stefan Petjak von einem Salzburger Einzelrichter in Abwesenheit zu einer Geldstrafe von öS 16.500.-, Bezahlung der Gerichtskosten und Bezahlung des Schadens über S 41.000.-verurteilt.

Schuldig der Beihilfe zur „boshaften Sachbeschädigung“ heißt es im Juristenjargon, weil P. zusammen mit 3 anderen slowenischsprachigen Kollegen mit Sprühlack Parolen auf Gebäuden und Wegweisern angebracht hat, um auf die bestehende Rechtlosigkeit der Slowenen in Südkärnten hinzuweisen.

Allein schon die Tatsache, daß dieser Prozeß am 4. Oktober überhaupt stattgefunden hat, stellt eine Provokation der Minderheit dar: St. P. erhielt lediglich eine Ladung in deutscher Sprache, obwohl er seinem Wohnort nach Anspruch auf eine Ladung in slowenischer hätte. Daraufhin verfaßten seine Verteidiger einen Einspruch an das Salzburger Gericht in slowenischer Sprache, worin sie mitteilten, daß St. P. selbstverständlich nur einer Ladung, abgefaßt in seiner Muttersprache, Folge leisten würde. Das Gericht wies diesen Einspruch, der prompt übersetzt wurde, ab, mit der Begründung, daß nach § 14 Abs. 2 des Volksgruppengesetzes Eingaben an Gerichte außerhalb des gemischtsprachigen Gebietes als „Formgebrechen“ zu betrachten seien. Daraufhin wurde der Prozeß ohne P. und Verteidiger durchgezogen, 3 aus dem gleichen Grund nicht erschienene slowenische Zeugen wurden wegen „Mißachtung des Gerichts“ zu je S 500,- Strafe verdonnert.

Danach war für Staatsanwalt und Richter der Weg frei, um die ganze Angelegenheit als kleinen Kriminalfall durchzuziehen. Dementsprechend wurden sie auch von der gesamten bürgerlichen Presse gefeiert! „Gericht ließ sich von Politik nicht ausschalten“ jubelten die „Salzburger Nachrichten“.

Prozeß und Urteil zeigen, daß dieser Staat es ernst meint mit der Kriminalisierung der Kärntner Slowenen und damit der ganzen Bewegung für die Rechte der Minderheiten.

WEG MIT DEM URTEIL GEGEN STEFAN PETJAK!

Spendensammlung für die Bezahlung der Kosten der Prozeßwelle gegen slowenische Aktivisten

Die slowenischen Organisationen führen eine Spendensammlung zur Aufbringung der finanziellen Mittel für die Bezahlung der Gerichtskosten, etwaiger Strafen ... der gegenwärtig laufenden Prozesse durch. Spenden an:

Zveza slovenskih zadrugv Celovcu registirana zadruga z omejenim jamstvom 9020 Klagenfurt

politische Prozesse Konto 4415.282

Konto des Empfängers 3300

einzuzahlen bei jeder Post

Universität Wien: Rassisten raus!

Am 10.10 wollte die erzreaktionäre Studentenorganisation JES - die übrigens von der ÖVP bezhalt wird - eine üble Hetzveranstaltung gegen die afrikanischen Völer durchführen. Auf dieser „Afrikainformationsveranstaltung“ sollte Herr Hans Huyn, Abgeordneter des Deutschen Bundestages der CSU, einen von ihm selbst gedrehten Propagandafilm für die Rassistenregimes im südlichen Afrika vorführen und eine Hetzrede halten.

Aber daraus wurde nichts! Mehr als 100 fortschrittliche Studenten, darunter viele Genossen der MLS (studentische Masseorganisation des KB in Wien), ließen diese Provokation nicht zu: Mit Sprechchören wurde der Herr von der CSU gebührend empfangen und am Reden gehindert. Auch konnte die Vorführung des Filmes verhindert werden.

Eines ist ganz klar geworden: Mit ihrer Provokation erreichten die Rassistenfreunde nur, daß der Haß der fortschrittlichen Studenten auf die Siedlerregimes und Imperialisten noch größer geworden ist.

Für die MLS ist dies ein großer Ansporn, die Spendenaktion für die ZANU offensiv voranzubringen.

RASSISTEN RAUS - 2 LANDROVER FÜR DIE ZANU!

St.Kanzian/Skocijan: Slowenischer Postler zwangsversetzt

Janko Gutovnik, ein junger Postler, hatte am 14.8. an der Demonstration in St.Kanzian/Skocijan teilgenommen. Er hat damit, wie viele slowenische Arbeiter des Ortes und der Umgebung gegen das Volksgruppengesetz und für die volle Zweisprachigkeit sowohl in der Gemeinde als auch im ganzen gemischtsprachigen Gebiet demonstriert. Diese Demonstration traf die Chauvinisten des Ortes sehr stark, die Demonstration war auch den führenden Politikern und der Leitern der Landesverwaltung ein Dorn im Auge.

Als dann die Demonstration ein Erfolg wurde, trotz des Einschüchterungsversuches durch das „Attentat“, schossen diese Herren sich auf Gutovnik ein. Rudolf Wank, ein Hotelbesitzer und berüchtigter Chauvinist, griff Gutovnik direkt an und hielt Leute davon ab, am Postamt im Ort ihre Geschäfte zu erledigen: „Bei dir zohl i nit ein, i hob kane Dinar. Und wos tuast du do orbeiten und unsarn Leiten des Brot wegnehman“. Wank vertreibt übrigens Splitter vom Denkmal in St.Kanzian/Skocijan, auf das das Attentat verübt wurde. Viele antichauvinistische Menschen sehen in ihm auch einen, der etwas mit den Sprengungen zu tun haben könnte. Die übrigen Hoteliers standen ihm kaum nach. Immer wieder rieten sie Touristen, lieber auf die Post von Eberndorf/Dobrla vas zu gehen, da Gutovnik nur Dinar annehme. Nach dieser Vorbereitung versetzte dann die Postdirektion Gutovnik in ein anderes Postamt, angeblich, weil keine Arbeit vorhanden sei. Einige Tage nach der Zwangsversetzung wurde jedoch dem Postamt in St.Kanzian/Skocijan ein neuer Beamter zugeteilt. Der Fall des Postlers Gutovnik ist ein besonders krasser Fall, bei dem ein slowenischer Arbeiter wegen seinem Bekenntnis zu seiner Sprache und zu seiner Herkunft einer Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt war. Slowenische Journalisten berichten jedoch, daß in der Landesverwaltung auch andere Zwangsversetzungsmaßnahmen gegen öffentlich Bedienstete geplant werden, die an den Aktionen im Sommer teilgenommen haben.

Die Bourgeoisie rüstet gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und nennt das Schutz gegen Terrorismus

Über die „Gefährdung des Rechtsstaates" heulten die Politiker und Schmierfinken der Bourgeoisie, als vor Wochen Schleyer entführt wurde. Noch immer befindet sich dieser Häuptling des BRD-Imperialismus in den Händen der Entführer und die bürgerliche Presse nimmt das zum Anlaß, Tag für Tag eine Berichterstattung aufzuziehen, als ob die ganze Menschheit unter der Bedrohung durch den Terrorismus leide. Die Parteien wiederum versichern sich gegenseitigen Beistand im Kampf gegen den politischen Terror und wetteifern hinsichtlich der wirksamsten Methoden, diesen unter Kontrolle zu bekommen. Endlos sind die Appelle an die Volksmassen, bei der „Verteidigung der demokratischen Grundordnung" zusammenzurücken, wie das vor allem der Sozialdemokrat Brandt in weinerlichem Ton betreibt. Die Arbeiterklasse soll den Gegensatz zur Kapitalistenklasse vergessen angesichts des „gemeinsamen Feinds", das ist mit diesen Aufrufen gemeint.

Eine tiefe Wirkung haben sie nicht, und können sie auch nicht haben. Kaum ein Arbeiter wird sich vom Terrorismus bedroht fühlen, und welchen Grund sollte er haben, darüber zu trauern, daß einer wie Schleyer aus dem Verkehr gezogen ist. Im Gegenteil, nicht wenige werden Schadenfreude über das Schicksal dieses bekannten Scharfmachers für die Ausbeutung und Antreiberei in den Fabriken empfinden.

Der heutige Terrorismus ist ein Problem der Bourgeoisie, nicht eins der Arbeiterklasse. Gesetzmäßig wird die Herrschaft der Ausbeuterklasse, die selbst zu ihrer Verteidigung in der Geschichte immer wieder zu Terror und Gewalt gegriffen hat, immer wieder auch mit dem Mittel der Gewalt und des Terrors bekämpft. Daß heute gerade die westdeutsche Kapitalistenklasse mit diesem Problem konfrontiert ist, hängt nicht zuletzt mit der Tatsache zusammen, daß sie eine besonders reaktionäre Vertreterin der imperialistischen Ausbeutung und Unterdrückung ist. Schon 1956 hat sie die revolutionäre Partei der westdeutschen Arbeiterbewegung verboten und Ende der 60er-Jahre hat sie auf die demokratische Massenbewegung unter den Studenten mit Berufsverboten und Notstandsgesetzen geantwortet.

Allerdings ist mit terroristischen „Helden"-Taten von der Art der Entführung Schleyers für die Arbeiterklasse auch kein einziges Problem gelöst. Indem man einen Bourgeois gefangennimmt oder erschießt, wird man die Ausbeuterordnung nicht stürzen. Diese Ordnung beruht auf gesellschaftlichen Verhältnissen, die unabhängig von einem ihrer Nutznießer existieren. Mit dem in der Verfassung verankerten Recht auf Privateigentum haben die Kapitalisten das Recht und die Freiheit zugesichert, die Arbeiter auszubeuten. Der „Rechtsstaat" schützt diese Freiheit der Bourgeoisie von fremder Arbeit zu leben mit seinem Gewaltapparat.

Lenin macht sich über jene Kleinbürger, die den Terror als Mittel zur „Aufrüttelung" der Arbeiter anpreisen, lustig: „Gibt es denn, fragt man sich, im russischen Leben noch zu wenig Schändlichkeiten, daß man besondere ‚aufrüttelnde' Mittel erfinden muß? Und andererseits, wer selbst durch die in Rußland herrschende Willkür nicht aufgerüttelt ist, der wird offenbar auch dem Zweikampf zwischen Regierung und einem Häuflein von Terroristen ruhig zusehen und 'die Daumen drehen'" (Was tun?)

Was die Arbeiterbewegung, die gerade auch in Westdeutschland heute im Anwachsen und Erstarken ist, braucht, ist nicht kindisches Abenteurertum und individueller Terror, der auf einen Privatkrieg mit dem bürgerlichen Staat aus ist. Organisation, politische Führung und wissenschaftliche Schulung ist notwendig, um die Kraft der Arbeiterklasse für den Sturz der Kapitalistenherrschaft in der Revolution zu sammeln. Natürlich weiß auch die Bourgeoisie, daß ihr die wirkliche Gefahr von der organisierten Arbeiterbewegung droht und nicht von einem Häuflein Terroristen, die höchstens das Leben eines aus ihrer Runde abkürzen, nicht aber ihre Klassenherrschaft beenden können. Das wesentliche des ganzen Terrorismusgeschreis spielt sich auch nicht auf dieser „schrecklich" aufgemachten Bühne ab.

Die Bourgeoisie rüstet gegen die Arbeiterbewegung

Mit dem Lärm, der vordergründig geschlagen wird, baut die westdeutsche Bourgeoisie im Hintergrund ihren Willkür- und Gewaltapparat aus zum Schlag gegen die Arbeiter- und demokratische Massenbewegung. Gesetze werden geschneidert zur Illegalisierung jeder Bewegung, die der schrankenlosen Profitmacherei Widerstand leistet, und eine Masse von Polizei und Armee wird zusammengezogen, um diese Gesetze auch durchzusetzen. Das „Gesetz über die Kontaktsperre" versagt den politischen Gefangenen jeglichen Außenkontakt mit Angehörigen oder mit einem Anwalt. Offensichtlich hat die Bourgeoisie die Absicht, ihre Gefängnisse zu füllen. „Sicherheitsverwahrung", auch ohne jede vorherige Verurteilung des Betroffenen, soll besonders bei Strafparagraphen verordnet werden, unter denen alle Zusammenschlüsse der Volksmassen zur Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums behandelt werden können. Für bloßes Mitführen von vollautomatischen Selbstladewaffen wird es 5 Jahre Haft geben. Ein CDU-Antrag sieht die Änderung des Versammlungsgesetzes vor, nach der sowohl die Veranstaltung selbst „friedlich" als auch die Teilnahme an dieser Veranstaltung „friedlich" sein muß. Die SPD hat dazu eine „ziemlich positive Stellungnahme" abgegeben. Unter „Landfriedensbruch" soll in Zukunft fallen, wenn klassenbewußte Arbeiter dazu auffordern, einen Betrieb zu bestreiken, oder wenn Belegschaften zu diesem Zweck Streikposten als Kampfmittel einsetzen.

Bekanntlich treffen sich Terroristen nicht in öffentlichen Versammlungen und sind auch nicht vor Betrieben zu finden. Mit diesen Maßnahmen sollen auch nicht Terroristen gefangen, sondern soll jeder Kampf der demokratischen und revolutionären Massenbewegung unter Strafe gestellt werden. Völlig sinnlos ist es, einen solchen Knüppel von „Sicherheitsgesetzen" gegen eine Handvoll Einzelgänger einzusetzen.

Für die Bourgeoisie ist jede revolutionäre Gewalt „Terrorismus"

Notwendig braucht aber der Staatsapparat, der gebaut ist, die „Freiheit und Sicherheit" für die Kapitalistenklasse zu sichern, eine derart regellose Willkür, um den Geist der Rebellion einzufangen, der sich mächtig zu regen beginnt.

Manche Bourgeois in der BRD glauben, daß jetzt auch die Zeit reif ist für den entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterklasse und haben den Verbotsantrag gegen die revolutionären Organisationen gestellt. Der Zusammenschluß der Arbeiter macht Fortschritte. Auf dem westdeutschen IGM-Gewerkschaftstag ist gegen den Willen des Vorstands die Forderung nach der 35-Stunden-Woche beschlossen worden. Für die Bourgeoisie kommt das dem „Terrorismus" nahe. Ein solcher Beschluß hindert die Ausübung ihres Rechts auf Ausbeutung.

Die ganze Terrorismusdebatte nutzt die Kapitalistenklasse, und das nicht nur in Westdeutschland, um alle Vorbereitungen zur Niederschlagung einer revolutionären Massenbewegung im Interesse der „öffentlichen Sicherheit" zu treffen. Mehr oder weniger offen verbreiten die bürgerlichen Zeitungsschreiber, gegen wen in Wirklichkeit die Gewalt des „Rechtsstaates" gerichtet werden soll: Die Baader-Meinhof-Leute „sind aber nicht allein die Schuldigen ..... da ist ja auch noch die 'Sympathisantenszene' .... Zum potentiellen Hinterland des Terrorismus muß mittlerweile aber auch jener kleine Teil der Bewegung gegen die Kernkraftwerke gezählt werden .... " (Presse, 7. und 8.9.)

Jede revolutionäre Gewalt, die der Jagd der Bourgeoisie nach Höchstprofiten ein Ende machen will, ist nach den Gesetzen des „demokratischen Rechtsstaates" Terror und verboten. Die Arbeiterklasse wird sich an dieses Verbot nicht halten können. Sie wird vielmehr, einheitlich in einer Massenbewegung organisiert, und unter Führung ihrer revolutionären Partei, im bewaffneten Aufstand die staatliche Gewaltherrschaft der Bourgeoisie stürzen, der Kapitalistenklasse die Verfügung über die Produktionsmittel entreissen und so für die breiten Volksmassen die revolutionäre Demokratie verwirklichen.

Wahrscheinlich, daß einige Bourgeois in der Entfaltung der proletarischen Revolution zu Tode kommen, weil sie sich den Massen entgegenstellen, auf Sabotage und Widerstand beharren oder besonders verhaßte Schmarotzer der gestürzten Ordnung sind. Ansonsten aber wird die alte Ausbeuterklasse samt ihrem Anhang nicht physisch vernichtet, sondern enteignet und der produktiven Arbeit zugeführt werden. „Terror" werden sie murmeln, wenn sie die Schaufel in die Hand nehmen müssen.

Gegen die Verbotsanträge gegen KBW, KPD und KPD/ML...

Rede des Sekretärs des Zentralkomitees auf der Demonstration in Wien

Fortsetzung von Seite 2

(....)

Durch die internationale Solidarität mit dem Kampf der westdeutschen Arbeiterbewegung wird es der westdeutschen Reaktion erschwert, ihre Absichten zu verwirklichen. Sie trägt zur Verbesserung der Bedingungen für den Klassenkampf in Westdeutschland bei. Das ist der Hauptzweck unserer heutigen Demonstration.

Zugleich richtet sie sich aber auch gegen die österreichische Bourgeoisie, die die Maßnahmen der westdeutschen Bourgeoisie ideologisch und praktisch unterstützt. Sie richtet sich gegen die Zusammenarbeit des westdeutschen und österreichischen Staates. Es wird eine wichtige Aufgabe der kommenden Wochen sein, diese Zusammenarbeit umfassend zu enthüllen, ihre Grundlagen, die internationale Stellung und den reaktionären Charakter des österreichischen Imperialismus aufzuzeigen und sie zu bekämpfen.

Schließlich richtet sich unsere Demonstration auch gegen die heute dort und da beginnenden Versuche der österreichischen Bourgeoisie, im Kielwasser der westdeutschen Reaktion und ihres sogenannten „Kampfes gegen den Terrorismus" reaktionäre Angriffe auf die österreichische revolutionäre Arbeiterbewegung und auf den KB Österreichs vorzubereiten. Gegenwärtig wird das am deutlichsten in Kärnten, wo die Fronten im Klassenkampf in der Minderheitenfrage sehr scharf sind. Dort steht die wilde öffentliche Hetze einiger Reaktionäre gegen die Kommunisten und alle Fortschrittlichen auf der Tagesordnung. Dort wird der KB Österreichs als Terroristenorganisation bezeichnet. Dort werden den Kommunisten reaktionäre Bombenanschläge unterschoben. Dort gibt es ein regelrechtes Kesseltreiben gegen einzelne Genossen. Wir treten dagegen auf. Wir sind wachsam und bereiten uns und die Volksmassen ideologisch und praktisch auf Schläge des Staatsapparates gegen unsere Organisation vor. Wir zeigen auf, wovor die Bourgeoisie Angst hat. Wir werden aber vor allen Dingen die politische Arbeit verstärken und uns eng mit den Massen verbinden, denn das ist das Entscheidende."

Fortsetzung von Seite 2

halten, sie habe Verbindungen zum Kommunistischen Bund Westdeutschland. Die Polizisten erklärten offen, daß sie jede Verbindung zwischen der demokratischen und Arbeiterbewegung in Österreich und in Westdeutschland als „Verbindung zu Terrororganisationen" unterbinden wollten. Sie versuchten Christiane Schneider unter anderem über den Kommunistischen Bund Österreichs und die AKW-Bewegung in Österreich auszuhorchen. Die gegen sie angewandten Zwangsmaßnahmen dienten vor allem der Erpressung solcher Aussagen.

Die Unterzeichneten protestieren mit Entschiedenheit gegen diesen Übergriff der österreichischen Staatspolizei. Sie sehen darin nicht nur eine direkte Unterstützung der Unterdrückungsversuche des westdeutschen Staates gegen die demokratische und revolutionäre Bewegung in Westdeutschland, sondern vor allem einen Angriff auf die Meinungsfreiheit und die Organisationsfreiheit der demokratischen und Arbeiterbewegung in Österreich. Die Maßnahmen gegen Christiane Schneider müssen aufgehoben werden, denn dieser Angriff auf eine westdeutsche Staatsangehörige zeigt, wie der österreichische Staat gegen die demokratische und Arbeiterbewegung in Österreich insgesamt vorgehen will.

Die Unterzeichneten fordern alle Demokraten auf, sie in der Forderung nach Aufhebung der Ausweisungsverfügung und nach Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für Christiane Schneider zu unterstützen.

gez. Dagmar Fuchs

gez. Ladislaus Peter Ribarits

Abhängigkeit Österreichs vom BRD-Finanzkapital

Von den 100 größten österreichischen Unternehmen befinden sich 17 vollständig in westdeutschem Besitz. Bereits 1970 befand sich ein Viertel des österreichischen Aktienkapitals in westdeutschem Besitz.

In den Jahren 1975 und 1976 betrugen die Direktinvestitionen aus der BRD nach Österreich fast 2 Milliarden Schilling (43 % aller ausländischen Direktinvestitionen). Von 1973 hat sich der Anteil des BRD-Finanzkapitals an den ausländischen Direktinvestitionen in Österreich verdoppelt.

In den Jahren 1975 und 1976 machten die Kredite des BRD-Finanzkapitals an österreichische Banken, Industriebetriebe und den Staat 15 Millionen Schilling aus (30 % aller Auslandskredite). Das BRD-Finanzkapital ist somit einer der Hauptgläubiger des österreichischen Kapitals und des Staates, dessen letzte große Auslandsanleihe 1975 zu einem beträchtlichen Teil von westdeutschen Banken gehalten wird.

Die Sozialistische Oktoberrevolution hat eine erste Bresche in das imperialistische Weltsystem geschlagen

Vor 60 Jahren erhoben sich die russischen Arbeiter und Bauern unter der Führung der Kommunistischen Partei Lenins und Stalins und verjagten in der siegreichen Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die in- und ausländischen Ausbeuter und Unterdrücker: Die Großgrundbesitzer, die Kapitalisten und die ausländischen Imperialisten. Das russische Proletariat ergriff mit der Oktoberrevolution die politische Macht und nahm die Produktionsmittel in seinen Besitz. Die Ländereien des Großgrundbesitzes wurden auf die Millionen landlosen Bauern, Klein- und Mittelbauern verteilt.

Damit hatten die russischen Arbeiter und Bauern schlagend unter Beweis gestellt, daß sie im Stande sind, Ausbeutung und Unterdrückung zu vernichten, die Geschichte in die eigenen Hände zu nehmen und in ihrem Interesse zu gestalten.

Der Sozialismus hatte in einem Land - im riesigen Rußland - gesiegt und damit eine erste gewaltige Bresche in das imperialistische Weltsystem geschlagen. Die Auswirkungen auf den Kampf des Weltproletariats und die Revolution waren gewaltig. Das beweisen nicht nur die unmittelbar nach der Oktoberrevolution erfolgten revolutionären Erhebungen in einigen Ländern, nicht nur die trotz allen Rückschlägen schwungvolle Entwicklung der Sache der Revolution seit 1917, sondern der tagtägliche weltweite Klassenkampf gegen Imperialismus und Kapitalismus, für Sozialismus und Kommunismus.

Die Oktoberrevolution hat die Epoche der proletarischen Weltrevolution eröffnet und dem Weltkapitalismus eine tödliche Wunde geschlagen (Stalin)

In seinem Artikel „Der internationale Charakter der Oktoberrevolution" streicht Stalin heraus: „Die Oktoberrevolution darf nicht nur als eine Revolution 'im nationalen Rahmen' betrachtet werden. Sie ist vor allem eine Revolution von internationaler, von Weltbedeutung, denn sie bedeutet eine grundlegende Wendung in der Weltgeschichte der Menschheit, die Wendung von der alten, der imperialistischen Welt, zu einer neuen, der sozialistischen Welt.

Die Revolutionen der Vergangenheit endeten gewöhnlich damit, daß am Regierungsruder eine Ausbeutergruppe durch eine andere Ausbeutergruppe abgelöst wurden. Die Ausbeuter wechselten, die Ausbeutung blieb. (....)

Die Oktoberrevolution unterscheidet sich *grundsätzlich* von diesen Revolutionen. Sie setzt sich nicht das Ziel, eine Ausbeutungsform durch eine andere Ausbeutungsform, eine Ausbeutergruppe durch eine andere Ausbeutergruppe zu ersetzen, sondern jede Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen, alle und jede Ausbeutergruppen zu vernichten, die Diktatur des Proletariats aufzurichten, die Macht jener Klasse aufzurichten, die von allen bisher dagewesenen unterdrückten Klassen die revolutionärste ist, eine neue, klassenlose, sozialistische Gesellschaft zu organisieren."

Die Oktoberrevolution bedeutete für den Weltimperialismus eine gewaltige Niederlage an einer Front. Damit nicht genug. Diese Niederlage zeigte schlaglichtartig die Fäulnis des Weltimperialismus an allen anderen Fronten auf. Nur durch verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter- und Volksmassen in den imperialistischen Ländern und durch die Unterjochung der unterdrückten Völker, durch politische Reaktion im Inneren und nach außen kann sich der Imperialismus auf den Beinen halten.

All das, und vor allem die Möglichkeit und Notwendigkeit des erfolgreichen Kampfs und des schließlichen Sieges über den Imperialismus, war den Völkern durch die Oktoberrevolution vor Augen geführt worden. Sie griff nach ihrem Sieg in Rußland nicht nur auf die Randgebiete, sondern auch auf die Nachbarländer über. Der imperialistische Weltkrieg, der die Unzufriedenheit der unteren Volksschichten schürte, der Austritt der Sowjetmacht aus diesem Raubkrieg, die Beendigung der russischen Annexionspolitik, die Entlassung Finnlands in die Unabhängigkeit und die Ausrufung Rußlands zu einer 'Föderation nationaler Sowjetrepubliken' – all diese Maßnahmen der jungen Sowjetmacht, der Arbeiter und Bauern, ließen revolutionäre Kämpfe im Osten und Westen entflammen. Das Streben, dem Beispiel der russischen Arbeiter und Bauern nachzueifern, war der Wunsch der Arbeiter vor allem in den europäischen Ländern. Revolutionäre Aufstände in Deutschland und Österreich, die Errichtung von Räterepubliken in Bayern und Ungarn, waren deutliche Beweise dafür.

Von den sozialdemokratischen Parteien verraten, fehlte der revolutionären Arbeiterbewegung aber die marxistisch-leninistische Führung, die spontanen Erhebungen vereinheitlichen, leiten und zum Sieg hätte führen können.

Auch die unterdrückten Völker des Ostens wurden durch das Vorbild der Sowjetvölker angespornt.

„*Angebrochen* ist die Ära der Befreiungsrevolutionen in den Kolonien und abhängigen Ländern, die Ära des Erwachens des *Proletariats* dieser Länder, die Ära seiner *Hegemonie* in der Revolution." (Stalin, Der internationale Charakter der Oktoberrevolution)

Unter dem direkten Einfluß der Oktoberrevolution entfalteten sich Rätebewegungen in Persien, Indien und China. Die gewaltige Bedeutung der Oktoberrevolution für das Erwachen der Völker in den Kolonien und Halbkolonien, hat Mao Tsetung, der Führer der chinesischen Revolution, in seiner Schrift „Über die demokratische Diktatur des Volkes" herausgestrichen. Er schrieb: „Damals, und nur damals, traten die Chinesen in eine ganz neue Ära in ihrem Denken und Leben ein. Die Chinesen fanden den Marxismus-Leninismus, diese für die ganze Welt gültige allgemeine Wahrheit, und das Antlitz Chinas begann sich zu wandeln.

Die Chinesen gelangten zum Marxismus durch Vermittlung der Russen. Vor der Oktoberrevolution waren den Chinesen nicht nur Lenin und Stalin, sondern auch Marx und Engels unbekannt. Die Geschützsalven der Oktoberrevolution brachten uns den Marxismus-Leninismus. Die Oktoberrevolution half den fortschrittlichen Menschen der ganzen Welt und auch Chinas, mit der proletarischen Weltanschauung als Instrument, die Geschicke eines Landes zu untersuchen und ihre eigenen Probleme neu zu erwägen. Den Weg der Russen gehen, so lautete die Schlußfolgerung."

Die Oktoberrevolution hatte auf die bürgerlich-demokratischen Revolutionen in den Kolonien und Halbkolonien nachhaltigen Einfluß. Mit der Oktoberrevolution, die die sozialistische Weltrevolution des Proletariats einleitete, werden diese Revolutionen, „unabhängig davon, welche Klassen, Parteien oder Einzelpersonen einer unterdrückten Nation.... teilnehmen-... wenn sie alle nur gegen den Imperialismus kämpfen – zu einem Bestandteil der proletarisch-sozialistischen Weltrevolution, und ihre Teilnehmer werden zu deren Bundesgenossen, ob sie sich nun dieses Umstandes bewußt sind oder nicht, ob sie ihn begreifen oder nicht." (Mao Tsetung: Über die Neue Demokratie)

> **Schriften zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution**
>
> W.I. LENIN: Ausgewählte Werke in 6 Bänden, auch einzeln lieferbar. Preis (pro Band): S 66,60.
>
> J.W. STALIN: Über den Großen Oktober. (Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus)
> Die Broschüre enthält Schriften Stalins zu wesentlichen Fragen der Vorbereitung und der Erfahrungen der Sozialistischen Oktoberrevolution.
> Preis: ca. S 35,--. 179 Seiten.
>
> GESCHICHTE DER KPdSU(B), Kurzer Lehrgang.
> Dieses Schulungsbuch der KPdSU behandelt die revolutionäre Strategie und Taktik der Partei in der Zeit von 1883 bis 1937.
> Preis: S 61,60. 472 Seiten.
>
> JOHN REED: 10 Tage, die die Welt erschütterten.
> Bericht eines revolutionären amerikanischen Journalisten über den Verlauf der Oktoberrevolution.
> Preis: S 61,-. 516 Seiten.
>
> *zu beziehen über: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten. Postfach 13, 1042 Wien.*

„Die Oktoberrevolution .... hat .... die Existenz des Weltkapitalismus als Ganzes in Frage gestellt." (Stalin)

Mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats schuf das Sowjetvolk für die internationale revolutionäre Bewegung jenes Zentrum „wie sie es vorher *nie besessen hatte* und um das sie sich jetzt zusammenschließen kann bei der Organisierung der *revolutionären Einheitsfront der Proletarier und der unterdrückten Völker aller Länder gegen den Imperialismus*". (Stalin, Der internationale Charakter ...)

Dem Imperialismus war somit eine Wunde geschlagen, von der er sich nie wieder erholen sollte. Vorbei waren die Zeiten der ungestörten Entwicklung des Kapitalismus, wie er sie vor der Oktoberrevolution gekannt hatte. „Gleichgewicht" und Klassenfrieden sollte er nur mehr zeitweilig kennen.

Die unterdrückten Klassen der ganzen Welt waren erwacht und hatten mit der Oktoberrevolution ein neues Niveau des Mutes und der Kampfentschlossenheit erreicht. Sie hatten in der Oktoberrevolution eine Perspektive und einen neuen Weg gefunden. Die Sowjetunion wurde zum Orientierungspunkt von Millionen Menschen. Damit war die Ära des Zusammenbruchs des Kapitalismus angebrochen.

Dies beweist schlagend der weitere Gang der Geschichte seit der Oktoberrevolution. „Während die sowjetische Arbeiterklasse im Bündnis mit den Massen des werktätigen Volkes unter Führung der KPdSU mit Lenin und Stalin an der Spitze den Sozialismus aufbaute, vertiefte sich die allgemeine Krise des Imperialismus, aus der er im Faschismus und in einem neuen Weltkrieg den Ausweg suchte. Nach dem Zusammenbruch des Faschismus und dem Ende des 2. Weltkrieges schlugen die Länder Ost- und Südeuropas den Weg der Volksdemokratie und des Sozialismus ein, die chinesische Revolution führte zur Gründung der VR China, das koreanische und das vietnamesische Volk versetzten dem Imperialismus schwere Schläge, errichteten eine revolutionäre Staatsmacht im Norden Koreas und Nordvietnam und setzten den Kampf für die Befreiung des ganzen Landes fort." (Programm des KB Österreichs)

Heute tobt der Kampf der Völker vor allem im südlichen Afrika, wo die Völker Zimbabwes, Azanias, Namibias den Kampf um die Befreiung ihrer Länder von Kolonialismus und Imperialismus führen.

Die sozialdemokratische Politik der Versöhnung mit der Bourgeoisie und dem Imperialismus war und ist die Politik der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung. Sie hatte und hat das Ziel, die Völker von ihrem Kampf um Unabhängigkeit, Freiheit und Revolution abzuhalten, und die Arbeiterbewegung durch chauvinistische Verhetzung für die imperialistischen Kriegspläne der Bourgeoisie in den einzelnen kapitalistischen Ländern einzuspannen.

Diese Rechnung konnte jedoch nicht aufgehen. Mit der sozialistischen Revolution versetzten die Arbeiter und Bauern Rußlands diesen Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung einen tödlichen Schlag. „Früher, *vor dem Sieg der Diktatur des Proletariats*, konnte die Sozialdemokratie mit dem Banner des Marxismus prunken, ohne die Idee der Diktatur des Proletariats offen abzulehnen, wobei sie aber auch nichts, rein gar nichts unternahm, um die Verwirklichung dieser Idee zu beschleunigen;... Damals, in jener Periode, waren formell Sozialdemokratie und Marxismus ganz oder nahezu ein und dasselbe.

Jetzt, *nach dem Sieg der Diktatur des Proletariats*, da alle mit eigenen Augen gesehen haben, *wozu* der Marxismus führt und *was* sein Sieg zu bedeuten hat, kann die Sozialdemokratie nicht mehr mit dem Banner des Marxismus prunken, kann sie nicht mehr mit der Idee der Diktatur des Proletariats kokettieren, ohne eine gewisse Gefahr für den Kapitalismus heraufzubeschwören. (....) Jetzt mußte sie sich vom Marxismus abgrenzen und grenzte sich auch tatsächlich von ihm ab, ..." (Stalin, Der internationale Charakter ....)

An diesem historischen Sieg der revolutionären Arbeiterbewegung über den Revisionismus der II. Internationale kann auch die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion seit den 50er-Jahren nichts ändern. Zweifellos war der Machtantritt des Revisionismus in der Sowjetunion, die Beseitigung der Diktatur des Proletariats und die Errichtung der Diktatur einer bürokratischen Monopolbourgeoisie neuen Typs, kurz, die Wiederherstellung des Kapitalismus und die Verwandlung der Sowjetunion in eine sozialimperialistische und sozialfaschistische Supermacht, ein gewaltiger Rückschlag für den Weg der proletarischen Weltrevolution. Ein Rückschlag, nicht mehr und nicht weniger.

Wie der Kampf des Weltproletariats mit dem revolutionären Sowjetvolk an der Spitze, den „Revisionismus seligen Angedenkens" von Bernstein und Konsorten besiegte, so wird auch der moderne Revisionismus durch das Voranschreiten des weltweiten Klassenkampfes besiegt werden.

In diesem Sinne muß die Arbeiterbewegung sich die Lehren der siegreichen Oktoberrevolution aneignen.

Manöver der beiden Supermächte

Je mehr sie vom Frieden reden, desto fieberhafter bereiten sie den Krieg vor

„Leber erläutert in Wien Konzept der NATO" lautete die Überschrift in der „Frankfurter Allgemeinen" über den Bericht des Besuchs von BRD-Verteidigungsminister Leber in Österreich (23.9.). „Die Sicherheit des Westens beruht auf dem strategischen Konzept der Atlantischen Allianz", erklärte Leber bei seinem Besuch, der der erste offizielle Besuch eines BRD-Verteidigungsministers seit dem Zweiten Weltkrieg war. „Aus deutscher Sicht werde Österreich, das seine eigene Sicherheitspolitik zu bestimmen habe, genauso wie die neutrale Schweiz eingeordnet. Unabhängig davon, ob ein Staat neutral oder blockgebunden sei, habe aber die Frage, ob alles notwendige zur Verhinderung eines Krieges getan worden sei, absolute Priorität."

Was der US-Imperialismus mit seinen NATO-Verbündeten in Europa tut, hat mit „Verhinderung" nichts, mit Vorbereitungen auf den imperialistischen Krieg alles zu tun. Jetzt im Herbst und im Winter laufen gerade insgesamt 30 Übungen der NATO-Staaten im Rahmen einer Manöverserie, die den „Ernstfall" quer durch Europa von Norwegen bis in die Türkei probt. Natürlich haben die NATO-Strategen dabei ihre Vorstellungen über die militärische Rolle Österreichs, die sie der österreichischen Bourgeoisie „erläutern" müssen.

Allein 10 der Übungen des Manövers „Herbstschmiede" finden in der BRD statt. Zu diesem Zweck werden amerikanische Soldaten eingeflogen, die das Kriegsgerät, das ohnehin schon in der BRD lagert, nur zu übernehmen brauchen. Kernstück der Serie ist das Manöver „Standhafte Chatten", an dem an die 40.000 Soldaten, 23.000 Kettenfahrzeuge und an die 1.000 Kampfpanzer teilnehmen. „Zweck der Übung ist es, die grenznahe Abwehr (unter Ausnutzung der vollen Beweglichkeit der gepanzerten Verbände) zu erproben." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.8.)

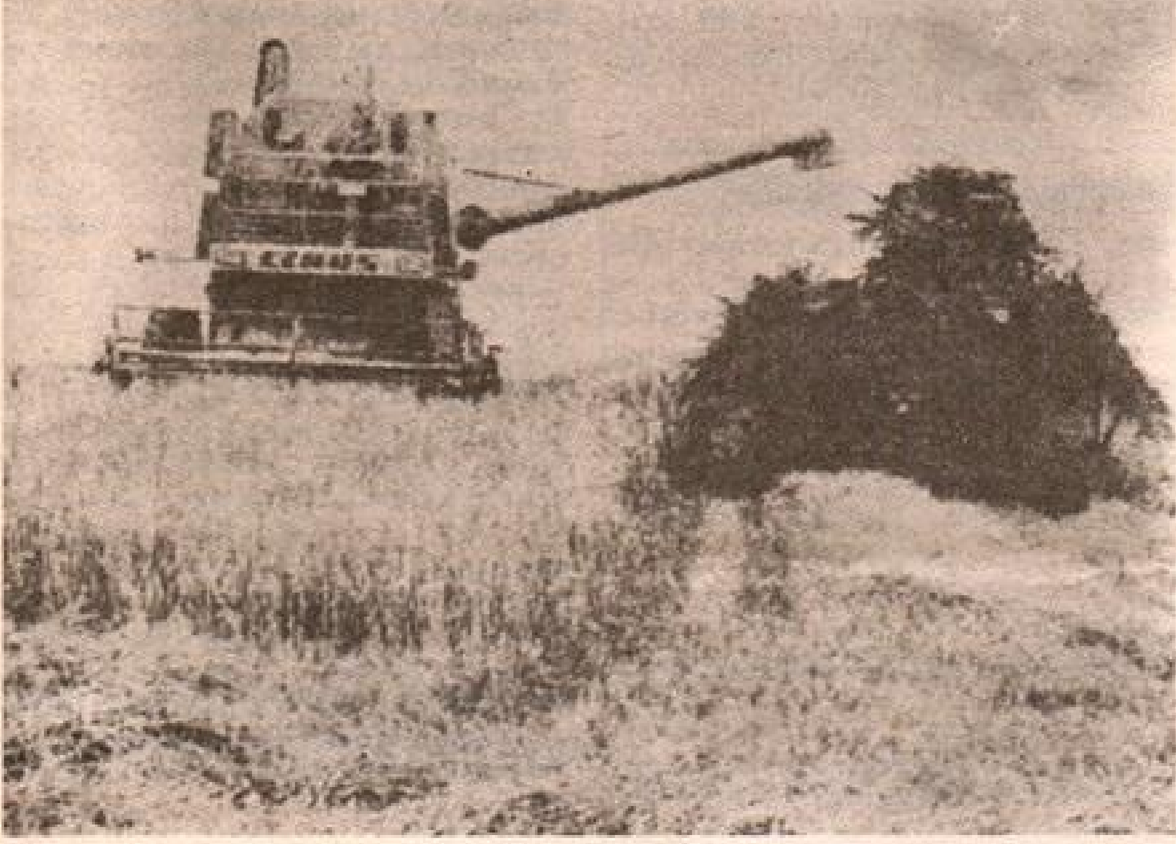
In einem Manöver in den USA, Nevada, werden die US-Luftstreitkräfte gemeinsam mit Soldaten der westdeutschen Luftwaffe und der britischen „Royal Air Force" auf den Krieg in Europa vorbereitet. In Nevada sind die Bedingungen, wie sie in Europa an der Grenze zwischen der BRD und der DDR herrschen, genau nachgebildet. Einsatz finden bei diesen Übungen auch Flugzeuge und Luft-Abwehrraketen, wie sie die Armee des Warschauer Paktes verwendet. „Die amerikanischen taktischen Luftstreitkräfte haben bereits seit Wochen Einheiten der F-15 laufend nach Bitburg verlegt, um die Besatzungen mit den Gelände- und Wetterbedingungen in Mitteleuropa vertraut zu machen." (FAZ, 11.8.)

In der Türkei wird mit 6.000 amerikanischen Marineinfantristen eine Landungsübung abgehalten. Unter der tiefgründigen Bezeichnung „Darstellung von Entschlossenheit" demonstrieren dort die US-Imperialisten ihren Willen zur „Verteidigung" Europas.

Im Oktober findet im Atlantik das Manöver „Ocean-Safari 1977" statt, bei dem die „Sicherung des Nachschubs über den Atlantik" geprobt werden soll. 60 Schiffe, U-Boote und 250 Flugzeuge aus England, Kanada, Niederlande, Norwegen, Portugal, BRD und den USA sind daran beteiligt. Die Heranführung von Material- und Truppenverstärkung von den USA ist fester Bestandteil der NATO-Strategie für den Kampf um die Beherrschung des europäischen Gebiets zwischen der norwegischen Küste, Schottland, Island und Grönland, sowie um die Beherrschung der dänischen Meerengen.



Bei dem im Juli dieses Jahres durchgeführten Manöver „Karpaten" probten die Sozialimperialisten vor allem die „Überwindung von Wasserhindernissen". Die Armee der Sozialimperialisten ist mit schwimmenden Panzerhaubitzen sowie mit kettenfahrenden und Brückenfähren reichlich ausgerüstet. „Wir sahen einen wuchtigen Feuerschlag der bei der Übung eingesetzten konventionellen Waffen, insgesamt aber große Beweglichkeit und ein rasches Vormarschtempo der Truppen", faßte ein sowjetischer Berichterstatter schwärmerisch seine Eindrücke zusammen (nach Österr. Militärische Zeitschrift 5/77).



Ein westdeutscher Schützenpanzer, als Mähdrescher getarnt. Regelmäßig bringen die Manöver der imperialistischen Armee, mit denen sich die Bourgeoisie auf den Krieg vorbereitet, Flurschäden, Zerstörung von Ernten und Äckern für die Volksmassen. Die Mannschaften werden geschunden, müssen Überarbeit leisten und bekommen wenig Schlaf. Unfälle und Tote sind die Folge. Der Kampf der Arbeiterklasse, der Massen auf dem Land und der Soldaten gegen den imperialistischen Krieg ist in der Manöverplanung schon enthalten. Eine Manöverlage „produktiver Ungehorsam und chaotisches Gefechtsfeld" bezeichnet eine Situation, in der „die Truppe nicht das will, was die Führung will", erklärt ein BRD-Oberst im Rahmen der Übung „Standhafte Chatten" (nach Berichten der Kommunistischen Volkszeitung, Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland).

Sozialimperialistische „Verteidigung" im Atlantik

Das wissen auch die Sozialimperialisten und dementsprechend laufen auch deren Planungen für den Angriff auf Zentraleuropa. Die Nachschublinie zwischen den USA und Europa abzuschneiden, ist Bestandteil ihrer Kriegsvorbereitungen und zeigt, daß sie es ernst meinen mit der Absicht, sich Mitteleuropa militärisch zu unterwerfen. Im April und Mai dieses Jahres tauchten, unangekündigt und für die NATO-Militärs völlig überraschend, statt der ständigen 7 plötzlich 89 sowjetische U-Boote im Atlantik auf. Das sind gut ein Viertel der mit Nuklearsprengköpfen ausgerüsteten U-Boot-Flotte der Sozialimperialisten. Über-Wasser-Flotten und Langstreckenbomber unterstützten die Bewegungen im Atlantik. Koordiniert wurde die Übung zur Beherrschung des westlichen Seeraums Europas mit der Verlegung von 12.000 Soldaten von der Sowjetunion nach Osteuropa per Flugzeug im Zeitraum von einer Woche. Das Flottenmanöver diene dazu, die Sicherheit des Vaterlandes zu verteidigen, kommentierte der Kommandant Tschernavin den Aufmarsch. Die Sozialimperialisten haben große Ambitionen hinsichtlich der Expansion ihres „Vaterlandes", wenn sie dieses schon im Atlantik verteidigen müssen.

Die Militärstrategen der beiden Supermächte sehen Europa bereits als Schlachtfeld. Umso mehr sind sie bemüht, auf der politischen und diplomatischen Bühne diese Tatsache in den Hintergrund zu spielen. Die Gespräche zwischen dem betenden US-Präsidenten Carter und dem sowjetischen Außenminister Gromyko Ende September in Washington, haben in Sachen „strategischer Abrüstung" einen „nützlichen Austausch der Meinungen", aber keine Ergebnisse gebracht. Betont haben sie allerdings die vorrangige Bedeutung des „Truppen- und Waffenabbaus" in Zentraleuropa im Rahmen der MBFR-Verhandlungen. Bei SALT geht es um Interkontinentalraketen, also Waffen mit einer Reichweite, die vor allem für direkte Angriffe aus der Sowjetunion gegen die USA und umgekehrt gedacht sind. Die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte konzentrieren sich aber auf Europa als das wichtigste Aufmarsch- und Kampfgebiet. Bestrebungen, deshalb noch eine neue Verhandlungsebene um die gegenseitige taktische Rüstung in Europa zu eröffnen unter dem Namen TALT, sind Ausdruck davon. Zu erwarten haben sich die Völker davon nichts. Ihre Strategie und Taktik, sich auf den imperialistischen Krieg vorzubereiten, ist eine andere als die der Imperialisten.

Moderne Waffen stärken die Verteidigungskraft des sozialistischen China

„Tiefe Tunnel graben, überall Getreidevorräte anlegen, nie nach Hegemonie trachten", ist die strategische Richtlinie Mao Tsetungs, nach der sich die Massen in der VR China auf die Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes vorbereitet. Die Entwicklung von Kernwaffen, durch die das Streben der Supermächte nach dem Nuklearmonopol durchbrochen wird, ist Bestandteil der Politik zur Landesverteidigung. Nach dem erfolgreichen Kerntest am 17. 9. erklärte die chinesische Regierung, daß sie nie und unter keinen Umständen als erter Kernwaffen einsetzen wird und weiterhin gemeinsam mit den Völkern für das allseitige Verbot und die restlose Vernichtung der Kernwaffen kämpft. „Wir sind stärker als früher und werden noch stärker werden. Wir werden nicht nur mehr Flugzeuge und Kanonen haben, sondern auch Atombomben. Wollen wir in der heutigen Welt nicht terrorisiert werden, können wir eben ohne die Bombe nicht auskommen." (Mao Tsetung, Über die zehn großen Beziehungen, 1956)

Die Imperialisten versuchen gerne, mit ihren modernen Waffensystemen ihre Überlegenheit und Stärke vor dem Gegner und gegenüber den Völkern zu beweisen. Waffen sind aber immer abhängig von den Menschen, die sie bedienen, und das ist auch die Schwäche der imperialistischen Armeen.

Unter der Führung der KP Chinas stellt sich das chinesische Volk gegenüber jeder imperialistischen Aggression auf einen langwierigen Volkskrieg ein, den die Armee in enger Verbindung mit lokalen Truppen und bewaffneten Volksmilizen führt. Das heißt nicht, daß die Bedeutung der Waffen geringgeschätzt wird. Indem die VR China ihre Ausrüstung verbessert und modernisiert, verstärkt sie die Macht des Volkskrieges und wird so für ihre Feinde zu einem unüberwindlichen Bollwerk.